

Nr. 2/81 * DM 3,- * S 25,-

wir selbst

Zeitschrift für Nationale Identität



Nationalismus — eine linke Idee ?

Minderheiten wirksam helfen

Die „GESELLSCHAFT FÜR BEDROHTE VÖLKER“ widmet als Menschenrechtsorganisation für Minderheiten einen Teil ihrer Arbeit der direkten humanitären Hilfe.

Spenden auf das SONDERKONTO POSTSCHECK HAMBURG 7400 kommen in voller Höhe denjenigen Organisationen, Bürgerrechtsbewegungen und Genossenschaften von Minderheiten zugute, die sich an Prinzipien der wirtschaftlichen Eigenständigkeit und organisatorischen Selbstbestimmung orientieren.

So geht unsere Unterstützung z. B. an die Bauernorganisation CRIC und ihre Zeitung „Unidad Indigena“ im Hochland von Kolumbien, an medizinische Projekte, Stammeskooptativen, Föderationen, Kulturzentren und Schulen von Indianervölkern in Südamerika; in Nordamerika an indianische Zeitungen und Alternativschulen und in anderen Teilen der Welt an das Kriegsamputierten-Zentrum in Ostnigeria (früheres Biafra) an Hilfsorganisationen in Osttimor und die schwarzaustralischen Aborigines und an eine Reihe weiterer Projekte.

Solidarität mit Minderheiten durch Spenden auf Postscheck Hamburg 7400

Fordern Sie dazu unsere ausführliche Broschüre an. DM 1,- bitte in Briefmarken beilegen.

Spenden sind steuerlich absetzbar.

Gesellschaft für bedrohte Völker

Gemeinnütziger Verein

Bramscherstr. 200

4500 Osnabrück

Postscheck Hamburg 297793-207

Hallo liebe Leserin, hallo lieber Leser,

die Kommunalwahlen in Hessen haben gezeigt, daß die ökologischen Sorgen und Befürchtungen breiter Kreise der Bevölkerung nach wie vor vorhanden sind und die ökologische Bewegung ein nicht mehr wegzudenkender Faktor im politischen Leben der westdeutschen BRD ist. Nicht nur der Einzug der GRÜNEN in die Stadtparlamente von Marburg, Frankfurt u.v. andere hessischen Kommunen, nein auch die gewaltigen Demonstrationen in Brokdorf und vielen anderen Städten verdeutlichen den Protest gegen das BRD-System, der aus dem Stadium sektenhaften Hinsiechens längst entwachsen ist. Eine nonkonforme, bunte und alternative Gegenbewegung formuliert den wachsenden Protest gegen die Republik des Wachstumsfetischismus, des Kapitalismus und der zunehmenden menschlichen Vereinsamung. WIR SELBST beteiligt sich als Alternativzeitschrift an der politischen Diskussion dieser durchweg nicht homogenen Gesamtbewegung mit der Einbringung nationalrevolutionärer Gesamtperspektiven. So waren Mitglieder der autonomen NR-Basisgruppen in Brokdorf ebenso mit dabei, wie sie sich in verschiedenen Städten auch aktiv in der Instandbesetzerszene engagieren und nicht zuletzt kandidierten Nationalrevolutionäre gemeinsam mit anderen politischen Fraktionen auf den Listen der GRÜNEN bei den Kommunalwahlen in Hessen.

In den letzten Wochen erhielten wir eine Reihe von Anfragen bezüglich örtlicher Kontaktadressen nationalrevolutionärer und anderer alternativer Gruppen. Um eine Kommunikation zu erleichtern, möchten wir alle Gruppen bitten, uns Kurzinformationen und Aktionsbilder zu schicken, damit wir in einer künftigen Alternativseite über die Aktionen der örtlichen Basisgruppen berichten können. Hier könnt Ihr dann auch Eure Adressen angeben.

IMPRESSUM

WIR SELBST - Zeitschrift für Nationale Identität erscheint zweimonatlich im VERLAG WIR SELBST, nächstes Erscheinungsdatum: 10. Juni 1981

Einzelpreis: DM 3.00, S 25.00; Jahresabonnement: DM 21.00, S 200.00; Bankverbindung: Postscheckamt Ludwigshafen Kto.Nr.: 153981-679 (Siegfried Bublies für Zeitschrift WIR SELBST), zur Zeit gilt Anzeigenpreisliste 1/80. Alle Rechte vorbehalten. Ein Nachdruck darf nur mit vorheriger Einwilligung erfolgen.

Redaktionsmitglieder: Gerhard Santura (Franken), Siegfried Bublies (verantwortlicher Redakteur), Linus Torfhaus, Beate Neuberger, Klaus Linde, Roland Pauly, Walter Hohenstein, Sabine Narjes, Ralf Laubenheimer, Stefan Fädinger (Österreich), Bernd Becker. Mitarbeiter dieser Ausgabe: Henning Eichberg, Sebastian Haffner, Winfried Dolderer, Angelika Schmitz, Ibn al Fateh, Professor K Buchwald.

Verlagsanschrift: WIR SELBST, Postfach 168, 5400 Koblenz 1, Redaktionsanschrift: WIR SELBST, Schützenstraße 44, 5400 Koblenz 1.

Das Abonnement verlängert sich stillschweigend um ein weiteres Jahr, wenn es nicht ein Vierteljahr zum Jahresende vorher schriftlich gekündigt worden ist.

Die aktive Verbreitung von WIR SELBST halten wir im Interesse der Vorwärtsentwicklung der authentischen nationalrevolutionären Bewegung für unbedingt erforderlich. Das Wortfeld „nationalrevolutionär“ muß von den Kräften besetzt werden, die tatsächlich in der Tradition der fünffachen Revolution der Nationalrevolutionäre stehen. WIR SELBST versteht sich als Teil dieser authentischen Nationalrevolutionäre und bekämpft daher jede Uminterpretation des Erbes von Ernst Niekisch, sei es von rechtsradikaler Seite oder auch von sozialdemokratischer Seite. WIR SELBST begrüßt es, wenn sich Sozialdemokraten in jüngster Zeit verstärkt für die Ziele der fünffachen Revolution interessieren, wir können aber aus der nationalrevolutionären Programmatik beim besten Willen wenig Argumentationshilfe für die jetzige SPD-Politik herauslesen.

Ganz im Zeichen etablierter schwarz-weiß Politik berichtete das Nachrichtenmagazin der SPIEGEL über Alternativzeitschriften. WIR SELBST wurde in diesem Zusammenhang erwähnt und wegen bestimmter Wortfelder in die systemstabilisierenden Klischees eingeordnet. Positiv berichtete die Zeitschrift der dänischen alternativen Volkshochschulbewegung über unsere Zeitschrift. Solidarisch kritische Würdigung erfuhren wir auch durch ein Dutzend örtlicher alternativer Stadt- bzw. Regionalzeitungen.

In dieser Ausgabe beschäftigen wir uns mit der „Friedenspolitik“, wobei wir als Friedenspolitik eine Politik der revolutionären Blockfreiheit verstehen. Dies schließt jede Zusammenarbeit mit Kräften, die die NATO- bzw. Warschauer Pakt Politik unterstützen aus.

WIR SELBST ist eine Zeitschrift, die auf die aktive Mitarbeit aller Leser angewiesen ist. Sendet uns Informationen, Bilder, Aktionsberichte, Hinweise und Adressen. Tretet dem WIR SELBST - FREUNDESKREIS bei und unterstützt uns auch finanziell. Gerade die Unterstützung zentraler Projekte, wie die des Seminars in Uge und die Förderung autonomer Basisgruppen kostet eine Menge Geld.

Ansonsten hoffen wir, daß Euch dieses vorliegende Heft gefällt bzw. warten auf Eure kritischen Leserbriefe.

ALLES GUTE, EURE READAKTION



Wahlerfolg der Alternativen Liste in Berlin

Mit einem Wahlerfolg von über 7 % ist es der AL gelungen mit 9 Abgeordneten in das Berliner Abgeordnetenhaus einzuziehen. Die Berliner verkörpern stärker noch als die westdeutschen GRÜNEN eine grundsätzliche Opposition gegen das BRD-System. Für die weitere Zukunft wird es notwendig sein, daß der ständige Kontakt der Mandatsträger zur Basis nicht abreißt. In der AL auftauchende nationalrevolutionäre politische Positionen sind in letzter Zeit stark von den Massenmedien des Systems angefeindet worden.

INHALTSÜBERSICHT

Nation und Revolution Ist Nationalismus eine linke Idee? Sebastian Haffner	4
Ein Linker in Murrhardt Ferdinand Nägele, immer auf der Seite der Opposition Henning Eichberg	6
Heimatbewußtsein kontra Identitätsverlust (II) von Prof. Konrad Buchwald	8
Brokdorf, Berlin, Nürnberg und die Folgen Walter Hohenstein	16
AKW – Nee! Der Kampf um Zwentendorf Stefan Fadinger	18
Kein Pionierübungsplatz in Nordheim Gerhard Santura	22
Deutschlandinformationen	25
Friedenspolitik gegen die Supermächte nationalrevolutionäre Thesen zur aktuellen Abrüstungsdiskussion Peter Metzger	26
Weltweiter Befreiungskampf	30
Nationalismus und Arbeiterbewegung in Irland (II) von Garan Bowd deutsche Übersetzung: Angelika Schmitz	32
Die Voerstreek ein flämisch-wallonischer Zankapfel Winfried Dolderer	34
Namibia auf dem Weg zur Unabhängigkeit Stefan Fadinger	38
Das Sozialismusmodell der Sozialistischen Arabischen Volksjamahiria von Libyen ein Beitrag zum Verständnis des Dritten Weges Ibn al Fateh	42
Antikolonialismus, Ethnopluralismus und die Lehre von Dr. Ali Schariati Ralf Laubenheimer	45
Die nationale Frage im literarischen Aufwind Hartwig Rose	48



Nation und Revolution

Sebastian Haffner:

Unorthodoxe Gedanken zu Graf von Krockows Buch: „Nationalismus als deutsches Problem“

Ganz naiv gefragt. Ist Nationalismus eigentlich etwas Schlechtes oder etwas Gutes? Halt, antworten Sie nicht so schnell. Sie könnten sich leicht in Widersprüche verwickeln.

In Deutschland ist ja Nationalismus heute diskreditiert, ich weiß, und aus guten Gründen. Aber wie ist das zum Beispiel mit dem baskischen Nationalismus? Sind Sie etwa nicht für die Eritraer in ihrem Kampf um nationale Selbständigkeit? Und fällt Ihnen nicht auf, daß alle Bewegungen, die heute in der Welt gegen Imperialismus, gegen Ausbeutung und Unterdrückung kämpfen, NLF heißen – nationale Befreiungsfront? Glauben Sie, das ist reiner Zufall? Oder sollten vielleicht Nation und Revolution irgendwie zusammengehören, dergestalt, daß jeder sozialrevolutionäre Inhalt eine nationalistische Form annimmt?

Fragen wir jetzt einmal ein bißchen anders, ein bißchen weniger naiv. Was ist der Gegenbegriff zu Nationalismus? Internationalismus? Durchaus nicht. Nationalismus und Internationalismus vertragen sich ganz gut, sie ergänzen und brauchen sich sogar, ja man kann sagen, sie bedingen einander. Wo es Nationen gibt, muß es auch internationale Spielregeln und Einrichtungen geben, denn keine Nation ist ja allein auf der Welt, und gerade, indem sie sich als Nation geographisch und politisch eingrenzt, erkennt sie das an. Man könnte durchaus von einer Internationale der Nationalisten sprechen. Nein, der wahre Gegensatz zu Nationalismus heißt Imperialismus. Die Alternative zu einer Welt der souveränen Nationen ist das universale Imperium.

Nicht, daß der Imperialismus nicht auch seine Vorteile hätte. Das Imperium Romanum, das war ja auch Pax Romana. Auch die heutigen amerikanischen und russischen Imperien sind ja immerhin, innerhalb der riesigen von ihnen kontrollierten Räume, Friedensmächte. Daß heute die ewigen blutigen Quengeleien etwa der Balkanvölker, aber auch die zwischen Deutschland und Frank-

reich, plötzlich wie weggeblasen sind, das liegt natürlich einfach daran, daß heute die Balkanstaaten unter russischer und Deutschland und Frankreich unter amerikanischer Vormundschaft leben. Ihr Gutes hat auch die nationale Entmündigung.

Aber Entmündigung bleibt sie, und über eins müssen wir uns klar sein: Imperialismus ist eine „rechte“ Idee, Nationalismus eine „linke“. Imperialismus ist Herrschaft – Herrschaft, der es gleichgültig sein kann, ob ihre Untertanen weiß, gelb, braun oder schwarz sind, und die Unterschiede der Volkszugehörigkeit – der Sprache, der Herkunft, der Sitten und Gebräuche – ignoriert oder einebnert. Erst wenn sich Völker gegen diese Herrschaft auflehnen, werden diese Unterschiede relevant. Denn Auflehnung verlangt Verständigung, und Verständigung ein Gefühl der Gemeinsamkeit, mindestens eine gemeinsame Sprache. Wenn man sich das klarmacht, versteht man plötzlich, daß alle Revolutionen nationale Revolutionen sind. Natürlich braucht es zur Revolution mehr als nur Sprach- und Volksgemeinsamkeit, die die Verständigung ermöglicht, das Entscheidende ist eine revolutionäre Idee, aber nur in einem vorgegebenen Volksboden kann eine revolutionäre Idee Wurzeln schlagen. Zur Nation werden Völker erst, wenn sie sich politisieren, und das heißt demokratisieren. Graf Krockow definiert in dem Buch, von dem hier die Rede ist, das Entstehen einer Nation geradezu als „Fundamentalphosphierung“ und sieht die Funktion des Nationalismus in einer allgemeinen „Egalisierung, Solidarisierung und Aktivierung“ der Bürger des Nationalstaats. Er zitiert Constantin Frantz: „Das Nationalitätsprinzip, das ist das Revolutionsprinzip.“

Für die heutigen nationalen Revolutionen der Dritten Welt trifft das offensichtlich zu, ebenso für den „Aufstand in der Wüste“, der das osmanische, und für den „Aufstand der Völker“,

der das Habsburgreich zerstörte, vor allem aber für die großen historischen Revolutionen der westlichen Welt, in denen die Nationen geboren wurden. Frankreich wurde zur „grande nation“ durch die große Französische Revolution, Holland und Amerika wurden Nationen in Revolutionskriegen, die zugleich anti-imperialistische Sezessionskriege waren, und auch die englische und die italienische Nation entstanden, im 17. und im 19. Jahrhundert, in sozialrevolutionären Prozessen. Nationalismus als Außenseite der Demokratie, die Nation als Träger einer revolutionären Idee, durch die sie sich definiert: Für die Franzosen, Engländer, Holländer, Italiener, auch die Amerikaner, auch die Sowjetrussen stimmt es. Aber für die Deutschen?

Für die Deutschen stimmt es hinten und vorne nicht. Den Deutschen sind ihre Revolutionen niemals geglückt, eine „Fundamentalphitisierung“ der deutschen Massen hat niemals stattgefunden, und die Reichsgründung erfolgte bekanntlich von oben, nicht durch Revolution, sondern durch Krieg, und zugleich mit einer Befestigung veralteter Herrschaftsstrukturen, deren Beseitigung anderswo gerade den Inhalt der jeweiligen nationalen Revolution ausgemacht hatte. Man kann trotzdem nicht sagen, daß die Deutschen der Periode von 1870 bis 1945 nicht nationalistisch gewesen wären. Und ob sie es waren!

Aber freilich, dieser deutsche Nationalismus der vorigen drei, vier Generationen war eine merkwürdige Sache. Irgendetwas war nicht geheimer damit. Gerade das, was anderswo dem Nationalgefühl seine Substanz und seinen Inhalt gab, die gemeinsame nationale Leistung im Innern, fehlte. Die Deutschen wollten „auch“ eine Nation sein, ohne das, wodurch man erst zur Nation wird, eine nationale Revolution, zustande gebracht zu haben. Folgerichtig mußte das Ziel dieses deutschen Auch-Nationalismus äußere Machtentfaltung werden, siegreicher Krieg als Ersatz der versäumten Revolution, und sein Inhalt (in Graf Krockows Worten) „eine spezifische, einmalige und einzig-

artige „Deutschheit“, die sich mangels einer spezifisch deutschen politischen Leistung nur biologisch, um nicht zu sagen, zoologisch definieren ließ – „völkisch“ in letzter Konsequenz rassistisch. Man könnte sagen: Da den Deutschen der Schritt vom Volk zur Nation nicht wirklich gelungen war, mußten sie ihn schließlich fast zwangsläufig durch den Rückschritt vom Volk zur Rasse ersetzen, um ihrem Nationalstolz irgendeine Begründung zu geben.

Daß mit dem deutschen Nationalismus etwas nicht stimmte – und offenbar von vornherein nicht gestimmt hatte –, das zeigte sich schließlich auf frappierende Weise nach 1945, als sich die Deutschen nicht nur ganz unglaublich leicht teilen ließen, sondern sich auch, kaum geteilt, mit einer Gehässigkeit voneinander abwandten, als hätten sie nie etwas miteinander zu tun gehabt – sie, denen „Deutschtum“ und „Deutschheit“ eben noch ihr ein und alles gewesen war. In Wirklichkeit zeigte sich jetzt, daß diese biologische Deutschheit eben gar nichts bedeutete und daß die Deutschen nie eine Nation gewesen waren. Denn was eine Nation macht und zusammenhält, das ist eine in revolutionärer Tat bewährte nationale Idee. Die hatte es in Deutschland nicht gegeben, und als seine beiden Teile unter den Einfluß fremder nationaler Ideensysteme kamen, die das Vakuum füllten, wurde, wie einander sofort wildfremd.

Graf Krockow bestreitet denn auch, daß das, was man in Deutschland Nationalismus nannte und nennt und was sich heute schon wieder rührt, diesen ehrenvollen Namen überhaupt verdient. Er nennt es „Konter-Nationalismus“, weil es sich nur negativ, durch seine „Konter“-stellung gegen andere Nationen, definieren läßt. Ich finde den Ausdruck nicht sehr glücklich, ich wurde eher von Pseudonationalismus oder Imitationsnationalismus sprechen, aber darüber will ich nicht streiten. Die entscheidende These Krockows ist, daß der deutsche Konter- oder Pseudonationalismus nur durch einen endlich begriffenen echten

Nationalismus ist eine linke, Imperialismus eine rechte Idee !

Sebastian Haffner

Nationalismus zu überwinden ist, also durch die Stellung und Lösung einer wirklichen nationalen Aufgabe, und er ist auch ganz bereit, diese Aufgabe beim Namen zu nennen. Seiner Meinung nach genügt es heute nicht mehr, „sich um nachholende Demokratisierung zu bemühen, die historische Verspätung der ‚verspäteten Nation‘ zu tilgen“, sondern wenn den Deutschen der Schritt zur Nation endlich gelingen soll, dann muß die Aufgabe von heute und nicht die von gestern gelöst werden, und die heißt nicht mehr einfach Demokratie, sondern demokratischer Sozialismus. „Gerade in Deutschland müßte angesichts seiner Zerreißung zwischen spätkapitalistischer Demokratie und autoritärem

Sozialismus diese Aufgabe eigentlich als nationale Herausforderung und Möglichkeit schlechthin verstanden werden.“

Das ist konsequent, es ist einleuchtend, es ist, wenn man will, sogar begeisternd. Natürlich, der demokratische Sozialismus, das ist etwas, das in aller Welt erstrebt und noch nirgends verwirklicht ist und womit die Deutschen, wenn sie es als erste zustandebrächten, sich um die Welt verdient machen und zugleich ihre nationale Einheit wiederherstellen, ja sich als Nation erst richtig konstituieren und gleichzeitig rehabilitieren würden. Schön wärs.

Ein Linker in Murrhardt

Ferdinand Nägele, immer auf der Seite der Opposition

„Wie zu erwarten, schloß sich Nägele der Linken an.... Diese Linke war Großdeutsch, d.h. sie wollte auch Österreich in dem zu gründenden Bundesstaat halten, republikanisch, was die Spitze des Bundesstaats anging, und entschieden demokratisch im Hinblick auf Grundrechte und Wahlsystem.“

wie zu erwarten? So manche der Honoratioren, die sich zum Volkshochschulmatinee im Reinhold – Nägele – Saal eingefunden hatten, hatten es wohl nicht erwartet. Sie waren in ihren Sonntagsroben gekommen zu einem gesellschaftlichen Ereignis, bei dem man sehen und gesehen werden wollte. Und Professor Bernhard Mann aus Tübingen sollte einen Vortrag über einen großen Murrhardter Bürger, über Ferdinand Nägele, halten. Man war bereit, die Hände zu rühren, für eine „historische Persönlichkeit“, die tut keinem weh. Wirklich nicht?

Eine unzensurierte Zeitung

Professor Mann berichtete sachlich. Die Umrisse eines oppositionellen Lebens in revolutionärer und – danach – restaurativer Zeit wurde sichtbar. Die Nägeles gehörten zwar – als wohlhabende Handwerker – zur Oberschicht des Städtchens. Aber die große Politik wurde vom König, vom Hof, vom Adel gemacht. Das Volk hatte dabei nichts zu melden. Ferdinand Nägele (1808 - 1879), Schlosser, wie sein Vater, löckte früh gegen den Stachel. 1829 gründete er zusammen mit jungen Freunden den Liederkranz, einen politischen Verein, der vom „Haß alter Reaktionäre“ verfolgt und von der Regierung überwacht wurde. 1832 gab er mit

Freunden eine unzensurierte Zeitung heraus, die so politisch und unbequem war, daß sie nach der 4.Nummer wieder eingestellt werden mußte. 1844 wurde er zu Stadtrat gewählt, wehrte sich aber gegen das als undemokratisch empfundene Prinzip der lebenslänglichen Amtszeit für Gemeinderäte und stellte sich darum immer wieder neu zur Wahl.

In der Revolution

1848 war es endlich so weit: Revolution! Am Horizont zeichnete sich die Demokratie ab, ein deutsches Parlament wurde gewählt. Nägele erhielt 5932 von 7777 abgegebenen Stimmen und zog als einziger Handwerker (unter zahlreichen Juristen und Professoren, Adligen und Bildungsbürgern) ins Paulskirchenparlament ein. Dort schloß er sich der Linken unter Robert Blum an. Aber die Revolution scheiterte. Robert Blum wurde in Österreich von der Reaktion erschossen. In Württemberg hatte die Linke in der Landesversammlung eine starke Mehrheit. Zweimal wurde das Landesparlament aufgelöst, zweimal gewann die Linke die Neuwahlen. Da wurde kurzerhand 1850 wieder der alte Landtag der Privilegierten eingesetzt. König, Hof und Adel hatten sich durchgesetzt.

Gescheitert an den Bürokratien

1853 setzten die Murrhardter Ferdinand Nägele an die Spitze des Dreivorschlags für das Amt des Stadtschultheißen. Aber für die Regierung war er ein „Roter“, sie ernannten ihn nicht. Abgeordneter im Landtag blieb er weiterhin noch ein paar Jahr-



Die deutsche Nationalversammlung in der Paulskirche.

zehnte lang, jedoch ohne politischen Erfolg. Sein Mißerfolg war der Mißerfolg der deutschen Linken, von 1848: „Gescheitert an der unbesieigten Macht der deutschen Einzelstaaten, ihrer Fürsten und Bürokratien.“ Und dennoch kein vergebliches Leben. seit 1848 stand die Demokratie in ganz Deutschland auf der Tagesordnung. Ferdinand Nägele hatte das seine dazu beigetragen.

„In seinem politischen Leben war es Nägele niemals beschieden, auf einer anderen Seite als der Opposition zu stehen. Der Jugendliche und der junge Mann bekämpfte, so gut das ein Murrhardter Handwerker konnte, das „System Metternich“ in Deutschland und Europa, trat für Polen und Hellenen ein, versuchte die Zensur zu unterlaufen, schied die Welt in Dunkelmänner und Lichtfreunde“.

Nur Geschichte?

Alles nur ferne historische Erinnerung? Haben wir heute tatsächlich jene 1848 gewünschte Demokratie als „Herrschaft des Volkes“ (oder sind nicht an die Stelle der „Fürsten und Bürokratien“ die Konzerne und Bürokratien getreten, die mit unserem Parlament ihr Katz - und - Maus - Spiel betreiben)? Haben wir heute tatsächlich jene gesamtdeutsche Selbstbestimmung, wie sie Ferdinand Nägele 1848 erhoffte (oder ziehen nicht heute die deutschen Separatstaaten gegeneinander Grenzen wie damals

schon)? Haben wir heute tatsächlich die Gemeinde- demokratie aus volksnahen Stadträten und Bürger- initiativen (oder sonnen sich nicht einige Herren in Gemeinderat und Stadtverwaltung genau in der Anmaßung und Bürgerverachtung, gegen die Ferdinand Nägele schon 1844 antrat)?

Wie meinte doch Nägele: „Ich bin ein Mann aus dem Volk... ich hoffe und fürchte mit ihm, ich leide und freue mich mit ihm, ich gehe mit ihm unter und lebe mit ihm wieder auf.... Warum sollte ich auch anders denken? Gehöre ich nicht selbst zu der sogenannten Masse des Volkes, von welcher die verschiedenen Aristokraten (heute . Bürokraten - H.E.) meinen, sie bestehe nur aus einem Haufen, aus einem Klumpen roher, unwissender und willenloser Bestandteile?! In dieser Masse aber lebt und wirkt ein Gott.... und bewegt, wenn es Zeit ist, wie der Sturmwind alle die Glieder derselben, daß sie das Alte abschütteln und wie die Zweige der alten Eiche erwachen und grünen zu neuem Leben... nach langem Winter.“

Das war nicht nur 1848 so.

Henning Eichberg



Heimatabewußtsein kontra Identitätsverlust

von Professor Konrad Buchwald



Kriterien der Heimatqualität im ländlichen Raum

Der Physiognomiker und Sozialpsychologe Willy Hellpach hat bereits im Jahre 1911 in seinem berühmten Werk „Geopsyché“ darauf hingewiesen, daß bei aller Hochschätzung der physischen Heil- und Kurwirkungen der Landschaft, sich wesentliche Erholungsfaktoren gerade im irrationalen Erlebnis der Natur verdichten – in den Erlebniswerten, in einer erlebnisreichen Landschaft – die Landschaft als Träger und Vermittler von seelischen Erlebnissen, von in der Psyche des Menschen aufklingenden Erlebniswerten. Wir haben diese emotionale Besetzung von landschaftlichen Strukturen, von Berg und Wald, Flur und Stadt bereits am Beispiel der Landschaft am Abhang des Wiener Waldes gegen die Stromlandschaft der Donau und

die große Stadt dargestellt und die Begriffe Heimat und Heimatgefühl daran entwickelt. Mitmenschliche Begegnungen und Erlebnisse sind auf's engste in der Erinnerung verbunden mit der Stadt und den sie umgebenden Landschaften als Erlebnisraum in doppelter Hinsicht: Menschliches Erleben in der Landschaft und Erleben der Landschaft als Erlebnisträger. Diese emotionale Besetzung ist umso intensiver und in der Erinnerung umso dauernder verankert, je charakteristischer, je unverwechselbarer die Landschaft ist. Unverwechselbarkeit erscheint auch im ländlichen Raum als entscheidendes Kriterium heimatlicher Qualität. Unverwechselbarkeit aber ist unter den uns vertrauten landschaftlichen Bedingungen Mitteleuropas nicht möglich ohne ein Mindestmaß an visueller Vielfalt. Monotonie und Uniformität

lassen keine Identifizierung mit einem Landschaftsraum, keine heimatliche Verbundenheit zu. Das heißt nicht, daß etwa die Landschaften Nordwestdeutschlands: Geest, Moorniederung und Marsch mit ihrer nach Formenwelt und Farbe schlichteren Vielfalt nicht ein für diese Landschaftsräume spezifisches Maß an Unverwechselbarem und Markierung erreichten.

Der Moorforscher Fritz Overbeck hat dies in seiner großartigen Schrift „Vom Erleben der Landschaft und vom flachen Lande Niedersachsen“ (195) überzeugend nachgewiesen. Er schildert darin u. a. weit über das Visuelle hinausgehenden sinnlichen Wahrnehmungsmöglichkeiten der Landschaft durch Berührung beim Tritt, durch Duft und Geruch, Geräusch und Ton von Wasser, Wind, Pflanzendecke und Vogelruf. Vor allem aber schildert er meisterhaft den hohen Anteil des Himmels im Bild des flachen Landes, seinen Wechsel in Farbe, Wolken-gestalt und Beleuchtung über Watt und Marsch, über den großen Stromtälern oder der Weite der Moorniederung. So wird auch hier, neben der zunächst nur dem Einheimischen vertrauten Vielfalt der Strukturen und Standorte, ein nur diesen Landschaften eigener, unverwechselbarer Landschaftscharakter erreicht.

Vielfalt hat grundlegende Bedeutung für die natürliche Erholungseignung von Landschaften. Hans Kiemstedt (1967) geht von der Prämisse aus, daß die natürliche Erholungseignung eines Raumes abhängig sei von seinem Abwechslungs-reichtum und seiner Mannigfaltigkeit, kurz von seiner Vielfalt. Die Überprüfung der untersuchten Räume nach Besucherzahlen macht diese Prämisse in hohem Maße wahrscheinlich. Kiemstedt hat eine Methode entwickelt, um die natürliche Erholungseignung durch eine Kennziffer zu quanti-fizieren und nennt diese den „Vielfältigkeitswert“.

In dieser Kennziffer gehen gewichtige Einzelwerte für das Klima, das Relief, die Buntheit des Nutzungsmusters und seiner Benutzbarkeit für Erholungsaktivitäten und der sog. Randeffekt der Wald- und Gewässerränder ein. So erhielten die offenen, kahlen, von Baum und Strauch ausgeräumten Landschaftsräume der Hildesheimer und Calenberger Börde mit ihren Weizen- und Zuckerrübenfeldern auf fruchtbaren Schwarz- und Parabraunerden nur niedrige Vielfältigkeitswerte, die abwechslungsreichere, durch ein buntes Nutzungsmuster und durch Waldstücke, Feldgehölze, Baumgruppen und Hecken reich strukturierte und gegliederte „Kulissenlandschaft“ der Moor-Geest im Norden Hannovers dagegen höhere Werte. Meßbare Strukturen der Landschaft werden hier also als Erlebnisträger erfaßt, ohne daß die Erlebniswerte damit bereits in ihrer Qualität erfaßt würden.

H. Jakob (1972,1973,1977) ist nun noch einen Schritt weiter gegangen. Er hat die Frage gestellt: Welches Bild der Landschaft bevorzugen Besucher und welches nicht? Welche Erlebniswerte verbinden Besucher mit bestimmten Bildern, die ihnen die Landschaft bietet? In einer Veröffentlichung „Zur Messung der Erlebnisqualität von Erholungs-Waldbeständen“ berichtet Jakob über die Arbeiten im hannoverschen Stadtwald Eilenriede. Er verwendet dabei die psychometrische Methode des „semantischen Differentials“. Besuchergruppen kennzeichnen dabei mit z.B. 30 Adjektivpaaren gegensätzlicher Bedeutung wie : reich gegliedert – uniform, hell – dunkel, einladend – abweisend, interessant – langweilig, die verschiedenen Wald-bilder und geben über sie skalierte positive, neutrale oder negative Bewertungen ab. Es zeigt sich dabei u. a. wie auch bei früheren Untersuchungen anderer Autoren an Siedlungsbildern, daß sich Erlebniswerte von Waldbildern (Laubwald, Nadelwald, Mischwald verschiedener Altersstufen) recht differenziert in Diagrammform fixieren lassen. Dabei werden insbesondere Aussagen zu Fragen der Bewertung von Uniformität bzw. vielfältiger Strukturierung deutlich. Lichte Alt- und reich-strukturierte Baumhölzer werden in besonderem Maße positiv bewertet.

Sicher ist das nur ein erster Ansatz, doch öffnet sich hier ein Weg, in der Landschaft erlebte Werte, also psychische, emotionale Werte zu erfassen. Von Bedeutung für die Landschaftsbewertung wird die Übertragung dieser Methode auf Landschaften sein, die aus mehreren Landschaftselementen wie Wiese, Feld, Gehölzgruppen, Waldstücken aufgebaut sind. Ferner wird die Klärung der Frage von größter Bedeutung sein, ob das Herkunftsmilieu der Besucher von wesentlichem Einfluß auf das Ergebnis der Beurteilung ist oder nicht.

Interviews und Befragungen der Besucher von Wäldern des Naturparks Solingen in Niedersachsen durch H.H. Wöbse (1972) zeigen die Bevorzugung vielfältiger Wälder, insbesondere von Mischwäldern nach Form, Farbe und Lichtwerten.

Wir haben nun erste Anhaltswerte, wie wir Landschaften zu bewahren oder neu zu gestalten haben, damit menschliches Wohlbefinden darin gesichert sei, damit ein Landschaftsraum zur Heimat werden kann. Aber noch in einem anderen Sinne ist der Kontakt zur außermenschlichen Natur, die immer wiederholte Berührung mit ihr und das Erleben naturnaher Landschaften und des Lebendigen in ihr von Bedeutung für den modernen Menschen, nämlich für seine schöpferische, seine kreative Leistung.

Der Basler Zoologe und Anthropologe Adolf Portmann hat sich mehrfach mit dieser Frage befaßt – besonders unter der Bedingung, daß unsere Wohn- und Arbeitsumwelt immer künstlicher, immer naturfremder wird.

„Obwohl wir uns in unserem Denken über die Natur erhoben haben, bilden in uns selbst die Kräfte der Natur den Nährboden für unser Leben. Diese Kräfte werden aber genährt aus dem ständig immer erneuerten Zusammenhang mit der Natur. Ständig frische Eindrücke aus der lebendigen außermenschlichen Natur sind Voraussetzung für das Strömen der Kräfte. Wo dieser Strom unterbrochen ist durch ein von der Natur abgeschnittenes Leben, da verkümmert unsere Einbildungskraft als die Quelle menschlicher Taten“. „Gerade diese Naturquellen aber sind heute für den modernen Menschen am Versiegen. Wir sind daran, sie selber zu zerstören, in tragischem Nichtwissen um die Notwendigkeit des Kontaktes und Umganges mit ihnen... Unsere Seele verarmt heute infolge der Mangelwirtschaft an Natureindrücken. Sie leidet auch unter dem Mangel an Beziehungen zur Geschichte usw., aber für den Biologen steht der Umstand im Vordergrund, daß unsere Naturbeziehungen verkümmern. Der Mensch ist so geschaffen, daß er abhängig ist von Duft, Ton, Farbe, Form, daß der Umgang mit dem Sternenhimmel, mit den Jahreszeiten in der Natur, mit allem, was lebt und ist, zum normalen Umschwung seines Lebens gehört. Wo diese Beziehungen – zum Beispiel nur schon die Beziehungen zu Tag und Nacht, zu Sonne, Mond und Sternen – für den heutigen Menschen belanglos geworden sind, da hat er gleichzeitig ein Stück seines Menschseins preisgegeben und den Zusammenhang seiner eigenen Person verloren. Von da aus erhebt sich die letzte Forderung nach einer neuen Art von Verantwortung anderem Lebendigen gegenüber, nach einer lebendigen Auseinandersetzung über das Recht des Lebens aller außermenschlichen Gestaltungen“.

Hier, in einer neuen Sicht der Ehrfurcht und Achtung vor dem Leben, liegt – neben anderen Aspekten – die tiefste ethische Begründung für die Notwendigkeit umfassender Naturschutz- und Landschaftspflegearbeit in unserer Zeit.

Nach dem, was wir über das Verhältnis des Menschen zur Natur, zur naturnahen Landschaft gehört haben, müssen wir uns in Ergänzung des für die Stadt Gesagten fragen: Muß „Heimat“ im ländlichen Raum nicht auch jene zwei Voraussetzungen enthalten: die menschliche Gemeinschaft, der wir uns zugehörig fühlen, und die Unverwechselbarkeit von Dorf und naturnaher, erlebnisreicher, vielfältiger Landschaft, damit er „unsere“ Landschaft sein kann?

„Territorium“ und Heimat: Psychische Grundbedürfnisse des Menschen

Die vergleichende Verhaltensforschung hat die Kategorie des „Territoriums“ in unserer Begriffswelt eingeführt. Sie versteht darunter einen begrenzten Raum, den das tierische oder menschliche Individuum als „eigen“, als besonders ihm

zugehörig, betrachtet und empfindet und dessen „Besitz“ ihm bestimmte psychische Grundbedürfnisse erfüllt. Aus den Untersuchungen der Verhaltensforschung an Tieren kann entnommen werden, daß die Motivierung für das Territorium überwiegend psychologischer Art ist und dem Verlangen nach Sicherheit und Stimulierung entspringt. Richard Ardrey hat nun in seinem Werk „Adam und sein Revier – Der Mensch im Zwang des Territoriums“ (1968) die Vermutung aufgestellt, daß das Streben nach Identität ein drittes tierisches Verlangen darstelle, das ebenfalls durch das Territorium erfüllt werde – durch die Identifizierung mit einem bestimmten Stück von etwas Größerem und Beständigerem, als es das Tier selbst ist, mit einem Platz – sei er geographischer oder sozialer Natur – der ihm und nur ihm allein gehört.

„Ich vermute, daß es drei Anfänge gibt, welche das Verlangen aller höheren Tiere einschließlich des Menschen psychologisch motivieren. Es sind die Bedürfnisse nach Identität, Stimulierung und Sicherheit. Wieweit sie sich in der Entwicklungsgeschichte zurückverfolgen lassen, können wir heute noch nicht feststellen. Es wäre durchaus denkbar, daß sie die primordialen psychologischen Notwendigkeiten des Lebens selbst darstellen. Wir wollen uns auf die Vermutung beschränken, daß es angeborene, oft miteinander im Widerspruch stehende Impulse sind, die dem Verhalten höherer Lebewesen Übereinstimmung und dem evolutiven Prozeß Kontinuität verleihen“ (S.113-114).

Es wird im Hinblick auf unser Anliegen einer psychologischen Begründung des Wunsches nach „Heimat“ – einer Anwendung des territorialen Prinzips auf die *conditio humana* – erforderlich, auf die genannten drei Grundbedürfnisse näher einzugehen.

Das Verlangen nach Identität bedeutet – im Gegensatz zur Anonymität, „den Wunsch zu wissen, wer man ist“, bedeutet Selbstbestätigung und Anerkennung, hier auf dem Wege der Identifizierung mit einem begrenzten, „eigenen“ Raum, der Distanz von anderen erlaubt.

„Das Tier sucht sich von seinen übrigen Artgenossen zu unterscheiden. Als Mitglieder einer Herde, einer Schar, eines Rudels oder eines noyau gehört das soziale Tier einer Gruppe an, die von allen anderen Gruppen getrennt ist. Und innerhalb dieser seiner Gruppe erwirbt es ein Territorium, einen Rang, einen Ruheplatz, der nur ihm allein gehört, um sich von allen anderen Gruppenmitgliedern zu unterscheiden. Es hat eine Identität erhalten. Durch eine feste und einzigartige Verbindung mit etwas Größerem und Dauerhafterem als seinem Selbst – seien es Kiesel im Flußbett oder eine grasende Herde auf einem Hügel – hat es den Druck der Anonymität besiegt, den das tausendfältige Leben fortwährend auf die individuelle Psyche ausübt“ (Ardrey 1968, S.167).

Wir werden auf den Beitrag des Territoriums zur

menschlichen Identität noch einmal zurückkommen.

Das Bedürfnis nach Schutz, der Wunsch nach Sicherheit und Geborgenheit steht im Gegensatz zum Gefühl der Angst und Unsicherheit.

Der Wunsch nach Stimulierung, nach Anregung und Reizen im Raum eigener Wahl, steht im Gegensatz zu Langeweile und Monotonie.

Ardrey stellt die Arbeitshypothese auf, daß alle drei genannten psychischen Grundbedürfnisse des Tieres durch das Territorium am besten befriedigt werden. Er mißt dabei dem Anspruch auf Identität die größte Bedeutung bei. Wenn aber in der Welt sozialer Tiere ein biologischer Anspruch auf Un-



Modernes Lagerdasein – die emotionale Bedürfnisse der Menschen veröden hinter Glas und Stein

gestörtheit in Form des privaten Territoriums oder der individuellen Distanz vom Nachbar besteht, so kann das für den modernen Menschen von größter Bedeutung sein. Hier sei nur an die extremen Situationen erinnert, von denen Paul Leyhausen (1965), ein Schüler von Konrad Lorenz, unter den Aspekten der vergleichenden Verhaltensforschung aus der Gefangenschaft berichtet und die viele von uns aus eigener bitterer Lagererfahrung kennen: Den Kampf um die Sicherung jenes Minimum - Territoriums, das der Einzelne zur Bewahrung seines Selbst existenziell braucht. An wem der Kelch des Lagerdaseins und damit dieser Erfahrung vorbeiging, der nehme Alexander Solchenizyns „ein Tag des Iwan Denissowitsch“ zur Lektüre zur Hand. Dabei ist es nur ein gradueller Unterschied zwischen Lagerenge und Lagerkoller und den psychischen und physischen Belastungen des Wohnens in großen Wohnblocks mit neurotischen „Etagenkrankheiten“ und sonstigen Konsequenzen für eine gesteigerte Morbidität.

Nach allem, was wir aus der Verhaltensforschung

an Tieren wissen, muß die territoriale Ordnung oder besser der „Zwang zum Territorium“ einen biologischen Wert besitzen. Inwieweit lassen sich diese Erkenntnisse auf den Menschen übertragen? Mit Sicherheit gehört dieser nicht zu den seltenen Arten, die auf Ungestörtheit, individuelle Distanz und eigenes Territorium verzichten. Wir können annehmen, daß die Anfänge der allgemeinen psychischen Bedürfnisse des Menschen auf die Zeit vor der Menschwerdung zurückgehen. Der amerikanische Humanpsychologe Abraham Maslow spricht von den oben genannten psychischen Grundbedürfnissen als „Instinktoiden Bedürfnissen“ und geht davon aus, daß die Nichtbefriedigung eines solchen in der emotionalen Struktur des Menschen Schaden anrichten müsse. Eine kritische Wertung der Territorialität beim modernen Menschen und menschlichen Gruppen findet sich bei W.H. Ittelson, H.M. Brschansky u.a. (1977): Einführung in die Umweltpsychologie, Stuttgart.

Da ist zunächst die eigene Wohnung als der intimste Bereich menschlicher Umwelt, der Kernbezirk des menschlichen Territoriums – als Optimum gerade für die junge Familie mit Kindern die Wohnung mit dem eigenen Garten am Haus. Der Wunsch nach dem Garten am Haus findet sich heute in der Bundesrepublik in allen Sozial- und Berufsgruppen. Das Eigenheim mit Garten, das „Wohnen im Grünen“ ist noch immer das vorherrschende Ziel- und Wunschbild. In einer repräsentativen Emnid-Untersuchung 1964 wurden die generellen Wohnwünsche der Bevölkerung von München, Bremen und Frankfurt geklärt. 4/5 aller Befragungsgruppen zogen aufgelockerte Bauweisen und Einfamilienhäuser im Grünen – allerdings mit guter Verkehrsverbindung zur City – vor; nur 1/5 bevorzugten Wohnformen in Wohnblocks und Hochhäusern. Untersuchungen der Wohnwünsche in Dortmund durch G. Ipsen (1959) zeigten, daß zwar 79% der Befragten im städtischen Bereich zu bleiben wünschten, mit den Bauformen aber nicht einverstanden waren. Im Ifas-Bericht (1964) für den Großraum Hannover wird bei Befragungen die kleine Gemeinde als der richtige Ort für die privaten Lebensbereiche Wohnen und Erholung, die Großstadt hinsichtlich Ausbildung und Arbeit bevorzugt. P. Gleich-

„Man kann die Menschen zwar zwingen, unverträgliche Orte aufzusuchen, wenn man dort tausend zweckvolle Einrichtungen so verankert, daß der Ort unentbehrlich wird. Aber selbst wenn man auf solche Weise künstliches Leben in verödete Stadtbereiche pumpt, der ‚innere‘ Rückzug, die Abschließung des Einzelnen wird damit nicht aufgehoben, sondern umgekehrt nur verstärkt. Eine künstlich belebte Umwelt ist das Gegenteil von einer Umwelt, in der sich der Einzelne gelöst bewegen könnte, weil er hier ‚Welt‘ in einer Form vorfindet, die seinen Bedürfnissen entspricht.“

Alfred Lorenzer

mann (1963) hat in einer repräsentativen Befragung von Familienhaushalten in Hannover 1960 die Motive der Nutzung von Grünflächen in der Großstadt untersucht. Er stellte fest, daß der Wunsch des Großstädtlers nach einem Garten noch nie so groß war wie zur Zeit. Von den Befragten waren 26% Gartenbesitzer, 41% wünschten sich einen Garten, nur 33% waren gleichgültig oder ablehnend. Als Motivation für den Gartenbesitz wurden angegeben: Entlastung, Ausgleich, Erholung (34%), Hobby, Liebhaberei (17%), für Kinder (10%), Naturverbundenheit (4%), „Refugium“ und für's Wochenende (5%). Die Untersuchungsergebnisse des Karlsruher Soziologen H.J.Klein (1972) zur Soziologie des Eigenheimes, publiziert unter dem bezeichnenden Titel „Draußen vor der Stadt“, bestätigen dies Spektrum der Wohnwünsche. Heimat in der Stadt bedeutet auch den humanen, d.h. vollständigen Wohnraum. Weshalb aber sitzt dieses Leitbild der als optimal betrachteten Wohnform so tief? Ist es nur ein Zirkel der Gewohnheit, der darin besteht, daß man so lebt, weil so gebaut wird, und weiter so baut, weil man so lebt?

Wir meinen, daß diese Vermutung wie auch die üblichen Attacken gegen die „Eigenheimideologie“ es sich zu leicht machen. Hier sollte eine differenzierte Motivationsforschung ansetzen unter Berücksichtigung der dargelegten Hinweise von Psychologie und Verhaltensforschung. Auch nach den bisher vorliegenden sozialmedizinischen Untersuchungen des letzten Jahrzehnts zur Frage der



Etagenkrankheiten: Besonders die Kinder leiden unter dem Mangel an Naturerlebnissen in antiökologischen Betonbunkern.

sog. „Etagenkrankheiten“, erscheint die Familienwohnung im Flachbau mit Garten aus humanökologischen wie psychologischen Gründen als die Optimallösung – vor allem für die junge Familie mit Kindern.

Im Interesse höherer Wohndichten, als diese beim freistehenden Einfamilienhaus mit großem Garten erreicht werden, muß in Zukunft sicher ein verdichteter Flachbau mit intensiv und vielfältig nutzbaren Gartenräumen angestrebt werden, die dem Bewegungsbedürfnis noch genügend Raum geben. Auch die Möglichkeiten dieser Wohnformen auf Mietbasis müssen überprüft und einer sozialen Lösung zugeführt werden.

Die höheren Erschließungskosten dieser Wohnform müssen nach unserer Meinung in Kauf genommen werden, wenn dadurch die Wohnqualität als ein ganz entscheidender Beitrag zur Steigerung der Lebensqualität erhöht wird.

Schließlich sind günstige Verkehrsverbindungen zur City und den Arbeitsplätzen eine weitere Voraussetzung zur Erhaltung oder Durchsetzung dieser Wohnform für größere Teile unserer Bevölkerung. Wir wissen, daß damit ein neuralgischer Punkt städtebaulicher Nöte und Problematik berührt wird sowie ein Bereich, in dem sich die Ideologen aller Schattierung mit Vorliebe tummeln.

Angesichts der psychischen Belastungen der Arbeitsumwelt, der Entfremdung im Arbeitsprozeß und der noch wachsenden ökologischen Umweltbelastungen müssen Wohnung und Garten Räume des Ausgleichs sein. „Ausgleich“ bedeutet nicht, daß nicht gleichzeitig das Grundübel unseres Verhältnisses zur mechanisierten Arbeit – im weitesten Sinne – von den Ursachen her angepackt und einer Lösung zugeführt werden muß.

Mit Räumen des Ausgleichs meinen wir nicht nur Räume der Ruhe, sondern auch einen Bereich, der eigenverantwortlich, schöpferische Tätigkeit ermöglicht, mit dem man sich identifizieren, in dem man sich geborgen fühlen und Stimulationen emotionaler wie geistiger Art empfangen kann. W.Nohl (1974, 1975, 1978) hat in seiner Begründung einer „emanzipatorischen Freiraumplanung“ als lebensverbessernder Formung unserer Umwelt für eine humanere Gesellschaft auf die Notwendigkeit gerade dieser Eigenschaften von Freiräumen hingewiesen: Anregung zu kreativem Tätigsein, Stimulation, Information und Abwechslungsreichtum. Wo dies hier und heute nicht erfüllt werden kann, treten als zwangsläufige Ersatzlösungen Kleingarten und Wochenendparzelle oder die möglichst intim abgegrenzte Fläche auf dem Campingplatz an die Stelle der Wohnung mit Garten. Solange die vitalen, psychischen und ökologischen Grundbedürfnisse des Menschen in der Wohnumwelt nicht befriedigt werden, wird der große Exodus des Städtlers aus den Verdichtungsgebieten am Wochenende und in den Ferien anhalten und der Druck auf die freie Landschaft sich weiter verstärken. G.Gröning hat in seinen Untersuchungen zum Kleingartenwesen, Dauercamping und

Wochenendhauswesen wiederholt darauf hingewiesen, daß die Reduktion der engsten Wohnwelt auf den umbauten Wohnraum – neben zunehmender Freizeit und größerer disponibler Kaufkraft – mit ein auslösender, wenn nicht der entscheidender Faktor für das wachsende Interesse an den Formen des Freizeitwohnens ist. Udo Hanstein berichtet über die Gewohnheiten von Taunusbesuchern, sich „ihr Territorium“ im Wald zu suchen und kontinuierlich davon Besitz zu ergreifen. „Was bedeutet es, wenn z.B. die Taunusbesucher trotz ihrer durch das Auto gegebenen Beweglichkeit und eines reichen Angebotes attraktiver Plätze zu einem großen Teil immer an den gleichen Ort kommen?“

Stumpfsinn oder Gewohnheit bieten gewiß nicht die rechte Erklärung. Ergreifen sie, die vielleicht kein Haus und keinen Garten zu eigen haben, gewissermaßen Besitz von einem ganz bestimmten Fleckchen Grund und Boden? Haben sie ihren Lagerplatz, ihren Weg, ihren Blick, ihre Bank aufgesucht und innere Beziehungen daran geknüpft, die mit der Zeit immer enger werden? Eine ganze Landschaft ist zu groß, zu unüberschaubar, um in der wenigen Zeit, die dafür zur Verfügung steht, mit ihr vertraut zu werden. Von einem kleinen Ausschnitt dagegen kann man innerlich – und für einige Dutzend Stunden im Jahr auch äußerlich – Besitz ergreifen.

Über diese Fragen sollten wir nachdenken. Wenn die Vermutung richtig ist, daß hier – trotz oder gerade wegen der heutigen Mobilität – ein Stückchen Heimat gesucht wird, wenn dem so ist, müssen wir Forstleute uns mit allen Kräften bemühen, dieser Sehnsucht entgegen zu kommen. Die Klärung dieser Frage kann man nicht allein der Wissenschaft überlassen. Jeder Forstmann sollte sein Waldpublikum kennen und seinen Wünschen nachspüren... Ehe wir die Besucher zum „Waldbewußtsein“ erziehen... müssen wir uns selbst zum Menschenbewußtsein erziehen. Denn letzten Endes darf es uns im „Erholungswald“ nicht darum gehen, Besucherströme zu kanalisieren, sondern jedem einzelnen das zu bieten, was er sucht und worauf er im öffentlichen Wald, in seinem Wald also, ein Recht hat.“

Hier wird das Entscheidende über den menschlichen Wunsch nach dem begrenzten, erfahrbaren Bereich des Territoriums als einer der Grundlagen des Heimatgefühls ausgesagt.

Auch die freie Landschaft muß die Voraussetzungen für die Erfüllung der Wünsche nach Identifizierung, nach Stimulation und Geborgenheit bieten. Identifizierung mit der freien Landschaft heißt in diesem Falle: Jasagen können zu ihr als Umwelt, die Möglichkeit, aus dieser „Umwelt einen Teil seiner Innenwelt zu machen“ (Mitscherlich). Identifizierung ist eng verbunden mit dem Verlangen nach Stimulation, Anregungen, Reizen, Abwechslungsreichtum der Landschaft. Das setzt eine vielfältige, unverwechselbare Landschaft voller Erlebnisträger, als Sender von Erlebniswerten voraus.

Portmann hat darauf hingewiesen, daß von diesen Kontakten mit dem „nicht vom Menschen Gemachten“ schöpferische Anregungen, Kreativität ausgehe. Die reich strukturierte, gegliederte, vielfältige Landschaft, die wir uns innerlich zu eigen machen, in der wir uns orientieren können, bedingt zugleich das Gefühl der Sicherheit und Geborgenheit.

Nach dem hier Dargelegten vermuten wir in dem weit in vor- und frühmenschliche Evolutionsphasen zurückreichenden „Zwang zum Territorium“ und in dem von ihm erfüllten psychischen Grundbedürfnissen die vielleicht entscheidende biologische und psychische Wurzel des menschlichen Wunsches nach Heimat.

Selbstentfremdung des Menschen und Heimat

Zwei Forscher : A. Gehlen in seiner philosophischen Anthropologie (1950) und der Basler Zoologe und Anthropologe Adolf Portmann in seinen diversen Studien zu einer neuen Lehre vom Menschen (u.a. 1956), haben darauf hingewiesen, daß der Mensch biologisch im Vergleich zu allen anderen Tieren eine Sonderstellung einnimmt. Der Mensch sei nicht auf eine spezielle Umwelt, d.h. bestimmte Lebensstätten oder „ökologische Nischen“ festgelegt, sondern auf einen weiten Umkreis von „Welt“ eingestellt, der Mensch sei das „weltoffene Wesen“ (Gehlen). Der Wesensunterschied Tier/Mensch liegt tatsächlich in der Beziehung Organismus/Umwelt. Im Gegensatz zum Menschen bildet das Tier mit seiner Umwelt eine Einheit, ein Ökotoptop, dessen Glied es ist, und mit dessen abiotischen und biotischen Faktoren es durch alle Funktionen innig verbunden ist.

Diese Aussage der Weltoffenheit des Menschen gilt aber ökologisch gesehen nur sehr begrenzt. Zunächst haben gerade die Erfahrungen der Raumfahrt gezeigt, daß der Mensch physiologisch-ökologisch an die Geosphäre als Ökosystem, an ihre Druck-, Temperatur- und Strahlungsverhältnisse wie an die Zusammensetzung ihrer Gashülle gebunden ist und außerhalb der Erde nur existieren kann, solange ihn die ökologischen Verhältnisse der Erdhülle in der Raumkapsel schützend umgeben. Die Erkenntnisse der derzeitigen Umweltkrise haben andererseits gezeigt, daß dem Menschen auch innerhalb der Geosphäre bei von ihm selbst verursachten Änderungen der Umweltfaktoren Wasser, Luft, Klima, Nahrung relativ enge Grenzen gesetzt sind, wenn nicht sein Wohlbefinden, seine Gesundheit oder gar seine Existenz in Frage gestellt sein sollen. Der Mensch ist nicht beliebig anpassungsfähig, weder physiologisch-ökologisch noch psychisch.

Andererseits sei der Mensch als „hilfloser Nestflüchter“, als „Nestflüchter ohne flüchten zu können“ (Portmann) in seiner Lebensweise nicht ausreichend durch Instinkte geführt und gerichtet. Er stehe als das unfertige Wesen im lebensläng-

lichen Lernprozeß und sei als das ungeschützte und ungenügend instinktgesicherte Wesen gezwungen, sich die ihm gemäße, schützende Umwelt erst zu schaffen. „Der Mensch muß, um heimisch zu werden, sich seine Welt selbst aufbauen“ (Lükert 1972). So schafft er sich ein schützendes Heim als gebaute Umwelt und gestaltet nutzend die Naturlandschaft zur Kulturlandschaft um. Er schafft sich „Heimat“. Bei dieser Gestaltung der Umwelt ist der Mensch der Industriegesellschaft über das „humane“ Maß hinausgegangen. Der Mensch hat sich während dieses Prozesses in vierfacher Hinsicht „selbstentfremdet“

- von seiner natürlichen Umwelt,
- von seiner mitmenschlichen Umwelt,
- von seiner gebauten technischen Umwelt und
- von sich selbst.

Unter Selbstentfremdung wird hier verstanden, daß der Mensch bei der durch seine Konstitution bedingten Notwendigkeit der Gestaltung einer „ihm gemäßen“ Umwelt das Optimum dieser Umweltveränderung vielfach überschritten hat. Dies gilt vor allem für die industrielle Phase der Gesellschaftsentwicklung. Die von ihm selbst veränderte natürliche Umwelt, die von ihm geschaffene gebaute und technische Umwelt, beginnen in großen Bereichen lebensfeindlich zu werden. Sie bedrohen die menschliche Existenz, nachdem psychische und ökologische Grundbedürfnisse des Menschen nicht mehr erfüllt werden. Die von Menschen geschaffenen Umweltverhältnisse wie die sozialen und ökonomischen Strukturen gefährden aber auch die mitmenschlichen Beziehungen und die volle Entfaltung des Menschen in seinen bewußten und unbewußten seelischen Bereichen, entfremden ihn vom Du wie vom Ich.

Es wird nötig, auf diesen Entfremdungsprozeß näher einzugehen:

1. Entfremdung von der natürlichen Umwelt durch Umgestaltung natürlicher Ökosysteme in künstliche Systeme, die Verarmung an Formen des Lebendigen um uns, an Arten, Lebensgemeinschaften und Lebensstätten, aber auch an visueller Vielfalt der Strukturen, der Farben und des Lichts, in einem Ausmaß, das schließlich die Umwandlung der ökologischen und visuellen Vielfalt in uniforme Monotonie bewirkt mit allen psychischen und physischen Auswirkungen auf den Menschen als Glied des Ökosystems Erde, mit dem Verlust des Kontaktes zum außermenschlichen Leben und dem Verlust der kreativen Anregungen, die von dem „nicht vom Menschen Gemachten“, der natürlich gewordenen und gewachsenen Welt ausgehen.

Dieser Zerstörungsprozeß unserer Landschaft als eines der Grundelemente von „Heimat“ hat in Mitteleuropa in dem heutigen Ausmaße erst mit der industriellen Revolution eingesetzt. Er ist bisher an die Industriegesellschaft gebunden und dies sowohl im westlichen marktwirtschaftlichen System wie in sozialistischen Planwirtschaften. Der Entfremdungsprozeß auf allen hier diskutierten

Ebenen beruht letzten Endes auf dem hinter beiden stehenden einseitig mechanistisch-ökonomischen Fortschrittsdenken. Sicherung von „Heimat“ als humaner Umwelt erscheint so unlösbar verbunden mit einer Wandlung der sozio-ökonomischen Ordnungsvorstellungen beider Systeme; vor allem aber auch mit der Anerkennung des „Gesetzes der Grenze“ für ökonomisches und demographisches Wachstum auf unserer Erde.

2. Entfremdung von seiner gebauten/technischen Umwelt, die Eigengesetzlichkeit gewinnt und ihn selbst bedroht. Auf dem Wege von der ihm feindlichen, wilden Naturlandschaft ohne Geborgenheit über eine naturnahe, wohl optimale Gestaltung der Kulturlandschaft sind wir dabei, die „Maße“ zu verlieren, auf dem Wege zu einer immer künstlicheren, lebensfeindlichen Welt. Die derzeitige Umweltkrise zeigt unsere Situation an.

Der Arzt und Psychologe Joachim Bodamer hat diesen Prozeß in seinem Werk „Gesundheit und technische Welt“ (1955) treffend gekennzeichnet: „Wir sind nicht mehr zu Hause in dieser Welt, die wir zwar geschaffen haben, die aber unser Feind zu werden droht, weil unser Körper, unsere Seele, unsere Sinnesorgane für eine andere Welt ursprünglich entworfen wurden und sich nicht mehr anpassen können.“

3. Entfremdung des Menschen von den Mitmenschen ist aufs engste mit unseren ökonomischen und gesellschaftlichen Strukturen verbunden, mit dem Massendasein der großen Städte, ohne Kontakte und Geborgenheit in überschaubaren Gemeinschaften.

Im 5. und 6. Brief der „Ästhetischen Erziehung des Menschen“ weist Schiller auf das menschliche Urphänomen der Entfremdung hin. Hegel entwickelt in seinen theologischen Jugendschriften den Gedanken der Entfremdung vom Mitmenschen und sich selbst infolge der durch die eigene Arbeit geschaffenen Welt des Eigentums. Nach Hegel greift Marx den Gedanken der Selbstentfremdung auf und zwar durch die Arbeits- und Sozialorganisation. Als arbeitendes Wesen schaffe der Mensch immer neue Produkte, die statt ihm dienlich zu sein, zu seinen Tyrannen werden. Mit der Arbeit werde der Mensch unter den derzeitigen Eigentumsverhältnissen von der Natur, vom Mitmenschen und sich selbst entfremdet.

Der Entfremdungsprozeß als menschliches Urphänomen ist sicher komplexer als es Marx sah und läßt sich nicht nur ökonomisch über die Eigentumsverhältnisse und den Produktionsprozeß ableiten bzw. durch deren Änderung beheben.

4. Dies wird besonders deutlich, wenn man die Entfremdung des Menschen von sich selbst betrachtet.

Neumann zeigt, daß die Marxsche Theorie unzureichend ist. Der Entfremdungsprozeß sei hier in erster Linie psychologisch zu sehen als Entfremdung des „Ich“ von der Dynamik der vitalen Antriebe. Entfremdung ist hier also zu verstehen als Trennung vom unmittelbaren Leben, nach Freud

die gemeinsame Wurzel aller Ängste. Seelisches Leben spielt sich auf zwei Ebenen ab, der des Bewußtseins und der des Unbewußten. Die Orientierungen und Haltungen des Menschen verhalten sich auf beiden Ebenen komplementär zueinander (C.G. Jung). „Es ist müßig zu fragen, wo der eigentliche Charakter des Menschen zentriert sei, im Bewußten oder im Unbewußten. Ich glaube, daß diese Frage überhaupt falsch gestellt ist. Der Mensch ist das Zugleich beider Haltungen und Orientierungen; er ist – wie einst Nicolaus Cusanus formulierte – eine *coincidentia oppositorum*; ein Zugleich von Gegensätzen, ein widersprüchliches Wesen.“

Bei dieser doppelten Seelenstruktur wird es aber verhängnisvoll, wenn durch unsere derzeitigen städtebaulichen, technischen, ökonomischen und sozialen Strukturen die aus dem unterbewußten Bereich kommenden psychischen Grundbedürfnisse des Menschen zu wenig, ja unberücksichtigt bleiben, nicht erfüllbar sind und verkümmern. G.Simmel weist in seinem Werk „Der Konflikt der modernen Kultur“ auf diese Verschärfung des Konfliktes zwischen den vitalen Kräften und Bedürfnissen des Lebens und den Strukturen der Kultur (oder besser: Zivilisation) in der Gegenwart hin. „Und es will mir scheinen, als ob von allen geschichtlichen Epochen, in denen dieser chronische Konflikt sich zum akuten gesteigert hat und die ganze Breite der Existenz zu erfassen suchte, noch keine ihn so deutlich wie die unsere als ihr Grundmotiv enthüllt hätte.“ Die menschlich geschaffenen Strukturen sind lebensfeindlich geworden. Der amerikanische Soziologe F.W.Ogburn hat diesen Widerspruch zwischen dem einseitigen technisch-ökonomischen Fortschritt und der Gestaltung unserer Umwelt einschließlich der mitmenschlichen Beziehungen und unserer Moral und Politik treffend den „cultural lag“, das kulturelle Nach-

hinken bezeichnet. Hier zeigt sich der hintergründige Konflikt und die Krisenträchtigkeit des Menschen und seiner Kultur; denn der Selbstentfremdungsprozeß scheint im Wesen des Menschen – konstitutionsbedingt – begründet. Ist der Mensch aber als sich selbstentfremdendes und konflikt-



trächtiges Wesen erkannt, so hat er als vernunftbegabtes Wesen Pflicht und Möglichkeit, der Entfremdung von sich selbst, von seiner mitmenschlichen, natürlichen und gebauten Umwelt und damit einer Katastrophe entgegenzuwirken.

Es geht also darum, Räume zu schaffen, in denen der sich selbst, seiner mitmenschlichen, natürlichen und gebauten Umwelt entfremdete Mensch heimisch sein kann, Heimat findet. Sicherung und Schaffung von Heimat heißt letzten Endes der Entfremdung entgegenzuwirken. Es kann dies nur ein langfristiger Prozeß sein mit allen gesellschaftlichen und ökonomischen Konsequenzen, der Weg zu einer im tiefsten Sinne „humanen“ Gesellschaft und Umwelt. Wenn die „nachindustrielle“ Gesellschaft eine solche humane Gesellschaft werden soll, so muß sie die menschlichen, psychischen wie ökologischen Grundbedürfnisse zu den Kriterien für eine humane Umwelt machen. Nur dann kann der moderne Mensch Städte und Landschaften als Heimat erfahren.

(Fortsetzung folgt)



Brokdorf, Berlin, Nürnberg und die Folgen

Mehr als 100 000 Demonstranten aus dem gesamten Bundesgebiet demonstrierten am Bauplatz des geplanten Atomkraftwerkes in Brokdorf, die Republik steht Kopf, die Rundfunkstationen überschlagen sich mit neuen Meldungen über die jeweils aktuelle Lage, die Bild-Zeitung warnt seit Tagen vor bösen Ausschreitungen, die anderen Massenmedien beleuchten von allen Seiten das Für und Wider der Stellungnahmen der einzelnen Politiker und Gruppen, die Polizei wird wochenlang vorher auf das geplante Ereignis eingetrimmt, überall in der BRD laufen in den Polizeischulen Schulungsfilme für das Verhalten eines braven deutschen Polizisten bei Anti-AKW-Demonstrationen. Brokdorf wird für einige Tage zum Mittelpunkt des Geschehens in Westdeutschland. Doch schon wenige Wochen später bringt eine neue Protestwelle die Ruhe und Ordnung in der bundesdeutschen Republik in Gefahr, die Instandbesetzerbewegung. Hunderte von leerstehenden Häusern werden besetzt und menschenwürdig gestaltet und eingerichtet. Zeitungen berichten, im Fernsehen wird diskutiert, die etablierten Politiker reden, die Republik hat ihre Themen, doch welche Entwicklungen und Folgen wird die Anti-AKW- bzw. die Instandbesetzer- bzw. die Alter-

nativbewegung mit den Protesten einleiten oder erzwingen können.

Die Republik denkt nach

Der kurzfristige Erfolg der Anti-AKW- bzw. Instandbesetzerinitiativen ist unübersehbar. Die Republik denkt nach. Weite Teile der etablierten Parteien sind verunsichert. Gefahren der Atomenergie und soziale Mißstände im Wohnungsbau werden selbst von bürgerlichen Politikern zugegeben und bekämpft. Selbst etliche CDU-Ortsverbände kämpfen in Südhessen gegen die ökologische Vernichtung in ihrer unmittelbaren Heimat. Teile der SPD und der FDP ergreifen offen Partei für die Alternativen, allerdings unter dem Vorbehalt, daß ihre Parteien viel besser alternative Politik verwirklichen können. Etablierte Massenmedien wie Stern und Spiegel werfen sich den Alternativen an den Hals, als wenn schon ewige Freundschaft herrschte.

Tödliche Umarmung

Doch Vorsicht ist geboten. SPD und FDP haben durch ihre tagtägliche Politik bewiesen, daß ihr

Herz nicht auf Seiten der Alternativen steht. Beide Parteien sind mitschuldig am BRD-Atomprogramm und tragen oft die Hauptschuld an der Wohnungsmisere in unseren Großstädten. Die SPD hat in den vergangenen Jahren sowohl den Wohnungsbauminister gestellt als auch die politische Hauptverantwortung in den größten westdeutschen Städten getragen. Der plötzliche Opportunismus gegenüber den Alternativen unter gleichzeitiger Fortführung der bisherigen prokapitalistischen Politik ist eine starke Zumutung. Bei der CDU/CSU weiß dagegen jeder Alternativler woran er ist; der Opportunismus der SPD birgt aber die Gefahr in sich, daß manch Oppositioneller sich, nicht zuletzt auf Grund des vorzüglichen Propagandaapparates der SPD, sich in die Fänge des „kleineren Übels“ begibt.

Recht und Ordnung

Die bürgerlichen Parteien lassen keinen Zweifel aufkommen, welche Politik sie betreiben wollen. Ihr Ziel ist möglichst die Idylle des Klassenstaates zu bewahren. Dennoch kann auch die CDU/CSU es sich heute nicht mehr leisten, offene soziale Mißstände einfach zu übergehen. Die CDU/CSU verfolgt daher eine Doppelstrategie, zum einen die sozialen Mißstände zu relativieren bzw. der SPD zuzuschieben und durch lächerliche Reformvorschläge ihre unsoziale Politik zu verschleiern und zum anderen die Alternativen als Terroristen und Krawallmacher zu diffamieren. Hierzu gehört auch der Ruf nach Ordnung und Ruhe, nach einer Verstärkung der repressiven Macht des Staates. Polizei-beamte sollen mit ganzer Kraft und Härte den Staat schützen. Doch der Staat heißt doch in der aktuellen Situation „Atomkraftbetreiber“ und „Kaputtbesitzer“. Der Staat, der den Kampf der

Rechtsstaat und Menschenrechte

Die Frage Rechtsstaat ja oder nein kann nur eindeutig positiv beantwortet werden. Voraussetzung eines jeden Rechtsstaates muß aber die Gewährleistung und die Verwirklichung der Menschenrechte sein. Sind die Menschenrechte eingeschränkt und der Willkür des Staates unterworfen, hat der Rechtsstaat aufgehört zu existieren.

Für eine langfristige alternative Strategie

Die Strategie der Alternativen muß dahingehen, die Folgen der verfehlten kapitalistischen Gesellschaftsordnung aufzuzeigen und diese der Bevölkerung bewußt zu machen. Insbesondere muß deutlich gemacht werden, daß die Bürger stärker an den politischen Entscheidungsprozessen teilhaben wollen. Die Macht der „Parteienrepublik“, die ursprünglich den Parteien nur eine Mitwirkung zugestanden, muß zurückgedrängt werden zu einer Republik der Bürger, der Nachbarschaften, der selbstverwalteten Gemeinden und Regionen. Das Bewußtsein Bürgerinitiative statt Partei muß verstärkt werden. Die Demokratisierung auf allen Ebenen muß voranschreiten. Der Aufbau muß von unten nach oben erfolgen. Auch die Publikations- und Massenmedien müssen demokratischer Reform unterzogen werden. Auch muß der Kampf gegen das reaktionäre „Bürgerliche Gesetzbuch“ mit dem Ziel der Reform des Eigentumsbegriffes geführt werden. Als Leitbilder müssen natürliche Gemeinschaften: Völkergemeinschaft, Volk, Region, Gemeinde, Nachbarschaft angeboten werden, gegen kapitalistische Verfremdungsbilder wie: One world, Staatschauvinismus, Interessenverbände, Arbeitskasernen, Zweckverbände, Alternative Poli-



Der Widerstand gegen die kapitalistische Gesellschaftsordnung nimmt konkrete Formen an

Stauffenbergs und der Weissen Rose als heroischen Widerstand gegen den deutschen Faschismus würdigt, sieht sich heute dem Vorwurf ausgesetzt, daß ein neuer Atomfaschismus längst die Macht ergriffen hat.

tik muß am konkreten Einzelfall (z.B. Instandbesetzung) zeigen, für welche Gesamtzielsetzung zu kämpfen ist.

Walter Hohenstein

AKW ~ Nee! Der Kampf um Zwentendorf

Seit der Volksabstimmung vom November 1978, bei der sich die Mehrheit der österreichischen Wähler unmißverständlich gegen die Inbetriebnahme des Atomkraftwerks Zwentendorf entschied, liegt das mit einem Aufwand von rund 9 Milliarden Schilling errichtete, im Volksmund „Kreisky-Mausoleum“ genannte AKW lahm, d.h. es wurde um den Preis von 40-45 Millionen Schilling jährlich „eingemottet“. Obwohl Vertreter aller drei Parlamentsparteien die Einhaltung des Ergebnisses der Volksabstimmung versprochen hatten, blieben Politiker und Industriellenkreise zum Großteil völlig unbelehrbar. Immer noch versuchen sie, das unmißverständliche „Nein zu Zwentendorf“ zu ignorieren, setzen sie hintergründige Hoffnungen auf einen durch die „Energiekrise“ bedingten Meinungsumschwung, obwohl sie vorgeben, den Volksscheid zu respektieren.

So war es natürlich, daß man sich mit der von den Kernkraftgegnern geforderten Demontage des AKW Zwentendorf Zeit ließ. Schon bald nach dem Volksscheid brachte die von der Welt-Hochfinanz gesteuerte Atomlobby in Regierung, E-Wirtschaft und SPÖ, die um ihr Geschäft bangte, die Debatte um den „friedlichen Gebrauch der Kernkraft“ wieder ins Rollen. Diese Kreise, die die Atomlobby der ganzen Welt hinter sich wußten, konnten sich mit ihrer Niederlage nicht abfinden. Für Hannes Androsch – damals noch Vizekanzler und Finanzminister – war die Stilllegung Zwentendorfs „eine gigantische Fehlinvestition“ und ein

„ökonomischer Wahnsinn“, und der ÖGB-Boß Anton Benya plädierte im ÖRF für eine neuerliche Volksabstimmung, da sich die wirtschaftliche und politische Lage inzwischen geändert habe. Man solle durch eine solche Abstimmung versuchen, das AKW doch noch in Betrieb zu nehmen, da man „angesichts des Energiemangels“ ein fertiges AKW nicht ungenutzt stehen lassen könne. Das ist kennzeichnend für das Demokratieverständnis eines Benya, Kienzl, Androsch oder Iglar: Volksabstimmungen sind solange zu wiederholen, bis sie das „von oben“ gewünschte Ergebnis bringen!

Iglar (damals Präsident der Industriellenvereinigung) nannte die Volksabstimmung über Zwentendorf schlicht einen „Mißbrauch des plebiszitären Instrumentes“ (Die Presse, 25.8.79). Er begrüßte Benyas Vorstoß zur „Überprüfung“ des Abstimmungsergebnisses und forderte einen Aufklärungs- und Informationsfeldzug über die Anwendung der Kernenergie. Bundeskanzler Kreisky selbst forderte die beamtete ÖGB-Spitze auf, nachzudenken, wie ihr Wunsch nach Inbetriebnahme von Zwentendorf in die „politische Realität übertragen werden kann“, ohne den Einsatz der Atomkraft werde man die Energieversorgung Österreichs nicht sicherstellen können. Sein (inzwischen über undurchsichtige Finanztransaktionen gestolperter) Vize Hannes Androsch sekundierte: In einer Demokratie gebe es kein Neuerungsverbot, im übrigen sei die Kernenergie sehr umweltfreundlich! Und während SPÖ-Generalsekretär Blecha auf Grund fragwürdiger Um-

frageergebnisse die Behauptung aufstellte, vor und nach der Volksabstimmung sei die Mehrheit der Österreicher für Atomkraft gewesen, nur am Abstimmungstag habe sich das Blatt gewendet, drohte Heinz Kienzl, Nationalbank-Generaldirektor und Initiator des von der millionenschweren E-Wirtschaft finanzierten „Komitees pro Zwentendorf“ bzw. Vorstandsmitglied der 1979 gegründeten „Gesellschaft für Energiewesen“, mit Netzabschaltungen im Winter.

In der „Gesellschaft für Energiewesen“ – einer Initiative von ÖGB, Handelskammer, Arbeiterkammer Industrie, Banken und Elektrizitätswirtschaft – ist das „Komitee Pro Zwentendorf“ neu erstanden.



Die Atom„mafia“ Österreichs: von links, Kreisky, Androsch, Benya, Kienzl

Finanziert von der gesamten Geldmacht Österreichs, soll dieser Verein, dem Prominente und einflußreiche Atomfreunde aus den Interessenverbänden angehören, das tun, was die Regierung im Grunde genommen will, aber nicht tun kann. Aufgabe dieser famosen Gesellschaft ist es, das Ergebnis der Volksabstimmung vom November 1978 zu korrigieren. Dies sollte mittels eines Volksbegehrens erreicht werden, in dem ein neuerliches Referendum über die Inbetriebnahme Zwentendorfs gefordert wurde. 1980 trat eine aus Stroh Männern der Atomlobby gebildete „Bürgerinitiative zur Aufhebung des Atomsperrgesetzes“ aggressiv auf den Plan, und in Großbetrieben (Österreichische Nationalbank, ÖMV, Siemens, Philips, Elin, Zenti-Heizkörperbau, Pensionsversicherungsanstalt u.a.) wurden die Werktätigen unter Druck zu Unterschriften für ein derartiges Volksbegehren genötigt – mit dem Hinweis, durch die Unterschrift würden in Zukunft Arbeitsplätze gesichert. Aus Angst um ihren Arbeitsplatz fügten sich viele diesem Gesinnungsterror; andere wuden wegen ihrer ablehnenden Haltung gegenüber der Atomkraft persönlich diskriminiert und in ihrer beruflichen Laufbahn geschädigt.

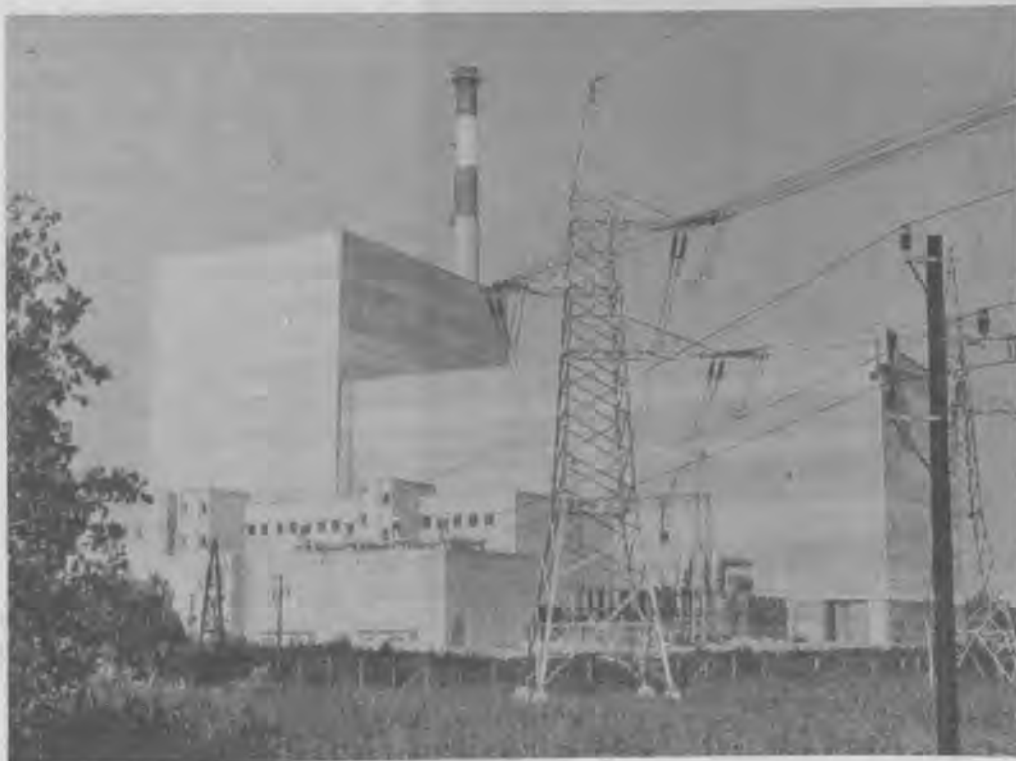
Fernsehen und Presse dienten der industriellen und gewerkschaftlichen Atomlobby als Sprachrohr, und

unter dem fadenscheinigen Vorwand des Bemühens um die Energieversorgung Österreichs wurde eine brutal-entschlossene Manipulation der Bevölkerung zugunsten der AKW's betrieben. Trotz massiver Erpressung und trotz des Millioneneinsatzes von E-Wirtschaft, Industriellenvereinigung und Gewerkschaftsbund für Propagandazwecke wurde das Volksbegehren „JA zu Zwentendorf“ ein ziemlich Fehlschlag, denn die Bevölkerung beginnt die Argumente der AKW-Gegner zunehmend zu verstehen. Auch hat sich an der Atomproblematik seit 1978 nichts geändert:

– Nach wie vor steht das AKW Zwentendorf auf einer Erdbebenlinie und nur 30 km von der 2,5-Millionen-Stadt Wien entfernt.

- Im Bereich der Sicherheitsvorkehrungen wurden keine Fortschritte erzielt, so daß die ständige Gefahr von Störfällen besteht.
- Eine Möglichkeit für die Endlagerung des radioaktiven Abfalls ist nirgends in Sicht.
- Wie das AKW Zwentendorf später als radioaktive Ruine abgebaut werden soll, weiß niemand.
- Die Katastrophe von Harrisburg (die schließlich auch kein Beispiel für die Beherrschbarkeit der Atomtechnik durch den Menschen war) hat breite Schichten der Bevölkerung für die Gefahren der Atomtechnologie sensibilisiert.

Für ein System wie das österreichische jedoch ist die Schaffung neuer Energiequellen keine Frage der Volksinteressen, sondern eine Frage von Profit, Nutzen, Ausbeutung und internationaler Verflechtung. Folgerichtig sprechen sich auch „schwarze“ Wirtschaftskreise (Wirtschaftsbund, Industriellenvereinigung) eindeutig für die Nutzung der Kernkraft aus, ÖVP-Anhänger organisierten eine Aktion „Pro Kernenergie“. Tatsächlich ist die ÖVP keineswegs jene grundsätzliche AKW-Gegner-Partei, als die sie sich aus wahltaktischen Gründen präsentiert hat (sehr zum Unwillen des kernkraftfreundlichen Wirtschaftsflügels der Partei). Noch 1975 war für den ÖVP-Energiesprecher König klar: „Entweder es werden Atomkraftwerke gebaut, oder Energie



Stillgelegtes Atomkraftwerk Zwentendorf

muß über kurz oder lang rationiert werden.“ Schließlich befürworten die Christdemokraten ganz Westeuropas diese gefährlichste Technik der Welt – warum sollte sie da die ÖVP aus Prinzip ablehnen? Die Meinungen über die Kernkraft sind in dieser Partei also zumindest sehr geteilt. Vergessen wir nicht, daß es die ÖVP war, die in den späten 60er Jahren – also zur Zeit ihrer Alleinregierung – den Bau des AKW Zwentendorf begonnen und den Ausbau der Donaukraftwerke gebremst hat.

Noch immer hoffen Industriellenvereinigungen und Bundeswirtschaftskammer, daß es im Namen des Wirtschaftswachstums auch in Österreich zur „friedlichen Nutzung“ der Kernkraft kommen möge. „Die Konkurrenzfähigkeit unserer Wirtschaft könnte in Frage gestellt sein“, unkte z.B. der Wiener Kammerpräsident Dittrich. „Österreich kann an der friedlichen Nutzung der Kernenergie nicht vorbeigehen“, sekundierte Wirtschaftsbund-Präsident



Sallinger

Sallinger. Und der Generalsekretär der Industriellenvereinigung, Krejci, betonte, die Industrie sei von jeher für den Einsatz der Kernenergie eingetreten – „selbstverständlich unter Einhaltung strengster Sicherheitsvorschriften“. ÖVP-Energiesprecher König schließlich erinnerte daran, daß die ÖVP sich für die grundsätzliche Befürwortung (!) der friedlichen Atomnutzung ausgesprochen habe, allerdings müsse die Bundesregierung endlich die Initiative ergreifen und im Ausland die Möglichkeiten einer „gesicherten Abfallagerung“ erörtern.

Mit massiver Unterstützung von Industrie, E-Wirtschaft und ÖGB brachten die Atombefürworter – mühsam genug – rund 420 000 Stimmen zusammen (das ist mit Abstand das schlechteste Ergebnis aller bisherigen Volksbegehren). Gewiß, eine recht schwache Leistung, wenn man die finanzielle und organisatorische Macht der Atomlobby bedenkt. Aber was das Entscheidende ist: die gesetzliche Mindestzahl (200 000 Unterschriften) wurde erreicht, und damit kann die Atomfrage abermals im Parlament hochgespielt und das Atomsperrgesetz torpediert werden...

Der undemokratische Versuch, unter Einsatz der gewaltigen wirtschaftlichen und propagandistischen Macht von Arbeiter- und Wirtschaftskammern, von ÖGB und Industriellenvereinigung das Ergebnis der Volksabstimmung vom November 1978 doch noch

umzukehren, das Doppelspiel der Großparteien und die Tatsache, daß in den 2 1/2 Jahren seit dem Referendum weder Umbau noch Demontage des AKW's begonnen wurden, strafen die beruhigenden Phrasen der Regierung Lügen und beweisen, daß die Landesgesellschaften der Elektrizitätswirtschaft und sonstige Interessierte nur auf eine Krise warten, um Zwentendorf doch noch zum Strahlen zu bringen. Hinter den Kulissen wird bereits über die Inbetriebnahme Zwentendorfs verhandelt!

Bekanntlich kann das „Atomsperrgesetz“ im Parlament jederzeit wieder aufgehoben werden. Als ob es nie eine Volksabstimmung und ein Atomgesetz gegeben hätte, strebt die Atomlobby über die Köpfe der Bevölkerung hinweg ein „modernes Atomgesetz“ an, um selbst dann, wenn Zwentendorf aus Gründen der Veralterung nicht in Betrieb genommen werden kann, andere Atomkraftwerke in unbegrenzter Zahl in ganz Österreich errichten zu können. Die „Gesellschaft für Energiewesen“ verfolgt nämlich ehrgeizige Pläne, die weit über die Inbetriebnahme Zwentendorfs hinausgehen: Im Jahre 2000 sollen in der Donarepublik 5-7 Atomkraftwerke Strom erzeugen, 28 Standorte sind bereits zur Auswahl vorgesehen! Wenn das Atomsperrgesetz eines Tages durch SPÖ- und ÖGB-Spitzenfunktionäre, die sich vor den Karren des Industriekapitals spannen lassen, und durch den Kernkraft-Opportunismus der ÖVP fallen sollte, wäre das nicht nur ein Freibrief für Zwentendorf, sondern für eine ganze Reihe von weiteren AKW's. Präsident Dr. Gruber (ehemaliger ÖVP-Außenminister) gab freimütig zu: „Wir müssen zwei Ziele unterscheiden, erstens Zwentendorf und zweitens ein Atomgesetz, das den Weg für den weiteren Bau von Atomkraftwerken öffnet. In zehn Jahren wird es Atomkraftwerke an Standorten geben, die wir heute wahrscheinlich ablehnen würden.“ (Kurier, 10.2.80)

Preiserhöhungen bei Benzin, Heizöl, Dieselöl, Gas und Strom sollen der Propaganda von Politikern, die die Gefährlichkeit von Atomkraftwerken auch nach Harrisburg noch immer für „un glaubliche Propagandamärchen“ halten und ihr Doppelspiel auch nach der eindeutigen Volksabstimmung munter fortsetzen, Nachdruck verleihen. Die Nichtinbetriebnahme von Zwentendorf muß als Argument für steigende Preise herhalten, mit denen die Kosten dieser Fehlinvestition auf Haushalt, Gewerbe und Landwirtschaft abgewälzt werden.

Mit Recht erklärte die Initiative Österreichischer Atomkraftwerksgegner (IOAG), es gehöre eine große Portion Unverschämtheit dazu, den 1,6 Millionen österreichischer AKW-Gegner die Schuld für die Versäumnisse und Fehler der für die Energiepolitik Verantwortlichen in die Schuhe zu schieben. Außerdem: Die „Energiekrise“ genannte unverschämte Raubpolitik der Ölmultis hat nicht erst mit dem 5. November 1978 begonnen, und bei der



Zeichnung: F. K. Waechter

Stromversorgung aus den Wasserkraftwerken Österreichs herrscht kein Notstand. Im Gegenteil, das Land hat einen Überschuss an elektrischer Energie, der Stromexport bringt jährlich 2 Milliarden Schilling Gewinn. Was soll also die Behauptung, die Inbetriebnahme von Atomkraftwerken sei notwendig, da sonst eine Energielücke drohe?

Nicht genug damit, daß in der Nachbarschaft Österreichs – in Bayern, in der Schweiz, in der Tschechoslowakei und Ungarn Atomkraftwerke errichtet und geplant werden, zeigen auch die „Volksvertreter“ in Wien ein schandbares „Verständnis“ für die Neuerungswünsche der Atomlobby. Großzügig wollen sie den Atomgegnern die Möglichkeit einräumen, ihren „Irrtum“ in einer neuerlichen Volksabstimmung doch noch zu korrigieren. Nationalbank-Generaldirektor Kienzl: „Je kälter es wird, desto mehr werden dafür sein.“ (Die Presse, 31.10.79)

Die Österreicher müssen also ständig bereit sein, ihre kluge Entscheidung vom November 1978 zu

verteidigen. Die Bevölkerung muß auch weiterhin im größtmöglichen Umfang über die Gefahren der Atomkraft aufgeklärt werden, denn nur eine wahrheitsgemäße Information immunisiert sie gegen die ungeheuerlichen Lügen der profitgierigen Atomlobby von der „sauberen, sicheren, umweltfreundlichen Kernenergie“. Nur die Aufklärung gegen Unwissenheit, der permanente Kampf gegen Korruption und Profitgier können die Gefahr bannen, daß das „Kreisky-Mausoleum“ Zwentendorf doch noch in Betrieb geht, daß der autoritäre „Atomstaat“ (Robert Jungk) errichtet wird und Arbeitsplätze forciert wegrationalisiert werden – des Profits und einer mörderischen Wachstumsideologie wegen.

Inzwischen bereitet die Betreiberfirma Zwentendorfs, die „Gemeinschaftskraftwerk Tullnerfeld GmbH“ eine Klage gegen die Republik Österreich vor, da sie durch das Atomsperrgesetz „wirtschaftliche Nachteile“ erlitten habe. Dem österreichischen Steuerzahler wird also zugemutet, als „Strafe“ für das Nein zur Kernenergie auch noch ein

zweites Mal für den Bau des Atomkraftwerks zu bezahlen!

Über das ganze Land zwischen Bodensee und Neu-siedlersee verteilt, arbeiten viele Vereine und Bürgerinitiativen, die dem Bau von Atomkraftwerken den Kampf angesagt haben. Ihr heroischer Einsatz physischer und psychischer Kräfte, ihre Opfer an Zeit, Geld und Energie, ist durchaus vergleichbar mit den Volkskämpfen gegen AKW's in Brokdorf, Gorleben, Wyhl und Grohnde. Gerade für eine nationalrevolutionäre Bewegung werden sich hier wichtige Aufgaben ergeben.

Besessen vom Wahnsinn des unendlichen Wirtschaftswachstums hat das System – das korrupteste System, welches Österreich je beherrschte, ein System, dem jede andere Basis und Argumentation

fehlt als der des Kaufens und Gekauftwerdens – in der Frage der Kernenergie einen Standpunkt eingenommen, der nur rein materielle Dinge berücksichtigt. Einen solchen Weg lehnen wir ab. Aus diesem Grund sagen wir auch NEIN zu Zwentendorf und zu weiteren geplanten Reaktoren. Indem wir NEIN sagen zu der Front von Liberalismus, Großkapital und ÖGB-Bonzen gegen Volksmeinung und Demokratie, zur herrschenden Meinungsdictatur und der ständigen Manipulation durch die Massenmedien, zu Wachstumsfetischismus und weiterer Verwüstung unserer Umwelt, NEIN zu allen Dingen, die nicht dem Volk und seinem Fortschritt, sondern dem System und seiner angefaulten Basis nützen, sagen wir JA zur Zukunft unseres Volkes!

Stefan Fadinger

Kein Pionierübungsplatz in Nordheim

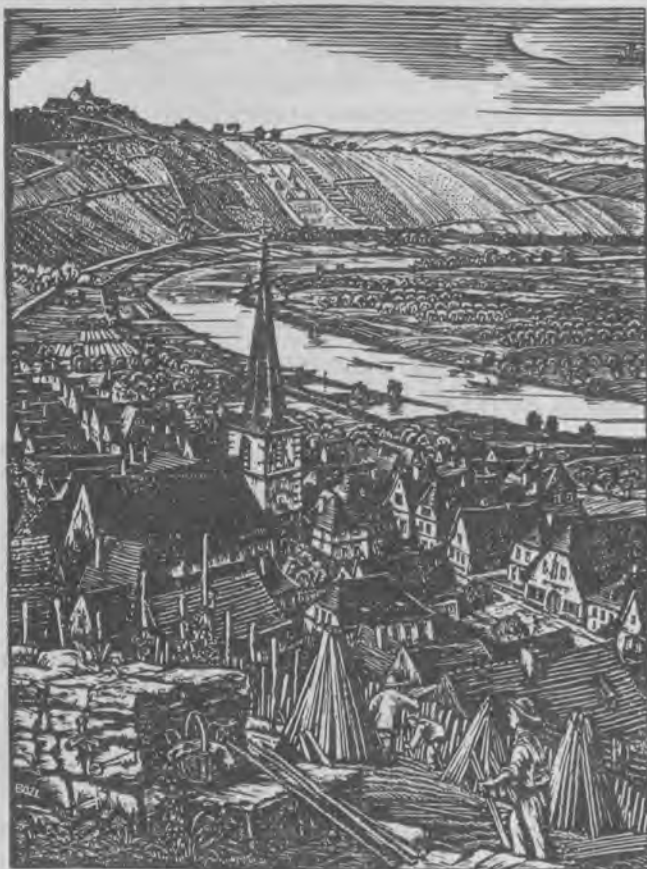
Die Richter haben gesprochen. Im vergangenen Herbst hat der Bayerische Verwaltungsgerichtshof die Klage der Gemeinde Nordheim gegen den Planfeststellungsbeschluss des ehemaligen Landratsamtes Gerolzhofen aus dem Jahre 1967 abgewiesen. Mit der Wiederherstellung der sofortigen Vollziehbarkeit scheint zunächst einmal der Weg frei für den Bau des Pionierübungsplatzes im Zentrum des Landschaftsschutzgebietes an der Volkacher Mainschleife und damit für die Zerstörung der Natur in dieser Region Frankens. Die Mainschleife ist der letzte Rest nicht kanalisierter Main zwischen Bamberg und Mainz und die größte fränkische Weinbergnische. Sie umfaßt 1/3 der gesamtfränkischen Rebfläche, rund 2000 Winzer leben vom Ertrag.

Diese Entscheidung ist nach Ansicht des Bund Naturschutz (Weiger) der „letzte Beweis, daß bei Bundes- und Landesprojekten die Umweltschutz-Gesetzgebung eine reine Farce ist“ und empfindet, daß „die gesamte Naturschutzgesetzgebung der vergangenen Jahre mit diesem Urteil einfach ignoriert werde.“

Diese Entscheidung zu Gunsten des Freistaates Bayern und und der Bundeswehr kam sehr überraschend, denn erst im Dezember '79 führte der seit 1958 andauernde Widerstand vor dem Verwaltungsgericht Würzburg zum Erfolg. Dieses erstinstanzliche Urteil gab der Klage der Gemeinde Nordheim gegen den „Freistaat“ Bayern statt. Man war allgemein optimistisch, denn der Erfolg schien sicher. Als dann der Bayerische Verwaltungsgerichtshof die Klage der Gemeinde, zunächst ohne Begründung, zurückwies und eine Revision zum Bundesverwaltungsgericht nicht

zuließ, reagierten die Winzer und Bauern Nordheims mit einer „Spontanaktion“.

25 Männer und 2 Frauen griffen einige Tage später zu Weinbergsstieckeln und Draht und zogen um das 20 Hektar große gemeindeeigene Gelände am Main einen Zaun. Sie wollten damit die Zufahrt der Bau-



Mainschleife unterhalb der Vogelsburg

maschinen zum Staatsgrund entlang des Ufers verhindern. Wie der Sprecher der Nordheimer Bürgerinitiative „Rettet die Mainschleife“, Erwin Christ sagte, wollten die Winzer mit ihrer „drahtigen Aktion“ nach außen zeigen, daß sie nicht bereit seien, die Bauten unterhalb der Vogelsburg (den Übungsplatz) hinzunehmen. Nach Ansicht des Gerichts überwiegt das Interesse einer gut funktionierenden Landesverteidigung die Forderung der Gemeinde Nordheim nach einem unbeeinträchtigten Weinbau.

Militärisches Aufmarschgebiet

Der Widerstand gegen den Bau militärischer Anlagen im Naturschutzgebiet bei Nordheim begann schon 1958, gleich nach Bekanntwerden der Planung des Wasserübungsplatzes. Ein Jahr darauf war zum ersten mal auch die Rede von einer Garnison in Volkach. Diese wurde aber an die Bedingung geknüpft, daß ein Truppenübungsplatz gebaut würde. Mit dem Bau wurde jedoch erst 1976 begonnen und endete 1977, als durch die Dorfblattsprecher die Bevölkerung mobilisiert wurde. Die häßlichen Erdhügel zeugen noch heute von der Flucht vor den herannahenden Winzern.



In der Zwischenzeit entpuppte sich die Mainschleife zu einem militärischen Aufmarschgebiet. Dieses Militärzentrum soll, wenn es nach dem Willen der Militärs geht, aus dem besagten Pionierübungsplatz, mehreren Kasernen, Munitionsbun-

kern, Nato-Übungsplätzen, Wohngebieten der Berufssoldaten, Schießübungsplätzen und einem Landübungsplatz bestehen. Da sich gegen die Kasernen kein Widerstand entwickelte und sich die Stadt Volkach aus ökonomischen Gründen dafür aussprach, wurde bereits ein Wald gerodet und mit dem Bau begonnen. Der endgültige Umfang der gesamten Planung wird jedoch unter dem Vorwand militärischer Geheimhaltung der Bevölkerung verschwiegen. Die Erfahrung lehrt, daß derartige Anlagen ständig erweitert werden (z.B. Kitzingen, Nürnberg/Erlangen...).

Das Vertrauen hat sich erschöpft

Gegen dieses Urteil gibt es auf rechtlichem Wege nur noch die Nichtzulassungsklage. Diese kann aber nur erhoben werden, wenn rechtsgrundsätzliche Fragen aufgeworfen werden, das Urteil von früheren Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts abweicht oder auf Verfahrensfehlern beruht.

Bevor die Gemeinde Nordheim weitere rechtliche Schritte in Erwägung zieht, will man jedoch die Urteilsbegründung abwarten. Diese schriftliche Urteilsbegründung scheint aber dem Münchener Verwaltungsgerichtshof Schwierigkeiten zu bereiten, denn das Bataillon, für das der Übungsplatz gebaut werden soll, hat seit ca. 20 Jahren einen Pionierübungsplatz in Speyer. Trotzdem entschied das Gericht, daß der Wasserübungsplatz durch gewichtige Gründe der Landesverteidigung gerechtfertigt sei, denn das Militär will die Soldaten an die „Linie der Vorwärtsverteidigung“, an die „potentielle Front“ verlegen.

Es ist deshalb nicht zu erwarten, daß die Bürger Nordheims mit ihrer Klage durchkommen und auch eine politische Entscheidung des Bundesverteidigungsministers Apel gegen die Zerstörung des Zentrums fränkischer Kulturlandschaft ist von einem Minister, der rücksichtslos mit Militärprojekten die Natur zerstört und ohne Bedenken aufrüstet, nicht zu erwarten.

Welchen Umfang die Zerstörung unserer fränkischen Heimat annehmen wird, kann man sich nur vorstellen, wenn man weiß, daß allein 34 ha als Kasernengelände, 20 ha für den Übungsplatz und 60 ha für den Landübungsplatz an Raum verloren geht. Dazu kommen eine Unmenge panzerfester Straßen, die alle 8 Projekte verbinden sollen.

Natoübungsplatz

Anfangs ließ der damalige Staatssekretär erklären, daß nicht beabsichtigt sei, den Standort mit Kettenfahrzeugen und Zielflugen zu nutzen. Später gestand er aber auch die Benutzung durch die amerikanischen Besatzer, in Form der vorher abgestrittenen Zielflüge. Es handelt sich also in Wahrheit nicht um ein Projekt der Bundeswehr, sondern eindeutig um einen Natoübungsplatz!

Bauplatzbesetzung geplant

Nach jahrelangen Kämpfen vor den Schranken des Gerichts ist das Vertrauen der Bürger erschöpft. Bisher glaubte man, daß der Wille der Bevölkerung Grundlage politischen Handelns sei. Deshalb wurden auch andere Formen des Widerstandes von ihnen für verfrüht gehalten und überwiegend abgelehnt. Dies hat sich jetzt aber geändert. Die Bürgerinitiative kündigte für den Fall eines Baubeginns als Vorleistung der Bundeswehr, um dadurch vollendete Tatsachen zu schaffen, eine Platzbesetzung durch den ganzen Ort an. Der Bund Naturschutz sprach sich, anlässlich einer Podiumsdiskussion, ebenfalls positiv zu einer friedlichen Platzbesetzung aus.



Der Widerstand in Nordheim wird von einer breiten Mehrheit getragen



Von der konkreten Betroffenheit der Bürger zur gesamtgesellschaftlichen Forderung nach Austritt aus der NATO

Damit aber die Wehrbereichsverwaltung Süd (6) auf keinen Fall mit den Baumaßnahmen beginnen kann, haben junge Leute aus den umliegenden Orten, in Einvernehmen mit der Nordheimer Bürgerinitiative, damit begonnen, eine Platzbesetzung vorzubereiten. Geplant war anfangs eine Mainbesetzung mit Flößen. Zu diesem Zweck schafften sie auch schon Fenster, Holz und Fässer an den Platz. Landrat Dr. Bauer beauftragte dann jedoch eine Firma für den Abtransport dieser Materialien. Inzwischen bildete sich in Würzburg aus Volksfront, Fränkischer Bundschuh, Grüne, KBW, Pazifisten und Unabhängige eine Initiative, um den Widerstand in der Universitätsstadt zu koordinieren und noch weiter nach außen zu tragen. Gleiche Bestrebungen sind jetzt auch schon in Schweinfurt und Kitzingen im Gange. Der Wille der Bevölkerung zum aktiven Widerstand wächst, es kann also bald mit konkreten Aktionen gerechnet werden. Dazu brauchen sie auch die Solidarität und Hilfe der ganzen nonkonformen Szene.

Gerhard Santura

Glaubt ihnen nicht
wenn sie euch freundschaftlich auf die Schulter klopfen
und sagen die Unterschiede wären
nicht mehr der Rede wert
und es bestände kein Anlaß mehr
zu Streitigkeiten
denn dann sind sie ganz auf der Höhe
in ihren neuen Burgen aus Marmor und Stahl
von denen aus sie die Welt ausräubern
unter der Devise
sie verbreiten Kultur
Paßt auf
denn sobald es ihnen gefällt
schicken sie euch
daß ihr ihre Haufen verteidigt
in Kriege
deren Waffen in der rapiden Entwicklung
der gekauften Wissenschaft
immer schlagkräftiger werden
und euch in großen Mengen zerreißen

Peter Weiß

DEUTSCHLAND- INFORMATIONEN

BERLIN: Im innenpolitischen Teil einer Regierungserklärung kündigte Honecker Ende Februar an, daß in den Jahren 1981 bis 1985 in Ost-Berlin zum erstenmal in einem Zeitraum von fünf Jahren 100 000 Wohnungen geschaffen werden sollen, davon sollen 65 000 neu gebaut und 35 000 modernisiert werden. In diesem Zusammenhang wandte sich Honecker auch gegen den „leichtfertigen Umgang mit der Spitzhacke“. Nirgends dürfe das Alter des Gebäudes alleiniger Grund für seinen Abriss sein. Die Bausubstanz stelle ein gewaltiges materielles und kulturelles Volksvermögen dar, mit dem man pfleglich umgehen müsse. Natürlich gebe es „einzelne Fälle“, in denen die Erhaltung nicht mehr lohne. „Aber die Regel muß sein, das Vorhandene zu bewahren, zu verbessern und zu nutzen.“ Es sei eine klare staatliche Ordnung geschaffen worden, „um dem leichtfertigen Umgang mit der Spitzhacke zu begegnen“. Sie müsse überall durchgesetzt werden. Nachdrucklich setzte sich Honecker auch für die „Förderung des privaten Handwerks“ ein. „Ich möchte erneut bekräftigen, daß im Sozialismus die Handwerker, sowie die privaten Gewerbetreibenden, Einzelhändler und Gastwirte eine gesicherte Perspektive haben... Wir sind auch froh, daß so viele private Friseur, Schneider, Schuhmacher und andere Handwerker dazu beitragen, die Dienstleistungen für die Bevölkerung zu verbessern. Die örtlichen Organe der Staatsmacht dürfen auch ihnen gegenüber keine rlei Engstirnigkeit zulassen.“ Zum Thema Demokratisierung der Betriebe schwieg Honecker sich aus.

MÜNCHEN: Die in München erscheinende neonazistische „Nationalzeitung“ versucht die berechtigte Kritik Peter Brandts am mangelnden Identitätsverständnis der Deutschen für die eigene üble rechtsradikale Polemik einzuspannen. Unter der Überschrift: „Brandts Schuld am deutschen Elend, Peter Brandt rechnet mit der Politik seines Vaters ab“, reiht das sog. nationale Blatt aus der Hauptstadt der Bewegung den kritischen, alternativen Sohn des ehemaligen Bundeskanzlers Brandt in die Reihe der Unbelehrbaren ein, zur Freude der DKP und der Kräfte, die die Politik der Supermächte betreiben. Peter Brandt hat sich bereits für die warme Aufnahme bedankt. Befreiungsnationalismus und unternehmerfreundlicher Nazismus und Rassismus gehen nun mal nicht konform.

MÜNCHEN: Der DDR-Autor Thomas Erwin, der im Oktober vergangenen Jahres in Ost-Berlin verhaftet worden war, durfte jetzt unerwartet in die BRD ausreisen. Dies teilte jetzt der Münchener „Piper-Verlag“ mit, der vor einigen Wochen den ersten Gedichtsband des 19-jährigen unter dem Titel „Der Tag will immer Morgen bleiben“ veröffentlicht hatte.

BONN: In Bonn demonstrierten Tausende von Mitgliedern der Partei die GRÜNEN gegen das Wettrüsten in Ost und West. Zahlreiche Mitglieder der Grünen kritisierten aber, daß die Demonstration gegen das Wettrüsten auch von der prosovjatischen DKP mitgetragen wurde und daher die Veranstaltung in weiten Bevölkerungskreisen unglaublich wirkte.

BERLIN: Die DDR will bis 1985 nach einem Bericht der Tageszeitung „Der Morgen“ die Leistung des Kernkraftwerkes bei Lubmin am Greifswalder Bodden von gegenwärtig 1760 Megawatt verdoppeln und das künftige Kernkraftwerk bei Stendal mit mehreren 1000-Megawatt-Reaktoren ausstatten. Um die Sicherheit „bräuchten sich die Bürger nicht zu sorgen“, hieß es in dem Bericht. In der Sowjetunion wie auch in der DDR stünden wirtschaftliche Erwägungen in engem Zusammenhang mit der Sicherheit und dem Schutz des Menschen und der Umwelt. In den kapitalistischen Ländern mißtrauten die der sogenannten Antikernkraft-Bewegung angeschlossenen Bürger den Energiemonopolen und befürchteten „nicht zu unrecht“, daß für die Atomenergie notwendige Sicherheitsvorkehrungen „dem Profitstreben zum Opfer fallen“.

HAMBURG: Die Verschmutzung der Nordsee hat einen neuen traurigen Höhepunkt erreicht. Wahrscheinlich 150 000 Meeresvögel sind der schweren Ölpest des vergangenen Winter zum Opfer gefallen. Das Öl stammte aus den norwegischen und britischen Bohrfeldern oder war von Tankschiffen vorsätzlich in die See gepumpt worden.

WIEN: Der Skandal um das Allgemeine Krankenhaus nimmt immer größere Dimensionen an. Inzwischen steht fest, daß Hunderte Millionen, wenn nicht gar etliche Milliarden Schilling unauffindbar sind bzw. durch Fehl- und Falschplanung verschleudert wurden. Rund 500 Millionen Steuergelder sind ohne Belege verschwunden, und schon jetzt betragen allein die Reparaturkosten 67 Millionen Schilling! Alle Nachforschungen bleiben in einem kaum vorstellbaren Filz aus Korruption, Unfähigkeit und Arroganz stecken. Von einer „Affäre“, einem dunklen „Bestechungs- und Wirtschaftsskandal“ kann nicht mehr die Rede sein. Der Bericht des städtischen Kontrollamtes ist ein haarsträubendes Zeugnis für die Unfähigkeit der verantwortlichen Politiker, der AKH-Manager, ihrer Architekten, der Firmen und der in die Bauplanung integrierten Ärzteschaft. Aber keiner dieser Politiker legt sein Amt nieder, keiner verkriecht sich vor Scham!

Friedenspolitik gegen die Supermächte

nationalrevolutionäre Thesen zur aktuellen Abrüstungsdiskussion



Links: „Gefallen“. Lithographie von Käthe Kollwitz (1921). Eine Frau erhält die Nachricht vom Soldatentod ihres Mannes. Die Kinder stürzen herbei und stehen entsetzt und ratlos neben der verzweifelten Mutter.

Nicht zuletzt der imperiale Einfall der Sowjetunion in Afghanistan und der Amtsantritt des neuen US-Präsidenten Reagan haben erneut die Diskussion auf die Themenbereiche Sicherheits-, Militär- und Bündnispolitik gerichtet. Welche Position beziehen dabei die unabhängigen, befreiungsnationalistischen Kräfte, die weder mit einem Bein in Washington, noch mit einem Bein in Moskau stehen. Welcher Spielraum bleibt den unabhängigen, sozialistischen Kräften in Deutschland zwischen Entspannungsromantik, Wirtschafts- und Militär-imperialismus und Aufrüstungswahnsinn.

Zur Ausgangslage

BRD und DDR sind eingebettet in zwei unterschiedliche Pakt- und Interessensysteme zweier imperialer Supermächte. Die Paktsysteme werden geprägt von den ökonomischen Strukturen, die jeweils von den Supermächten den Satellitenstaaten im deutschen Falle also BRD und DDR und nicht zuletzt auch Österreich (US-Wirtschaftsimperialismus) aufgepropft wurden. Sowohl die BRD und in nicht unerheblichem Maße auch Österreich auf der einen, als auch die DDR auf der anderen Seite sind ökonomisch und militärisch und somit in erhöhtem Maße politisch von den Vereinigten Staaten bzw. der Sowjetunion abhängig.

Die Waffensysteme der Nato-Staaten sind auf dem Gebiet Westdeutschlands gegen die DDR gerichtet. Auf dem Gebiet der DDR sind Waffensysteme der Warschauer-Pakt-Staaten auf Ziele in der BRD gerichtet. Die Front von Kapitalismus und Staatskapitalismus verläuft mitten durch deutschen Boden. west- und mitteldeutsche Soldaten stehen sich auf deutschem Boden als Befehlsempfänger der im-

perialen Supermächte gegenüber. NATO und Warschauer Pakt bezeichnen ihre militärischen Machtstrukturen als „defensives Verteidigungssystem“.

Die Paktsysteme

Fragt man nach dem Sinn von Paktsystemen, so hört man bei Nato und Warschauer Pakt stets die gleiche Antwort. Sinn eines Paktsystems sei die Verteidigung der gemeinsamen Interessen gleichberechtigter und souveräner Staaten. Die Nato-Führung in Brüssel weist stolz darauf hin, daß doch die eigentlichen und souveränen Träger der Nato die gleichberechtigten Nationen seien. Gleiche Argumente tönen aus Warschau. Doch wie sieht die reale Lage aus. Wie frei sind die Nationen, wenn die Regierungen dieser angeblich souveränen Nationen auf Grund der ökonomischen bzw. machtpolitischen Strukturen bereits Erfüllungsgehilfen der Supermächte sind? Tatsächlich wird im Bereich der Nato-Staaten die politische Marschrichtung in den Zentralen der multinationalen Konzerne gefällt. Die Entscheidungen des Warschauer Paktes werden im Kreml vorbereitet, von einer kleinen Schicht meist russischer hochkarätiger Parteifunktionäre. Oberster politischer und militärischer Repräsentant der Multis ist die US-amerikanische Regierung. Der Warschauer Pakt fesselt die einzelnen osteuropäischen Mitgliedsstaaten an das politisch-ökonomische Gesellschaftssystem der Sowjetunion, die Zentralverwaltungswirtschaft, die eng verknüpft mit autoritärer Staatsauffassung, ebenso als universalistische Alternative angeboten wird wie die kapitalistische Gesellschaftsordnung in den Nato-Staaten.

Die Aufrüstung

Anders als der Befreiungsnationalismus der Völker sind die multinationalen Staaten der Nato und des Warschauer Paktes universalistisch und damit aggressiv ausgerichtet. Nicht Freiheit und Selbstbestimmung stehen im Vordergrund, sondern Erweiterung der Einflußzonen, also Macht und Fremdbestimmung. Für eine Politik der Expansion benötigt man Waffen modernster Art. Im Atomzeitalter sind für die Zentralen der Supermächte nicht nur Atomkraftwerke interessant, sondern auch der Ausbau und die Verfeinerung der Atomwaffen. Um die Politik der Aufrüstung begründen zu können, bedienen sich beide Paktsysteme Argumentationstechniken, die zwar nicht so primitiv wie die Propaganda der chauvinistischen Nazis ist, in der Methode aber kaum weniger emotional und wirkungsvoll. So werden Feindbilder an die Wand gemalt und die Bevölkerung darauf eingestimmt „daß die Aufrüstung unbedingt notwendig sei, um ein militärisches Gleichgewicht“ zu erzielen. Doch die Wahrheit über die Aufrüstung sieht etwas anders aus. Propagandistische Formeln wie Nachrüstung, präventive Rüstung, Schaffung eines strategischen Übergewichtes, „um so stark zu sein, wirksam zu verteidigen zu können“, wirken wie ein Schleier der Verneblungstaktik, wenn man sich im Nato-Hauptquartier recht zufrieden gibt über die derzeitige Rüstung und die Kampfkraft der Nato-Staaten. Auch die Warschauer Paktstaaten können sich nicht über zu wenige Soldaten und Panzer beklagen. Anders sieht es bei der psychologischen Kampfmoral weiter Kreise der Bevölkerung aus, die nach zwei Weltkriegen, die sich hauptsächlich auf deutschem Boden abgespielt haben, die Schnauze ziemlich voll hat. Da im westlichen System die bürgerlichen Freiheiten höher bewertet werden als im Ostblock, identifizieren sich mehr Bürger im Westen mit der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, als im Osten die Bürger mit der staatskapitalistischen Ordnung. Ausgeglichen wird allerdings dieser östliche Nachteil durch das straffere Durchsetzungsvermögen des Staates in offen totalitären Staaten. So sind im Westen die Freiheitsräume vorhanden, offen gegen die Politik der Hochrüstung und der atomaren Vernichtung Deutschlands und Europas ganz offen zu

protestieren. Gerade aber dieser offene und wachsende Protest innerhalb breiter Schichten der Jugend, so ist Gespräche mit Nato-Generälen zu entnehmen, bereiten der Nato-Führung große Sorgen. Nicht destotrotz überschlägt sich die Bonner Nato-Botschaft in Brüssel mit Treueschwüren an das gemeinsame Bündnis. Auch die Ostberliner Führung bekundet ihre unverbrüchliche Treue zur Sowjetunion und überbietet sich selbst ständig an Hetze gegen die unabhängigen und befreiungsnationalistischen Kräfte in Polen.

Der Glaubenskrieg

Die Politik der ständigen Aufrüstung wird begleitet von einem ständigen Propagandafeldzug, der nicht an die eigene Bevölkerung im Paktsystem ge-



Georges Rouault (1914-1918):
Es wird das letztemal sein, Vater!



Sowjetische Panzer in Prag, August 1968

richtet ist, sondern ständig auch an die Bevölkerung im gegnerischen Paktsystem. War in den fünfziger und sechziger Jahren der „Antikommunismus“ sehr erfolgreich, so konnte Ende der siebziger Jahre bis heute die Sowjetunion trotz Einmarsch in Afghanistan und der Erinnerung an Ungarn, den Prager Einmarsch und die ständige Aggression gegen die Menschen und Völker im eigenen Imperium, westliche Massenmedien und Organisationen in nicht unbeachtlichem Maße zu infiltrieren. Der Einfluß der Amerikaner im Ostblock ist relativ gering, gemessen an der Zahl der Oppositionsgruppen, die unabhängig von beiden Supermächten ihren eigenen Weg zu Sozialismus und Demokratie finden wollen.

Die Bürger in Europa werden von den Propagandaapparaten mit einer Fülle von Informationen, Desinformationen, Analysen und Meinungen überhäuft, daß sich die Masse der Bevölkerung lediglich emotional zur Notwendigkeit der Aufrüstung äußern kann. In der BRD könnte man dies im Bezug auf die Meinung der Mehrheit der Bundesbürger so zusammenfassen: Krieg will man nicht, die Russen auch nicht, aber wenn möglich lieber Geld für soziale Dinge ausgeben als für militärische... Wo liegen die realen Prioritäten. Ein Glaubenskampf der Ideologien ohne Ende.

Deutschland zwischen den Blocksystemen

Der Wunsch der überwältigen Mehrheit des deutschen Volkes wünscht sich ein Leben in Frieden und Freiheit. Diese beiden Ziele, die immerwährend als positiv zu bezeichnen sind, sind gefährdet durch die wachsende Konfrontation der Supermächte auf deutschem Boden und der damit verbundenen Kriegsgefahr. Also, die Konfrontation der beiden Supermächte auf deutschem und

europäischem Boden ist eine ständige Bedrohung für das friedliche Zusammenleben der Menschen in Deutschland und der Völker in Europa. Daher muß es Ziel deutscher und europäischer Politik sein dem propagandistischen und militärischen Streben der Supermächte ein antiimperialistische Kraft entgegenzusetzen. Daher muß der Macht von oben ein unabhängiges, demokratisches und sozialistisches Bewußtsein von unten entgegengesetzt werden. Für die spezielle psychologische Lage in Deutschland ist es wichtig, daß die Schwächen der Vergangenheit, eben die mangelnde Identität, ja gar die Identitätsfeindlichkeit zu überwinden sind. Die Deutschen müssen lernen, von den Azaniern, von den Sandinistas, von den Vietnamesen und den Basken, daß auch die deutschen wieder Befreiungsnationalisten werden können, wie sie es in den Befreiungskriegen und im Kampf gegen die Fürstenherrschaft waren. Die Neuschaffung Deutschlands, der Kampf für ein unabhängiges sozialistisches Deutschland beginnt bei der Schaffung und Heranbildung eines breiten antiimperialistischen Bewußtseins in der Bevölkerung. Die Alternative eines unabhängigen, dezentralen, humanen, basisdemokratischen und sozialistischen Deutschlands in einem Europa der Völker und Regionen steht gegen das System der Supermächte, die sich mit todbringenden Waffen in Deutschland und Europa gegenüberstehen. Selbst die perversesten Waffen wie ABC-Waffen und die Neutronenwaffe drohen uns, im möglichen Einsatz in der Mitte Europas Deutschland zu vernichten.

Arrangement mit den Herrschenden?

Die Herrschenden in Europa wissen, daß die Gefahr einer breiten und alle Völker Europas umfassenden Protestbewegung gegen die Supermächte nicht auszuschließen ist. Polen war bereits ein wichtiger Beginn, auch in vielen kleineren Nationen und Regio-

nen Europas meldet sich heftiger Widerstand, einer europäischen Gandhi-Bewegung oder gar eine FLN versuchen die Herrschenden mit repressiven Mitteln beizukommen. In diesem Zusammenhang muß auch allen neutralistischen Bestrebungen eine klare Absage erteilt werden, weil der Neutralismus eine Waffe der Supermächte auf dem Rückzug ist und den Kampf der Völker spaltet. Gerade uns Deutschen droht eine Kampagne für ein neutrales Deutschland, wenn die Macht einer Supermacht schwinden sollte, die Supermächte aber immer noch in der Lage sind, ihr Einflußgebiet zu halten. Ein neutrales Deutschland von Washingtons und Moskaus Gnaden mit Beibehaltung der ökonomischen Einflußsphären (Österreichlösung in neuer Fassung) ist keine Alternative. Die nationalrevolutionäre Alternative ist der weltweite Befreiungsnationalismus der Völker als Endziel, mit Etappenzielen, die die schrittweise Verjagung der Imperialisten vorsieht.

Was ist zu tun?

Der Kampf für Frieden und Abrüstung muß verbunden werden mit dem Kampf gegen die Supermächte. Anhänger einer aggressiven Supermacht, wie etwa DKP-Leute, haben in einer Friedensbewegung nichts zu suchen. Die Friedensbewegung muß Alternativen anbieten. Der Friedenskampf muß immer auch als Kampf für die Freiheits- und



Wir wollen nicht, daß unser Land zum Schlachtfeld der Supermächte wird.

Menschenrechte verstanden werden. Es ist ein psychologisches Klima herbeizuführen, welches beide Supermächte argumentativ in die Defensive treibt. In eine breite deutsche Friedensbewegung muß auch die Bevölkerung der DDR eingebunden werden. Erst die klimatische Situation eines breiten antiimperialistischen Verständnisses kann Machtstrukturen schrittweise oder gar revolutionär in Deutschland oder Europa verändern.

Die Nationalrevolutionäre mit ihrem Programm der fünffachen Revolution haben eine klare politische Alternative im Kampf gegen die Hochrüstung in Europa anzubieten. Daher wäre es wichtig und notwendig, wenn die sich bildende Friedensbewegung im ökologischen, grünen und alternativen Bereich stärker sich mit den Positivaussagen der Nr-Bewegung beschäftigen würde, als etwa sich durch Kungeleien mit der DKP und Vorfeldorganisationen der „antiimperialistischen“ Lächerlichkeit preisgeben.

Peter Metzger

KURT TUCHOLSKY

Der Graben

Mutter, wozu hast du deinen aufgezogen?
Hast dich zwanzig Jahr mit ihm gequält?
Wozu ist er dir in deinen Arm geflogen,
Und du hast ihm leise was erzählt?
Bis sie ihn dir weggenommen haben.
Für den Graben, Mutter, für den Graben.

Junge, kannst du noch an Vater denken?
Vater nahm dich oft auf seinen Arm.
Und er wollt dir einen Groschen schenken,
Und er spielte mit dir Räuber und Gendarm.
Bis sie ihn dir weggenommen haben.
Für den Graben, Junge, für den Graben.

Drüben die französischen Genossen
Lagen dicht bei Englands Arbeitsmann.
Alle haben sie ihr Blut vergossen,
Und zerschossen ruht heut Mann bei Mann,
Alte Leute, Männer, mancher Knabe,
In dem einen großen Massengrabe.

Seid nicht stolz auf Orden und Geklunker!
Seid nicht stolz auf Narben und die Zeit!
In die Gräben schickten euch die Junker,
Staatswahn und der Fabrikantenneid.
Ihr wart gut genug zum Fraß für Raben,
Für das Grab, Kam'raden, für den Graben!

Werft die Fahnen fort! Die Militärkapellen
Spielen auf zu euerm Todestanz.
Seid ihr hin: ein Kranz von Immortellen —
Das ist dann der Dank des Vaterlands.
Denkt an Todesröcheln und Gestöhne.
Drüben stehen Väter, Mütter, Söhne,
Schuften schwer, wie ihr, ums bißchen Leben.
Wollt ihr denen nicht die Hände geben?
Reicht die Bruderhand als schönste aller Gaben
Übern Graben, Leute, übern Graben —!

WELTWEITER BEFREIUNGS- KAMPF

SARDINIEN

Mehr als 13.000 Unterschriften sammelten sardische Nationalisten im Kampf für die Emanzipation und Anerkennung des Sardischen als eigenständiger Sprache. Nach den Wünschen der Sarden sollen die Straßenschilder zweisprachig aufgestellt werden, ferner verlangen sie die Unterrichtung in Sardisch und die Behandlung der italienischen Sprache als erster Fremdsprache, desweiteren soll Sardisch als Sprache vor Gericht, in Ämtern und im Parlament der Inselhauptstadt Cagliari als Primärsprache Vorrang genießen. Mehrere Abgeordnete haben bereits in Cagliari in provokativer Weise das Sardische gebraucht. Die Sardische Aktionspartei, die Hauptträgerin des Kampfes für die eigene nationale Identität der Sarden ist, hat angekündigt den Kampf für die Sprachautonomie verstärkt fortzuführen.

BASKENLAND

Gewaltigen Auftrieb haben die baskischen „Linksnationalisten“ um die Wählerversammlung HERRI BATASUNA und die radikal-separatistische ETA-MILITAR erhalten. Nach dem Foltortod des Nationalisten Arregui Izaguirre haben die national-revolutionären Kräfte gewaltige Vertrauensbeweise und Zustimmungsbekundigungen aus den Reihen der baskischen Bevölkerung erhalten. Nach dem Putschversuch spanischer Faschisten reagiert die Bevölkerung zunehmend mißtrauisch auf die Autonomiebekundigungen der bürgerlichen PNV und der prospanischen Parteien.

LITAUEN

Die „Unabhängigkeitsbewegung Lettland“ und das „Komitee der demokratischen Jugend Lettlands“ verwiesen in einer Presseerklärung auf die „tragische Lage“ in der sich Lettland befindet. Wörtlich heißt es: „Ist unser Streben nach Freiheit für das lettische Volk ein Verbrechen oder haben wir ein Recht dazu? Dem Volke sind die elementarsten Menschenrechte und politischen Freiheiten verweigert. Die alles beherrschende Sprache ist Russisch. Im öffentlichen Leben sind die leitenden Positionen von russischen Bürgern besetzt. In die neugebauten Wohnungen ziehen jährlich zehntausende von russischen Zuwanderern.“ Die Presseerklärung endet mit einem Aufruf Solidarität mit dem lettischen Befreiungskampf zu zeigen und die Repressionen der sowjetischen geheimen Staatspolizei weltweit zu verurteilen.



Symbol unbeugsamen Freiheitswillens: Die Arbeiterklasse Polens trotz dem imperialistischen Machtanspruch der Sowjetunion

POLEN

Die sowjetische Führung hat den Mitbegründer und Sprecher des „Komitee zur gesellschaftlichen Selbstverteidigung“ (KOR), Jacek Kuron, als einen der „gefährlichsten Konterrevolutionäre“ bezeichnet und die polnische Regierung aufgefordert, unverzüglich Maßnahmen gegen den prominenten Vertreter der polnischen Opposition zu ergreifen. Mittlerweile hat die polnische Staatsanwaltschaft Anklage wegen angeblicher „Beleidigung Polens“ erhoben. In einem Vortrag an der Warschauer Universität hat Kuron die polnische Opposition zu Vorsicht und Verantwortungsbewußtsein aufgefordert. Die Situation in Polen hat sich zugespitzt nachdem die Staatsorgane polnische Bauern in Bromberg auf brutale Weise zusammengeknüpelt haben. Während eines Großmanövers des Warschauer Paktes, welches überwiegend auf polnischem Territorium stattfindet, haben sowjetische Militärs keinen Zweifel am militärischen Eingreifen in Polen gelassen, wenn der Opposition und den Gewerkschaften noch mehr Rechte zugesichert würden.

LUXEMBURG

Für ein Bekenntnis zur moselfränkischen Identität kämpft die Luxemburger Vereinigung „Hemechsland a Sproch“, mit Sitz in Luxemburg und Thionville (Diddenhewen). Die kulturpolitische Vereinigung engagiert sich für die Neu- bzw. Wiederbelebung der letzeburgischen Sprache. In der gleichnamigen Zeitschrift berichtet die Vereinigung über kulturpolitische Aktivitäten in Lothringen und Luxemburg, welche mittlerweile eine gewisse Resonanz selbst bei der letzeburgischen Regierung erzeugt haben. In einer Gesetzesvorlage wurde das Letzeburgisch als selbstständige Sprache nicht nur anerkannt, sondern wird auch in den Schulen des Landes als Muttersprache behandelt.

ERITREA

Der eritreische Widerstand gegen das Regime in Addis Abeba hat einen gemeinsamen Dachverband gegründet. In ihm sind nach Mitteilung der Eritreischen Volksbefreiungsfront (EPLF) alle vier Befreiungsbewegungen zusammengefaßt. Die Einigung kam auf einer Konferenz in Tunis unter der Schirmherrschaft der Arabischen Liga zustande. Außer der EPLF gehören dem Dachver-

band die Eritreische Befreiungsfront-Revolutionär (ELF-RC), die Eritreische-Befreiungsfront-Volksbefreiungsarmee (ELF-PLF) und die Volksbefreiungsarmee-Revolutionärkomitee (PLF-RC) an. Damit haben zum erstenmal alle nationalistischen Gruppen in Eritrea eine Zusammenarbeit gegen das von Moskau unterstützte Regime Mengistu vereinbart. In den 20 Kriegsjahren haben sich die Gruppen mehrfach erbittert bekämpft.

KORSIKA

Durch einen Sprengstoffanschlag ist auf der Mittelmeerinsel Korsika südlich der Stadt Bastia ein Feriendorf nahezu vollständig zerstört worden. Das Feriendorf sollte für ein französisches Touristikunternehmen Verwendung finden. Gegen die zunehmende Kolonialisierung Korsikas durch Frankreich kämpft die separatistische „Korsische Nationale Befreiungsbewegung“, die sich zu dem Sachanschlag bekannte.



OKZITANIEN

Der erste Film auf okzitanisch mit französischen Untertiteln, „Histoire d'Adrien“, der 1980 auf dem Filmfestival von Cannes mit der „Goldenen Kamera“ ausgezeichnet wurde, hatte vor kurzem in Pariser Kinos und der alt-okzitanischen Region von Montpellier Premiere. Der Regisseur, der kein Berufsfilmers ist, hat für den Streifen auch Amateurschauspieler aus dem Süden beschäftigt, die die Rolle ihrer eigenen Großeltern spielten. Die Dreharbeiten für den Film, der umgerechnet nur 150 000 DM kostete, dauerten zwei Jahre. Die „Geschichte Adriens“ handelt vom Leben der Bauern in der Dordogne und deren Kampf gegen den französischen Zentralismus zu Beginn dieses Jahrhunderts.

Arbeiterbewegung und Nationalismus in Irland

Die Arbeiterbewegung hat geschichtlich eine wichtige und zunehmende Rolle im nationalen Befreiungskampf gespielt. Seit der Teilung Irlands hat sie sich jedoch offensichtlich von diesem Kampf weitgehend zurückgezogen. In einer Serie von drei Artikeln, die in der **REPUBLICAN NEWS** und **WIR SELBST** veröffentlicht werden, wird Garán Bowd die historische Entwicklung der heutigen Beziehung zwischen der Arbeiterbewegung und der nationalen Frage untersuchen. Der zweite Teil beschäftigt sich mit dem „Tan Krieg und was danach geschah“.

Teil 2: „Der Tan-Krieg und danach“

Obwohl der Osteraufstand 1916 blutig niedergeschlagen wurde, war er dennoch Wegbereiter für den darauffolgenden großen Aufstand der Nation. Im Tan-Krieg 1919 spielte die Arbeiterbewegung eine besonders wichtige Rolle. Einer der bedeutendsten Bestandteile dieser Bewegung war die „Irische-Transport- und Allgemeine Arbeitergewerkschaft“ (Irish transport and general workers Union) die ihren Werdegang in einem spektakulären Zeitabschnitt erlebte.

Während die Gewerkschaft zur Zeit des Osteraufstandes nur fünftausend Mitglieder besaß, stieg ihre Mitgliederzahl 1917 auf zwölftausend. Von 1918 bis 1919 wuchs ihre Zahl von 70.000 auf 100.000. Jedoch die wichtigste Entwicklung in den Jahren nach 1916 war das Wiederaufleben des Nationalismus, als de Valera, der Führer der „Sinn Fein“ später sagte: „Die Arbeiter müssen warten“, damit richtete er sich an die Arbeiterklasse und meinte, daß sie ihre Ziele und Bestrebungen dem „Nationalen Interesse“ unterordnen sollten.

ARBEITERSCHAFT

Die Führer der Arbeiterschaft waren nicht vom selben Kaliber wie Connolly und mit nur geringen Abweichungen vertraten sie passive Grundsätze. Somit zog sich die Arbeiterpartei 1918 von den allgemeinen Wahlen zurück, um der Sinn Fein „freien Lauf“ zu lassen. Die Nationalisten feierten einen umwerfenden Sieg, von 105 Sitzen gewannen sie 73. So konnte sich das unabhängige irische Parlament, der „Dail Eireann“, 1919 etablieren, dessen demokratisches Programm zufälligerweise von einem Führer der Arbeiterpartei aufgesetzt wurde. Der Kernpunkt liegt nicht in der Frage, ob die Arbeiterpartei zu Recht oder Unrecht ablehnte, ei-

gene Kandidaten aufzustellen, sondern in der politischen Verwirrung, die zum Ausdruck gebracht wurde. Während des TUC Kongresses 1916 wurden die Arbeiter zum gleichzeitigen Gedenken an die in Dublin ermordeten Republikaner und jene, die von „Redmonds Nationalen Freiwilligen“ in Frankreich gefallen waren, aufgerufen. Als die ITGWU sich von dem nationalen Kampf zurückzog, schwanden organisatorische Bindungen zwischen den Republikanern und der Arbeiterpartei immer mehr, also auch die Bürgerwehr schwand dahin. Die Arbeiterklasse sollte jedoch auch weiterhin eine aktive Rolle im nationalen Kampf spielen.

KAMPAGNE

Eine Kampagne gegen die Wehrpflicht erreichte ihren Höhepunkt in einem Generalstreik am 23. April 1918. Dieser Streik wurde von fast allen Teilen Irlands unterstützt, außer von dem gewerkschaftsstarken Nordosten. Irlands Wirtschaft kam zu einem Stillstand. Dies bewies nicht nur die überwältigende Unterstützung für die „Anti-Wehrpflicht-Kampagne“, sondern auch die noch vorhandenen Kräfte reserven der Arbeiterbewegung. In der Tat war die ganze Anti-Wehrpflicht-Bewegung eine Demonstration der Stärke, die die Arbeiterbewegung ausüben konnte, wenn sie die Führung zur Förderung nationaler Interessen übernahm. Der Antrieb, der von der Arbeiterbewegung in diesem Kampf erreicht worden war, ging in den nächsten Jahren verloren, da ihre Führerschaft sich weigerte, eine konsequente sozialistische Linie zu verfolgen.

KRIEG

Nachdem der „Dail Eireann“ seinen Einfluß über das Land ausbreitete, führten die Republikaner zwischen 1919 und 1921 einen heftigen Widerstandskrieg gegen die britischen Besatzungstruppen. Während dieser Phase der dualen Macht, war die Rolle der Arbeiterschaft, den republikanischen Antrieb zu erhalten, bedenklich. Im April 1919 antwortete die Arbeiterschaft auf eine Maßnahme der englischen Gewalt, die die Stadt Limerick als wichtigen militärischen Stützpunkt erklärte und ein Einreisegenehmigungsverfahren vorschrieb. Die örtliche Handelskammer forderte zum stadtweiten Generalstreik auf, welcher für 12 Tage totale Kontrolle über das Stadtgebiet ausübte. Die Arbeiterbewegung leitete mit Hilfe der IRA den sogenannten Limerick Sowjet, der die Essensverteilung, die Verkehrsaufsicht und den Handel übernahm. Der

einzigste Beitrag der Arbeiterpartei war das Entscheiden eines Repräsentanten, der den Arbeitern die Evakuierung der Stadt Limerick nahelegte! Nichts destoweniger feierten die Arbeiter letztendlich doch einen „widerhallenden“ Sieg. Limerick ist doch einen „widerhallenden“ Sieg. Limerick ist vielleicht im gewissen Sinne ein außergewöhnliches Beispiel wegen der vorbildlichen Zusammenarbeit der Arbeiterschaft und den Republikanern, die z.B. mit der Transportgewerkschaft im Bunde wirkten, die ihre Halle als Hauptquartier für die IRA Mid-Limerick Brigade zur Verfügung stellte.

STREIK

Damals gab es den sogenannten Automobil-Erlaubnisschein-Streik (Motor-Permits-Strike), gegen die englische Forderung, daß Fahrzeugfahrer eine Zulassung zu beantragen hätten. Dies war tatsächlich ein Versuch, den Republikanern die Transportmöglichkeiten zu rauben. Der Streik endete nach 10 Wochen in einer Niederlage der Fahrer, hauptsächlich wegen den Differenzen zwischen den Gewerkschaften und Mangel an offizieller Unterstützung seitens der Arbeiterschaft.

Der nächste größere Streik war wegen der Frage der politischen Gefangenen, von denen 100 an Hungerstreik gegangen waren. Bei diesem Generalstreik am 13. und 14. April sollte die Solidarität mit den Gefangenen kundgetan werden, „zum größten Teil unsere Mitarbeiter und Kameraden“. Dieser Streik wurde über das ganze Land wirksam und war vor allem den republikanischen Gefangenen förderlich, den „Status der Kriegsgefangenen“ zu erhalten.

Letzendlich gab es den Munitionstransport-Streik, im Mai 1920, der England ernstlich am Kriegsvorhaben in Irland hinderte. Der Streik fing an, als Hafenarbeiter in Dublin und Dun Laoghaire sich weigerten, englische Munitionsschiffe auszuladen. Der Streik weitete sich aus, die Truppen mußten die Waffen selbst ausladen und die Eisenbahner lehnten den Weitertransport ab. Obwohl sie nur geringe Unterstützung von ihren englischen Gewerkschaftsvorstandsmitgliedern bekamen, waren die Arbeiter entschlossen, bewaffneten Truppen den Transport zu verweigern. Schließlich ließen sie sich von ihren Gewerkschaftsführern überreden und gingen im Dezember wieder an die Arbeit.

Der englische Oberbefehlshaber in Irland, General Macready, gab zu, daß der Streik „ein ernsthafter militärischer Rückschlag während der besten Jahreszeit war.“

VERTRAG

Der Tan-Krieg war erfolgreich, weil er die Etablie-

rung der englischen Herrschaft verhinderte. Die Vertragsverhandlungen begannen im Juni 1921. Dann im Dezember des gleichen Jahres, als die Engländer mit einem „sofortigen und schrecklichen Krieg“ drohten, falls Irland nicht sofort einwilligte, unterschrieb die irische Delegation den Vertrag. Dieser Vertrag gab den 26 Kreisen von Südirland den Status einer britischen Kolonie mit Selbstverwaltung, als den sogenannten Freistaat, während er die 6 nordöstlichen Kreise unter britischer Besatzung beließ, welche „Nordirland“ wurden. Wie Connolly 1914 voraussagte, Teilung „bedeutet einen Karneval der Reaktion in Nord und Süd, der die Räder des Fortschritts zurückdreht, die sich abzeichnende Einheit der irischen Arbeiterbewegung zerstört und alle fortschrittlichen Entwicklungen lähmt, solange sie anhält.“

Mit dem Abschluß des Vertrages mit England wurde in Südirland ein neues neokolonialistisches Regime geboren. Die Mehrheit der republikanischen Bewegung nahm diesen Kompromiß nicht an und der Bürgerkrieg begann.

Die Einstellung der Arbeiterpartei zu dem Vertrag mit England war milde gesagt, zweideutig. Als alle politischen Kräfte sich auf ihre Position zum Vertrag konzentrierten, rühmt sich die Arbeiterpartei mit ihrer „Neutralität“. Ihre Publikation „Stimme der Arbeit“ (Voice of Labour) erklärte, daß „die überwiegende Mehrheit der Arbeiterorganisationen sich nicht an dieser Auseinandersetzung beteiligten, mit glücklicher Weise nur wenigen, denen das Klassenbewußtsein fehle, die sich an Resolutionen beiratschen.“

FÜHRER

Die Führer der Arbeiterbewegung begründeten ihre Positionen damit, nur Connolly zu folgen, die politische Eigenständigkeit der Arbeiterschaft zu erhalten. Weltlichere Gründe führten sie zu dieser Position. Sie waren jetzt mehr damit beschäftigt, ihre Kontrolle über die Gewerkschaften zu festigen und die Rolle als Vermittler zwischen Arbeiterschaft und Kapital einzunehmen. Zweiten hatten Teilungsabsichten Kreise der Arbeiterpartei durchgesetzt, die eine passive politische Verhaltensweise vorzogen, um die Befürworter proimperialistischer und loyalistischer Gewerkschafter des Nordostens nicht zu brüskieren. Als dann radikalrepublikanische Militante zur Arbeiterbewegung schauten und besonders zur ITGWU, wegen einer Führungsrolle gegen den Vertrag, schauten diese in die andere Richtung. Eine entschlossene sozialistische Führung hätte die wichtige soziale Frage in den Bürgerkrieg einbringen müssen.

Teil 3: „Von den Dreißigern bis heute“ folgt.

übersetzt von:
Angelika Schmitz

Die Voerstreek

In der deutschen Presse figuriert Brüssel fast durchweg als „Hauptstadt Europas“, als Sitz der Nato und einiger internationaler Einrichtungen. Was sich sonst noch abspielt im belgischen Staat, ist demgegenüber kaum von Interesse, und zumal die flämische Frage wird, unter dem Stichwort „Sprachenstreit“, nur sporadisch angeschnitten. Meist geht es dann um Schlägereien zwischen „Flamen“ und „Wallonen“, die dem erschreckten deutschen Zeitungsleser als Episoden aus einer alten Stammesfehde präsentiert werden. So flimmerten im Januar 1968 des öfteren Aufnahmen von den Löwener Studentenunruhen über die Bildschirme und brachten ein wohliges Gruseln in deutsche Wohnstuben. Und in den vergangenen zwei Jahren gaben ab und zu erscheinende Presseberichte über bürgerkriegsähnliche Zustände in den „Fourons“ dem Erstaunen über die Rückständigkeit belgischer Sprachenkämpfer neue Nahrung.

Daß es sich bei den „Fourons“ um die zu Flandern gehörige Voerstreek handelt, war den deutschen Zeitungsartikeln bei bestem Willen nicht zu entnehmen, und es ist daher auch verzeihlich, wenn in einer früheren Nummer von „Wir selbst“ das flämi-

sche Dorf 's Gravenvoeren den Namen „Fouron-le-Comte“ erhielt. Die Voerstreek liegt an der niederländischen Grenze südlich einer Linie von Maastricht nach Aachen, nahe dem Dreiländereck Deutschland, Belgien und Holland. Die germanisch-romanische Sprachgrenze macht hier, von Westen kommend, einen scharfen Knick nach Süden und verläuft weiter über Luxemburg und das Elsaß bis in die Schweiz. Die belgische Staatsgrenze freilich greift ein gutes Stück über sie hinaus, und so kommt es, daß sich in Ostbelgien fast auf der ganzen Linie zwischen Maastricht und Arel ein mehr oder weniger breiter Gebietsstreifen erstreckt, in dem germanische Dialekte gesprochen werden. Der äußerste Norden dieser Grenzgegend, das Dreiecksland zwischen Holland und der Bundesrepublik, zu dem neben der Voerstreek noch die „Platdietse streek“ mit den Orten Montzen und Welkenraedt, sowie die Stadt Eupen und Umgebung gehört, wird in Flandern als „Overmaas“, als Land „jenseits der Maas“ bezeichnet. Ein Dreiecksland eigener Art, in dem Kultur- und Staatsgrenzen einander überschneiden, und die Sprachverhältnisse mehr als verworren sind. Die Volkssprache des gesamten Overmaasgebietes ist das Limburgische, ein niederfränkischer Dialekt mit gewissen hochdeutschen Einsprengseln, der in der belgischen Provinz Limburg, der gleichnamigen holländischen Gegend um Maastricht sowie am angrenzenden Niederrhein zwischen Aachen und Krefeld bis ins Bergische Land gesprochen wird. Der gemeinsame limburgische Dialekt der Overmaas freilich wird überdacht von drei verschiedenen Kultursprachen. Eupen, das erst nach 1918 zu Belgien kam, ist seit etwa zwanzig Jahren als offiziell deutschsprachiges Gebiet anerkannt, mit einem gesetzlich garantierten Sonderstatus für die frankophone Minderheit. Das westlich angrenzende Gebiet von Aubel, Montzen und Welkenraedt ist offiziell französischsprachig, mit einem freilich nur theoretisch bestehenden Minderheitenschutz zugunsten des Deutschen und Niederländischen. Die Voerstreek schließlich ist offiziell niederländischsprachig, wiederum mit Ausnahmeregelungen für die dort lebenden Frankophonen.

Das gesamte Gebiet von der Voerstreek bis Eupen gehörte ursprünglich zur Grafschaft Limburg, die seit 1288 in Personalunion mit dem Herzogtum Brabant verbunden war. Bis zur Annexion durch Frankreich im Jahre 1794 galt hier das Niederländische als Amtssprache. Auf dem Wiener Kongreß wurde 1815 Eupen zusammen mit dem wallonischen Städtchen Malmedy und dem ehemals luxemburgischen Sankt Vith der preußischen Rheinprovinz zugeschlagen. Die preußische Verwaltung machte mit dem Niederländischen, das



hier ebenso wie in grenznahen Gebieten des Niederrheins noch gebräuchlich war, kurzen Prozeß, und während der hundert Jahre bis zum Ersten Weltkrieg wurde die Eupener Gegend fest in die deutsche Kultursphäre integriert. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts griff zudem die deutsche Schriftsprache über die Grenze nach Belgien aus und verdrängte bis 1890 das Niederländische in den neun Gemeinden der Gegend um Welkenraedt und Montzen. Hier spielte sich bald das gesamte gesellschaftliche Leben in Kirche, Schule und Verwaltung auf Deutsch ab, und zeitweise gab es sogar eine deutsche Tageszeitung. Die Französisierung, die nach dem ersten und verstärkt nach dem zweiten Weltkrieg einsetzte, war eine politische Reaktion auf die deutsche Okkupation der Jahre 1914 – 1918 und 1940 – 1944. Nach einer freilich optimistischen Schätzung sprechen in diesem amtlich französischen Gebiet noch heute mancherorts 70% der Bevölkerung den limburgischen Dialekt. Offiziell niederländisch blieben allein die sechs Dörfer der Voerstreek: Moelingen, 's Gravenvoeren, Sint Martensvoeren, Sint Pietersvoeren, Teuven und Remersdaal.

Bis zum zweiten Weltkrieg war hier von einem nennenswerten Einfluß des Französischen keine Rede. Noch 1930 erklärten sich 80% der Bevölkerung als niederländischsprachig. Erst die nächste „Sprachen-zählung“ von 1947 wies einen erheblichen Zuwachs des Französischen aus. Man muß jedoch wissen, daß sich diese Sprachenzählung im anti-flämischen Klima der unmittelbaren Nachkriegszeit abspielte, als im offiziellen belgischen Sprachschatz „Flame“ und „Nazi“ fast synonym gebraucht wurden. Daß damals in Brüssel und einigen umstrittenen Sprachengrenzgemeinden der französische Bevölkerungsanteil, zumindest nach amtlichen Erhebungen, urplötzlich in die Höhe schnellte, war weniger ein statistischer als ein politischer Effekt, und in gewissem Sinne die Quittung dafür, daß während des Krieges führende Flaminganten mit den Nazis kollaboriert hatten. Dennoch wurden die Ergebnisse der Sprachenzählung von 1947, bei der mancherorts der Bürgermeister persönlich mit dem Umfragebogen von Haus zu Haus gezogen war, um die Statistik im französischen Sinne aufzumöbeln, weitgehend zugrundegelegt, als man fünfzehn Jahre später die Grenzen zwischen Flandern und Wallonien offiziell festschrieb.

Die sechziger Jahre brachten zusammen mit dem parlamentarischen Durchbruch der flämisch-nationalistischen Volksunie einen allgemeinen Aufschwung der flämischen Bewegung. An ihrem Beginn standen die beiden „Märsche auf Brüssel“ 1961 und 1962, die jeweils rund 100000 Flamen für die Forderung nach definitiver Festlegung der Sprachgrenze mobilisierten, an ihrem Ende die Verlegung der französischen Abteilung der Universität Löwen nach Wallonien. Aufgeschreckt durch die demonstrierenden Massen in den Straßen der

Hauptstadt, legte man 1963 nach zweijähriger Vorbereitung die Sprachgrenze verwaltungsmäßig fest. Strittige Gebiete wurden im Rahmen einer grossen territorialen Flurbereinigung an einigen Punkten ausgetauscht. Bis zuletzt zankte man sich dabei um die mehrheitlich wallonischen, jedoch von starken flämischen Minderheiten bewohnten Gemeinden Commynes (Komen) und Mouscron (Moeskroen), ein Gebiet mit insgesamt 70000 Einwohnern, das bis dahin zur Provinz Westflandern gehört hatte. Die Lösung suchte man schließlich in einem Tauschhandel. Komen und Moeskroen wurden der wallonischen Provinz Hennegau zugeschlagen, während die bislang zu Lüttich gehörige Voerstreek mit knapp 6000 Einwohnern der flämischen Provinz Limburg angegliedert wurde. In beiden Gebieten sollten die jeweiligen Sprachminderheiten gesetzlichen Schutz genießen. Doch während im nunmehr wallonischen Komen-Moeskroen sich bald alles auf Französisch abspielte und die Flamen noch heute einen heftigen Kampf um die Erhaltung einer kleinen niederländischen Schule in Komen auszufechten haben, wurden die gesetzlich garantierten Rechte der Frankophonen in der Voerstreek zum Hebel der Französisierung, die paradoxerweise erst jetzt, als das Gebiet offiziell flämisch geworden war, verstärkt einsetzte. Unter wohlwollender Förderung eines speziell mit dem Schutz der Frankophonen betrauten Regierungskommissars entstand nunmehr ein ganzes Netz französischer Kindergärten, Volksschul- und Gymnasialklassen.

In Lüttich selbst, wo man bis 1963 die Voerstreek kaum beachtet und an ihrem niederländischen Charakter nie gezweifelt hatte, entdeckten einige Politiker jetzt plötzlich ihr Herz für das verlorene Gebiet. „Les Fourons – pays Wallon“, hieß es auf einmal, und in einem besonders kühnen Vergleich mit der Situation Frankreichs nach 1871 verstieg man sich sogar zu der Behauptung, die Voerstreek sei „notre Alsace-Lorraine“, unser Elsaß Lothringen, wo eine kleine, aber tapfere Bevölkerung um ihres Bekenntnisses zur Francite willen vom flämischen Imperialismus geknebelt, von den Barbaren aus dem Norden brutal vergewaltigt werde und sich dennoch unaufhörlich nach der Wiedervereinigung mit dem mystischen Mutterkörper Walloniens sehne. So ist die Voerstreek inzwischen zum unentbehrlichen Bestandteil einer Demagogie geworden, die eine Verständigung des flämischen und wallonischen Volkes bislang erfolgreich verhindert und so nicht unwesentlich zur Machterhaltung des politischen und wirtschaftlichen Establishments in Belgien beigetragen hat. Die Voerstreek ist zum Wechselgeld im parteipolitischen Kuhhandel geworden, und, Gott sei's geklagt, die wallonischen Sozialisten sind daran in nicht unerheblichem Maße beteiligt. Hatten doch bereits 1963 einige Politiker in Lüttich auf die Voerstreek als zukünftigen innerbeglischen Zankapfel spekuliert: wurde sie an Limburg angegliedert, so konnte man alsbald eine

Kampagne entfesseln gegen den „flämischen Imperialismus“ und mit dieser wenig internationalistischen Parole auf Stimmenfang gehen – wie es dann auch tatsächlich geschehen ist. Blieb sie bei Lüttich, so konnte man das der „Christlichen Volkspartei“ Flanderns in die Schuhe schieben, die in ihrer Tücke die 6000 konservativen Voer-Bauern als christdemokratischen Stachel im Fleisch der mehrheitlich sozialistischen Provinz Lüttich habe belassen wollen, und sich so zum Verteidiger des progressiven Wallonien gegen die schwarze Reaktion aufspielen. Als Anfang 1977 die erste Regierung Tindemans vor den sozialökonomischen Problemen Belgiens die Segel strich – das Land gehört zu den bankrottsten in Westeuropa – und man zur Abwechslung wieder einmal die Frage der Regionalisierung aus der Schublade holte, erhielt die Voerstreekagitation neue Nahrung. Inzwischen war man auch in Flandern auf das Problem aufmerksam geworden, und das „Taalaktiekomitee“ (Sprachaktionskomitee, abgekürzt TAK) begann, regelmäßig „Spaziergänge“ in der Voer zu veranstalten. In einer der touristisch attraktivsten Gegenden Flanderns konnte einem schließlich niemand das Wandern verbieten... Das rief wiederum wallonische Gegendemonstranten auf den Plan, und es kam zu Scharmützeln zwischen den Spaziergängern, in die immer öfter die belgische Bürgerkriegspolizei, die „Rijkswacht“, eingriff. Auch die paramilitärische neonazistische VMO paradierte jetzt ab und zu durch die Voerdörfer, was dann in Wallonien als Beweis dafür herhalten mußte, daß es sich bei den Flamen insgesamt doch nur um eine Bande Faschisten handelt. Eine Welle der Hysterie ging durch das Land, als im Januar 1979 ein fran-



Straßenschlacht in der Voerstreek

kophoner Demonstrant in der Voerstreek das Pech hatte, von einem flämischen Polizeihund gebissen zu werden. Damit hatte die flämische Barbarei ihren Höhepunkt erreicht: „Maintenant les chiens!“, gellte es aus den Schlagzeilen wallonischer Zeitungen. Die beleidigte und gequälte Frankophonie Belgiens raffte sich auf zu einer machtvollen Gegenkundgebung, für die wochenlang in Brüssel und Wallonien mobilisiert wurde. Zehntau-

sende sollten den „faschistes flamingants“ die ihnen gebührende Abfuhr erteilen. Das Ergebnis entsprach nicht ganz den Erwartungen: nur etwa 4000 Demonstranten, immerhin fast soviel wie die Voerstreek Einwohner hat, wälzten sich eines schönen Sonntags im März 1979 durch die Straßen der sechs Dörfer, an ihrer Spitze die gesamte politische Prominenz Brüssels und Walloniens. Das große Ereignis wurde selbst in Frankreich ruchbar. „Les Fourons: six communes wallonnes en colere“, schrieb die linke französische Tageszeitung „Libération“

„Six communes wallonnes“? Wie wallonisch ist denn jetzt die Voerstreek? Noch 1963 schätzte man den Anteil der muttersprachlich Frankophonen auf höchstens 5 bis 7%, und das waren durchweg zugezogene Lütticher. Die gebürtigen Voerener sprechen allesamt ihren limburgischen Dialekt, nur daß sich die eine Hälfte der Bevölkerung flämisch fühlt und ihre Kinder auf niederländische Schulen schickt, während die Sprößlinge der anderen, sich selbst als „wallonisch“ bezeichnenden Hälfte französische Schulen besuchen, wo ihnen ihre Muttersprache systematisch ausgetrieben wird. Der „frankophone“ Bürgermeister der 1977 zur Verbandsgemeinde zusammengeschlossenen Voerdörfer, ein Mann mit dem kernfranzösischen Namen Dodemont („toter Mund“), wurde vor einiger Zeit von dem flämischen Volksunieabgeordneten Willy Kuypers zu einer Debatte im wallonischen Fernsehen eingeladen. Er mußte ablehnen, mit der Begründung, er könne sich nicht gut genug auf Französisch ausdrücken. Bei einer anderen Gelegenheit versuchte Dodemont eine französische Rede vom Blatt abzulesen, was ihm nicht gelang: er soll dabei alle Satzzeichen vergessen haben...

Natürlich hat die künstlich betriebene Französisierung in der Voerstreek wesentlich sozialökonomische Ursachen. Die Bauern in dem völlig ländlichen Gebiet sind wirtschaftlich weitgehend von einigen adligen Großgrundbesitzern abhängig – den Grafen de Scillon, den Baronen von Fürstenberg und anderen –, die, so wie im 19. Jahrhundert die gesamte belgische Oberschicht, Französisch sprechen. Die historische Uhr in der Voerstreek ist sozusagen im Jahre 1789 stehengeblieben. Der Schloßherr macht im Dorf das Wetter und den von ihm abhängigen Pächter bleibt nicht viel übrig als ihre Kinder in die französische Schule zu schicken oder bei Gemeinderatswahlen ihre Stimme der frankophonen Liste „Retour a Liege“ zu geben. Wer in der Landwirtschaft kein Unterkommen findet, ist gezwungen, im benachbarten wallonischen Gebiet Arbeit zu suchen, und erfährt dort täglich, daß sein Flämisch nirgendwo verstanden wird. Inzwischen hat das teilweise französisierte Schulwesen der Voerstreek eine halbe Generation kulturell entwurzelter Jugendlicher hervorgebracht, die sich nicht mehr in das rege flämische Vereinsleben integrieren lassen und mangels besserer Be-

schäftigung ihre freie Zeit damit verbringen, die flämische Bevölkerung zu terrorisieren. Vor einigen Jahren hat ein eingewanderter Wallone, Jose Happart, eine Schlägertruppe ins Leben gerufen, die „Action Fouronnaise“, die seither mit einer Reihe von Gewalttaten von sich reden machte: Fenster scheiben wurden eingeworfen, Obstgärten verwüstet, Menschen auf offener Straße zusammengeschlagen, einige schwer verletzt. Im Herbst 1979 wurden drei Falmen von einem Kneipenwirt in der Voerstreek angeschossen. Der Täter wurde nach kurzem Verhör auf freien Fuß gesetzt und in Wallonien als Held gefeiert. Das ganze Spektakel wird mit der Gloriole einer nationalen Befreiungsbewegung umgeben und auf eine Stufe gestellt mit dem Kampf der Basken, Iren oder wirklicher französischer Nationalitäten wie der Bewohner des Schweizer Jura oder des kanadischen Quebec. Happart selbst entblödet sich nicht, seine angeblich guten Beziehungen zur ETA rühmend hervorzuheben: „Ich habe niemals gesagt, daß wir Bomben haben, aber ich habe auch nicht gesagt, daß keine kommen werden.“ Ein entrüstetes Dementi der baskischen Emigranten in Brüssel folgte diesem Statement auf dem Fuß.

Das Klima der Gewalt, das so entstanden war, gab dem Staatsapparat eine willkommene Gelegenheit, repressiv aufzutreten. Anfang 1980 wurde ein dreimonatiger Belagerungszustand über die Voer verhängt, mit abendlicher Ausgangssperre nach acht Uhr. „Uns ist aufgefallen“, erklärt Jaak Nyssen, ein Sprecher der Vereinigung „Voerbelangen“, die seit einigen Jahren als Gegengewicht zu „Retour a Liege“ politisch tätig ist, der flämischen Zeitschrift „De Wesp“, „daß sehr viele junge Angehörige der Rijkswacht nach Voeren geschickt werden, vor allem, wenn Krawalle in der Luft liegen. Unserer Meinung nach ist die Voerstreek eine Art Exerziergelande für die Rijkswacht. Hier lernen die Männer kämpfen, lernen neue Techniken. Man hat den Eindruck, daß sie hier vorbereitet werden, um bei sozialen Unruhen einzugreifen. Gegen Streikende oder so... Das ist eine sehr gefährliche Situation.“

Die angestrebte Föderalisierung Belgiens steckt seit einigen Jahren in einer Sackgasse. Die Schaffung der drei Kulturräte für die niederländische, französische und deutsche Gemeinschaft bescherte 1973 den Flamen die von ihnen heiß ersehnte kulturelle Autonomie. Die volle politische und wirtschaftliche Autonomie, vor allem die letztere ein Hauptanliegen der Wallonen, steht seither noch aus. Eine Föderalisierung, aus der Brüssel als vollwertiger dritter Teilstaat hervorginge, werden die flämischen Politiker, das haben Experimente in der Vergangenheit ausgewiesen, ihren Wählern kaum schmackhaft machen können. Flandern verlöre in einem solchen Fall nicht nur die Möglichkeit, den Schutz der Brüsseler Flamen in der mehrheitlich französischen Stadt wirksam zu garantieren, sondern geriete auf gesamtbelgischer Ebene obendrein in eine Minder-

heitenposition gegenüber den beiden frankophonen Teilstaaten. Ein mehr symbolische Föderalisierung wurde vorläufig im Sommer 1980 mit der Einrichtung einer flämischen und wallonischen „Teilregierung“ vorgenommen. Das wirtschaftliche Schwergewicht Belgiens, das im 19. Jahrhundert im erz- und kohlereichen Süden lag, hat sich durch das Einströmen internationalen Kapitals nach dem zweiten Weltkrieg nach Norden verschoben. Während so Flandern im Besitz einer relativ modernen Industrie ist, bleibt den Wallonen nichts weiter, als sich über das jahrelange Siechtum ihres nur noch mit Subventionen am Leben erhaltenen veralteten Kohle- und Stahlsektors sorgenvolle Gedanken zu machen. In dieser Situation ist es frankophonen Politikern ein Leichtes, ihren Wählern weiszumachen, an allem seien nur die Flamen schuld, die im belgischen Staat eine Art Diktatur ausübten und seit Jahren den Wallonen das wirtschaftliche Selbstbestimmungsrecht, die letzte Möglichkeit, der Krise Herr zu werden, vorenthielten. Als anschaulicher Beweis für die flämische Bosheit müssen dann die 6000 „Wallonen“ der Voerstreek herhalten, die unter dem Joch des germanischen Imperialismus schmachtend ihrer Erlösung harreten. Für die belgische Bourgeoisie ist zudem die Voerstreek ein Mittel, aufbrechende soziale Widersprüche zu vernebeln, in dem man bei passender Gelegenheit wie aus einer Wundertüte den flämisch-wallonischen Gegensatz hervorzaubert. Das Interesse an einer wirklichen Lösung der verfahrenen Situation ist unter diesen Bedingungen denkbar gering. Wie könnte eine solche Lösung aussehen? Vor etwas über einem Jahr hat „De Wesp“ in einem Voerstreekdossier dazu Vorschläge gemacht: „Schaffung von Arbeitsplätzen in der Voerstreek, Ausbau der touristischen Infrastruktur..., Abschaffung aller französisierenden Schulen, um Platz zu schaffen für Übergangsklassen für französisierte Flamen, die auf diese Weise die Volkssprache wieder lernen können.“ Es ist allerdings sehr die Frage, ob sich ein solches Programm zu Lebzeiten des belgischen Staates durchführen läßt.

Winfried Dolderer



Namibia auf dem Weg zur Unabhängigkeit

Namibia liegt an der Atlantikküste im Süden Afrikas, südlich von Angola, westlich von Sambia (Südafrika). Es ist ein an Bodenschätzen außerordentlich reiches Land (Afrikas größter Blei-, zweitgrößter Cadmium- und drittgrößter Lithium- und Vanadium-Produzent).

Dieser Reichtum erweckt seit 100 Jahren das Interesse imperialistischer Mächte: Von 1884 bis 1915 wurde das Land als deutsche Kolonie („Deutsch-Südwestafrika“) regiert; im Jahre 1918 wurde es der Südafrikanischen Union (der späteren „Republik Südafrika“) vom Völkerbund als Mandatsgebiet übergeben. Nach dem Zweiten Weltkrieg weigerte sich diese „Zitadelle des Rassismus und Faschismus“ (Kenneth Kaunda), einen Treuhandvertrag mit der UNO abzuschließen. 1966 erklärten die Vereinten Nationen das Mandat für erloschen; Südafrika weigerte sich erneut, diesen Entschluß anzunehmen und okkupierte widerrechtlich das UNO-Treuhandgebiet Namibia. Seit 1966 hat sich das rassistische Regime Südafrikas beharrlich geweigert, die Resolutionen des UNO-Sicherheitsrates über Namibia oder die Empfehlungen des Internationalen Gerichtshofes zu beachten, es hat diese vielmehr fortwährend mißachtet. Die Verzögerungstaktik und die Intrigen des illegitimen Okkupationsregimes verhindern die Erfüllung der berechtigten Wünsche des Volkes von Namibia nach Verwirklichung seiner völligen Unabhängigkeit und Souveränität. Südafrika verletzt auch die nationale Einheit Namibias, indem es gewisse Territorien, die einen integrierenden Bestandteil des Landes bilden (die Walvis Bai und einige Inseln), annektiert hat.

Zusammen mit dem südafrikanischen Kapital plündern multinationale Konzerne die natürlichen Ressourcen Namibias, ungeachtet aller Resolutionen der UNO und des Internationalen Gerichtshofes. 90 % der gesamten Bergbauproduktion werden beherrscht von zwei Konzernen (Consolidated Diamond Mines of SWA, Tsumeb Corporation). Stark vertreten ist auch die Anglo-American Corporation bzw. deren Zweigunternehmen. Dazu kommen zahlreiche andere Monopole aus NATO-Staaten, so die britische Rio Tinto Zinc Corporation, die Metallgesellschaft AG, die Otavi Minen- und Eisenbahngesellschaft, die Urangesellschaft (sämtlich aus der Bundesrepublik), und die American Metal Climax Inc. Weiters die Industrial Development Corporation (Südafrika), Bethlehem Steel Corporation, Texaco Oil Company, Chase Manhattan Bank, First National City Bank (USA), South West Africa

Company, British Petroleum Ltd., Barclays Bank (Großbritannien), Societe Miniere et Metallurgique des Perraoya, (Frankreich), Tiefbohr AG, Thorer & Hollender, Deutsche Bank, Dresdner Bank, Commerz Bank (BRD) u.v.a.



Bei Abbauprojekten von Grundmetallen und Diamanten haben 5 britische, 4 bundesdeutsche, 11 südafrikanische Konzerne und einer aus Kanada (die mit bedeutenden Kapitalanteilen aus anderen imperialistischen Staaten arbeiten) und 5 Konzerne aus den USA in Namibia investiert. Bei der Erkundung neuer Metallvorkommen sind es 5 aus Südafrika, 7 aus den USA und je ein Konzern aus Großbritannien und Frankreich. In den anderen Wirtschaftszweigen – z.B. bei Ölerkundung und -vertrieb, Fischfang und -verarbeitung, Landwirtschaft, Bau und Finanzwesen – ist eine ähnliche Verteilung der Monopolinteressen festzustellen.

Bereits 1960 gingen rund 36 % des Bruttosozialprodukts als Dividenden oder Gewinntransfer ins Ausland. Seither veröffentlicht Pretoria keine gesonderte Statistik für Namibia mehr. Die zahlreichen multinationalen Konzerne wiederum unterstützen Südafrika mit Öllieferungen und mit Uran für sein Atomprogramm, und kein westliches Land hat bisher versucht, zugunsten Namibias Druck auf Pretoria auszuüben. Und auch die herrschende Klasse Westdeutschlands, die gerne so tun, als hätte sie mit ihren imperialistischen Vorgängern nichts zu tun, hat Namibia niemals aufgegeben: Ungeniert unterhalten sämtliche großen westdeutschen Kon-

zerne Tochterfirmen in Namibia, die nach wie vor aufs engste mit der direkten Ausplünderung des Landes befaßt sind. Die Bundesregierung aber, die erklärt, „im Grunde“ und „im Prinzip“ ja auch gegen die Apartheid-Politik zu sein, schickt Waffen nach Südafrika und läßt im eigenen Land Apartheid-Gegner durch die Justiz verfolgen und aus dem Staatsdienst „säubern“.

Der Sowjetunion, die überall mit der anderen Supermacht um die Hegemonie in der Welt ringt, ist der direkte Zugriff auf Namibia noch verwehrt. Aber sie plündert mit ihren Fangschiffen die fischreichen Gewässer des Benguela-Stromes vor der Küste des Landes und sucht Namibia durch die Hintertür zu infiltrieren.

Die afrikanischen Bewohner haben die Besetzung und die maßlose Plünderung ihres Landes nie freiwillig geduldet. Wir können ihren Widerstand gegen die Kolonialherren bis in die Anfangszeiten der Kolonialisierung zurückverfolgen.

1893/94: Nama-Aufstand unter Hendrik Witbooi
1904. Herero-Aufstand gegen die Herrschaft des deutschen Imperialismus; 87 % des Herero-Volkes dabei umgekommen durch Vertreibung und Massenmord

1904/07. Nama-Aufstand gegen die deutsche Herrschaft – 75 % des Nama-Volkes vernichtet

1922: Bondelzwaart-Aufstand gegen die Südafri-

kaner – 100 Bondelzwaarts getötet

1924: Aufstand in Rehoboth gegen die Südafrikaner

1932. Widerstand im Ovamboland gegen die Gesetze der Administration – durch Bomben liquidiert

1959. Widerstand in Windhoek gegen die Apartheid-Umsiedlungsaktionen der Administration – 11 tote, 54 schwerverwundete Afrikaner.

Der gegenwärtige, seit 1966 von der Südwestafrikanischen Volksorganisation (SWAPO) geführte Guerillakrieg steht als letztes Glied in dieser Kette afrikanischer Widerstandsaktionen.

Der Kampf des afrikanischen Volkes für die Beseitigung der imperialistischen Herrschaft des rassistischen südafrikanischen Regimes begann in den 50er Jahren. Damals gründeten Namibier, die als Wanderarbeiter in Kapstadt beschäftigt waren, ihre erste Arbeiterorganisation. Nach der Bandung-Konferenz von 1955 und der Unabhängigkeit Ghanas (1957) begann diese namibische Arbeiterbewegung, sich mit nationalen Ideen auseinanderzusetzen. Unter der Führung von Herman Toivo Ja Toivo, einem Mitglied des Ovambo-Stammes, wurde diese schwarz-nationalistische Partei 1958 in „Ovamboland People's Organization“ (OPO) umgenannt, Sam Nujoma wurde ihr Präsident. Da sich die meisten afrikanischen Bevölkerungsgruppen zur OPO bekannten, gewann diese immer mehr an Einfluß



Südafrikanische Truppen greifen Basen der SWAPO an. Daß bei diesen terroristischen Vergeltungsschlägen unschuldige Menschen ums Leben kommen, läßt das Apartheid-Regime kalt.

und benannte sich schließlich 1960 in „South West African People's Organization“ (SWAPO) um.

Wie seine Brüder in Azania, Zimbabwe und den portugiesischen Kolonien hat auch das Volk von Namibia unter der Führung seiner kämpfenden Avantgarde, der SWAPO, einen Partisanenkrieg aufgenommen, um sein Land von dem Kolonialismus rassistischer Siedler zu befreien. Das geschah im August 1966. Seither können wir eine Eskalation im bewaffneten Kampf der SWAPO für die Befreiung Namibias feststellen.

Begreiflicherweise findet der Kampf des namibischen Volkes, das Opfer einer kolonialen Expansion geworden ist, die Solidarität progressiver Staaten Afrikas und der arabischen Welt. Die militärische Eskalation war daher gepaart mit wiederholten Aggressionsakten Südafrikas gegen afrikanische Länder, in denen sich Ausbildungslager der SWAPO befinden, z.B. Angola. Auch die westlichen Teile Sambias sind zur ständigen Zielscheibe der südafrikanischen Terrorstrategie geworden und müssen in Angst und Spannung leben. Die südafrikanischen Truppen greifen Guerillalager der SWAPO im westlichen Teil Sambias an und versuchen, strategisch wichtige wirtschaftliche Einrichtungen dieses Landes zu zerstören. Südafrika ist also nicht nur eine Basis des Rassismus und Kolonialismus in dieser Region, es hat auch wiederholt von namibischem Boden aus Aggressionsakte gegen die Nachbarländer Sambia und Angola durchgeführt. Glücklicherweise konnten diese beiden Länder ihre Souveränität und territoriale Integrität bisher gegen den rassistischen südafrikanischen Expansionismus verteidigen.

Die Verbrechen der südafrikanischen Kolonialisten müssen nun für die Sowjetunion herhalten, damit sie (zusammen mit Kuba und der DDR) Angola „verteidigen“ und sich der SWAPO als „unentbehrlicher Helfer“ aufdrängen kann. Wie in Angola, wo dem 14jährigen Kampf gegen den portugiesischen Kolonialimperialismus die sowjetisch-kubanische Invasion auf dem Fuße folgte und das Land erneut in eine Kolonie verwandelte, will sich die Sowjetunion auch in Namibia durch die Hintertür einschleichen und die Befreiungsbewegung durch Waffenlieferungen, die als „uneigennützige Hilfe“ bezeichnet werden, abhängig machen. Damit soll offenbar der Weg für ein „brüderliches Eingreifen“ der Sowjetunion in Namibia geebnet werden. Tatsächlich muß die SWAPO seit Jahren in Angola – in einem fremden Land! – als Söldner kämpfen, gegen ihre Brüder von der UNITA, die ihnen einst mehr als nur geholfen haben. Wenn sie dies nicht täten, würden sie jede Hilfe der Sowjets verlieren.

Weshalb sollte die Sowjetunion solche Bedingungen stellen, wenn es ihr tatsächlich um die Unterstützung des Freiheitskampfes des namibischen Volkes

ginge? Wenn sie nicht im Sinn hätte, schließlich das ganze Land abhängig zu machen und es auszulündern, weshalb schickt sie dann bereits seit den 70er Jahren ihre Fischereiflotte in die Gewässer Namibias? Viele afrikanische Zeitungen warnen bereits davor, daß sich die Völker nicht von einer Abhängigkeit in die andere begeben dürfen.

Während die Sowjets versuchen, die Befreiungsorganisationen im südlichen Afrika mit abgefeimten Methoden zu ihren Marionetten zu machen und die USA über den von ihnen kontrollierten Internationalen Währungsfonds, über multinationale Konzerne und „Entwicklungshilfe“ die afrikanischen Länder zu willfährigen Werkzeugen des Neokolonialismus machen wollen, dauert die grausame Unterdrückung des Volkes von Namibia durch die südafrikanischen Behörden an. Südafrika – das Land, in dem der Rassismus Staatsideologie ist wie einst in Nazideutschland und heute noch in Israel – begeht barbarische Verbrechen an den Einheimischen. Diese, vor allem SWAPO-Kader, werden verfolgt, eingekerkert und der Folter unterworfen. So ist der SWAPO-Gründer Toivo Ja Toivo noch immer (zusammen mit anderen Namibiern) auf Robben Island in Haft.

Nicht genug damit, daß Länder wie die USA, Frankreich, Großbritannien, die BRD, Italien und Japan die Regierung Südafrikas durch ihre politische, wirtschaftliche und militärische Zusammenarbeit mit ihr ermutigen und sie anstacheln, ihre rassistische Politik aufrechtzuerhalten – der westliche Kapitalismus unterstützt sogar das südafrikanische Komplott, einen wirtschaftlich von Pretoria abhängigen Satellitengürtel im südlichen Afrika zu schaffen.

Weitere Gefahren für die Sicherheit des afrikanischen Kontinents ergeben sich aus den militärischen Vorbereitungen Südafrikas und der Entwicklung eigener Atomwaffen, für die man die Kalahari-Wüste als Testgelände benutzt.

Nachdem die nationalistischen Kräfte Zimbabwes im April 1980 ihren großen Sieg errungen haben, ist auch dem südafrikanischen Regime gedämmert, daß der Sieg der SWAPO in Namibia unvermeidlich ist. Aber das Regime klammert sich verzweifelt an die letzte Hoffnung, diesen unaufhaltsamen Prozeß der Geschichte aufzuhalten, indem es versucht, in Namibia ein Marionettenregime zu installieren. Zu diesem Zweck wurden bereits im Dezember 1978 Pseudowahlen für eine sogenannte Verfassunggebende Versammlung abgehalten. Diese Körperschaft wurde dann in eine Nationalversammlung mit gesetzgebender Gewalt umgewandelt, und es bestehen Pläne, eine Regierung aus ihren Mitgliedern zu bilden. In verschiedenen Stammesgebieten sollen Wahlen gemäß der „Turnhalle-Verfassung“ abgehalten werden. All diese Akte laufen auf einen

Versuch Südafrikas hinaus, dem Volk von Namibia seine eigene Lösung aufzuzwingen. Wir sehen also, daß die südafrikanischen Okkupationsbehörden alles unternehmen, um den Namibia-Plan des Sicherheitsrates, wie er in den UNO-Resolutionen Nr. 385 und 435 festgehalten ist, zu sabotieren.

Auch am Scheitern der Genfer Namibia-Konferenz trägt Südafrikas rassistisches Regime die alleinige Schuld. Pretorias Vertreter waren nach Genf gekommen, obwohl Südafrika nie eine Lösung der Namibia-Frage angestrebt hat. Ihr aggressives Auftreten war um so unverständlicher, als sich die UNO, die SWAPO, die westlichen und afrikanischen Beobachter größter Zurückhaltung befleißigt hatten. Die Diskussion um die Haltung der UNO gegenüber der SWAPO war für Pretoria nur ein Mittel, um einer Zustimmung zu einem Waffenstillstand aus dem Weg zu gehen.

Nunmehr blieb der Organisation der Afrikanischen Einheit (OAU) und den Frontstaaten nichts anderes mehr übrig, als die Befreiung Namibias mit allen Mitteln anzustreben und den Sicherheitsrat um schärfste Sanktionen gegen Südafrika zu ersuchen. Man wird alle Quellen ausschöpfen, um die SWAPO in ihrem gerechten bewaffneten Kampf bis zur Liquidation des Imperialismus in Namibia zu unterstützen und die Unterdrückung der Völker Namibias und Azanias durch das illegale rassistische Apartheid-Regime zu beenden.

Eine dauerhafte und gerechte Lösung der namibischen Frage ist nur möglich durch eine volle und direkte Beteiligung der SWAPO als der einzig wirklichen Vertretung des Volkes von Namibia. Eine Alternative zu einer gewaltsamen Lösung ist nun nicht mehr zu sehen. „Die einzige Wahl besteht zwischen einem gewaltsamen Befreiungskampf oder der dauernden Einwilligung zur Sklaverei... Koexistenz ist unmöglich.“ (Julius Nyerere)

Freilich ist die SWAPO einem Druck von seiten der Sowjetunion ausgesetzt. Beharrlich versucht diese, Illusionen über den UNO-Plan für Namibia zu schüren; die SWAPO sollte ihre Angelegenheiten der UNO oder am besten gleich der Sowjetunion in die Hände legen. Aber die vielfältigen Erfahrungen des Befreiungskampfes der Völker im südlichen Afrika haben gezeigt, daß ein solcher Kampf nur erfolgreich sein kann, wenn sich die Völker im Kampf auf die eigene Kraft stützen. Auch ist es eine Erfahrungstatsache, daß man die Unabhängigkeit nicht durch Geschwätz vor der UNO quasi als Geschenk erreichen kann, sondern daß nur der bewaffnete Kampf der Völker zum Sturz von Kolonialismus und Rassismus, zur Vertreibung der Imperialisten und zur Errichtung souveräner, unabhängiger und demokratischer Staaten führt.

Der heroische Kampf des namibischen Volkes un-



SWAPO - Kämpfer

ter der Führung der SWAPO als seiner einzigen wirklichen Vertretung verdient auch unsere volle Unterstützung. Die totale Solidarität mit diesem gerechten Kampf der afrikanischen Völker gegen die rassistischen Regime in Namibia und Azania und die imperialistischen Komplote ist eine natürliche Konsequenz unserer außenpolitischen Doktrin, den Imperialismus in aller Welt zu bekämpfen, alle nationalen Befreiungsbewegungen zu unterstützen und alle Formen von Rassismus und Diskriminierung zu beseitigen.

Stefan Fadinger

**KAMPF
ALLEN
UNTER-
DRÜCKERN
DER
VÖLKER!**



LIBYSCHES ARABISCHE REPUBLIK

Das Sozialismusmodell der Sozialistischen Arabischen Volksjamahiria von Libyen

Beitrag zum Verständnis des Dritten Weges



Libysches Revolutionsfest in Tripolis

Wo ist Eigentum richtig plaziert?

Das wirkliche Problem besteht im ungerechten Verhältnis zwischen Arbeitern und den Arbeitgebern, zwischen dem Inhaber (Kapitalisten) und dem Produzenten (Arbeiter) und in der Abfolge dieses Verhältnisses. Aufgrund dessen hat der Kapitalist das Recht, Arbeiter zu beschäftigen und gibt ihnen dem entsprechend einen bestimmten Lohn. Der Lohnarbeiter ist aufgrund dieses Verhältnisses gezwungen, seine Arbeitskraft dem Kapitalisten zu verkaufen. Letztlich bekommt der Arbeiter einen Lohn und der Kapitalist die Produktion.

Diese Produktion ist Privateigentum des Kapitalisten, die er auf dem Markt verkaufen kann. Durch den Verkauf deckt er die Produktionskosten und gewinnt Profit. Durch diesen permanenten Produktionsprozeß bemüht er sich, so viel wie möglich Profite zu erzielen. Er arbeitet in zwei Richtungen. Erstens versucht er, die Produktionskosten zu senken. Zweitens versucht er, die Einnahmen zu vergrößern.

Für dieses Modell finden wir eine Beschreibung und Analyse in den meisten Forschungsarbeiten, die sich mit der kapitalistischen Produktionsweise befassen. Nach diesem Modell hat der Inhaber des Unternehmens (Kapitalist) das Recht als Arbeitgeber, es zu verwalten, zu organisieren und die Produktionspolitik im Betrieb zu bestimmen. Der Arbeitnehmer wird zu einem reinen Produktionsmittel, zu einem Rädchen im Getriebe des Unternehmens. Er hat kein Recht, gegen die Produktionspolitik, die vom Kapitalisten in Abwesenheit des Arbeiters bestimmt wird, einzuschreiten. Dies bedeutet, daß die Produktionspolitik im Interesse des Kapitalisten manipuliert wird, das Interesse der Arbeitnehmer wird nicht berücksichtigt. Der Kapitalist ist befugt, auf einige oder alle Arbeiter zu verzichten, d.h. sie zu entlassen, wenn er sie nicht mehr ausbeuten kann, wenn die neuen automatischen Maschinen die Tätigkeit der Arbeiter ersetzen können. Der Arbeitgeber ist auch befugt, seinen Betrieb zu schließen. Entlassungen und Betriebsstillegungen – die Folge ist Arbeitslosigkeit.

Nach diesem kapitalistischen Modell können sich die Arbeiter in Gewerkschaften organisieren. Sie versuchen mit deren Hilfe, mit den Kapitalisten zu verhandeln und mit ihnen Gespräche über die Erhöhung ihrer Löhne durchzuführen. Der Kapitalist erhöht dann die Preise der Produkte. Der Arbeiter merkt diese Steigerung an gestiegenen

Konsumpreisen und geschmälertem realen Einkommen. Neue Lohnforderungen der Arbeiter sind die Folge. In weiteren Verhandlungen lassen sich die Kapitalisten gnädigst zu weiteren Lohnzugeständnissen herab, um sogleich die Preise der Produkte verstärkt anzuheben. Eine Lohn-Preis-Spirale ohne Ende. Den Schaden hat die Gesellschaft.

Wir können zu folgendem Ergebnis kommen und sagen, daß die Ursache dafür darin besteht, daß die Situation des Privateigentums nach dem erwähnten Modell nicht richtig ist. Diese Situation ist der Grund für ein ungerechtes Verhältnis zwischen beiden Seiten, so daß ein permanenter Konflikt zwischen Kapital und Arbeit entstand, ein Konflikt, der immer zu Ungunsten der Allgemeinheit, der Gesellschaft wirken muß.

Das kapitalistische Modell ist dadurch gekennzeichnet, daß es auf dem Prinzip des absoluten Privateigentums beruht. Dieses Privateigentum beschränkt sich nicht nur auf Wohnung und Essen usw., sondern auch auf Produktionsmittel. Der ideologische Hintergrund ist der, daß das Streben nach der Verwirklichung des höchstmöglichen Eigeninteresses die Interessen der Allgemeinheit wie von selbst bewahrt. Diese Behauptung stimmt mit der Wirklichkeit nicht überein.

Die Produktionsverhältnisse und das Privateigentum an Produktionsmitteln im kapitalistischen System führen zur Herrschaft einiger Schichten über den Produktionsprozeß und zur Ausbeutung anderer Schichten, denen das Recht, Eigentümer zu sein genommen wurde. Diese Situation führte dazu, daß die Arbeiter in Abhängigkeit zu den Kapitalisten gerieten. Die Ausbeutung des Arbeiters ist das Merkmal dieses kapitalistischen Systems. Viele Denker kamen in ihren Forschungsarbeiten zu der wichtigen Schlußfolgerung, daß die Ursache der Ausbeutung im kapitalistischen System im absoluten Privateigentum begründet ist. Einige Forscher haben die Einschränkung des Privateigentums und andere seine Abschaffung gefordert. Einige Wirtschaftssysteme haben das Privateigentum abgeschafft und durch das Volkseigentum ersetzt. Das bedeutet, daß die Produktionsmittel in den Händen des Staates bzw. dessen Bürokratie liegen. Die Bürokratie hat dort die Aufgabe, Beschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen, und sie ist verpflichtet, den Produktionsprozeß zu organisieren und die Produkte zu verteilen.

Zweifelsohne hat es seit den Anfängen der indu-



Partner und nicht Lohnarbeiter

striellen Revolution Entwicklungen gegeben. Sie haben zur Verbesserung der Arbeitslage der Arbeiter, Organisation der Eigentumsangelegenheiten und zur Festlegung der Arbeitsstunden beigetragen. Der Arbeiter bekommt nach diesen Verbesserungen mehr Geld für Überstunden, und sein Recht auf Urlaub wurde anerkannt. Es wurde außerdem ein Lohnminimum festgelegt. Aber an dem grundsätzlich fortbestehenden Ausbeutungsverhältnis zwischen Kapital und Arbeit wurde nichts entscheidendes verändert. Im Gegenteil: die verschärfte Konkurrenzsituation hat weltweit dazu geführt, daß sowohl in den privat- als auch in den staatskapitalistischen Systemen der Druck auf den Arbeiter verstärkt, die Ausbeutung forciert wurde.

Auch die Übertragung des Privateigentums aus den Händen der Privatkapitalisten in die der Staatskapitalisten hat nicht viel an der Tatsache geändert, daß die Arbeitnehmer Lohnarbeiter geblieben sind. Das heißt, daß das Wesen des kapitalistischen Verhältnisses immer noch geblieben ist. Dies bedeutet, daß das Verhältnis des Kapitalisten gegenüber dem Arbeitnehmer in den meisten Gesellschaftsordnungen auch weiterhin das Verhältnis von Ausbeuter zu Ausgebeutetem geblieben ist.

Worin besteht die Lösung?

Die Lösung besteht unserer Meinung nach in der

Abschaffung der Lohnarbeit und in der Hinwendung zu dem System der Partnerschaft im Produktionsprozeß. Hier wird der Arbeiter zum Produzenten. Die Produzenten werden Partner und keine Lohnarbeiter. In so einem System verschwindet die Trennung zwischen dem Arbeitgeber und dem Arbeitnehmer. Die Produktionsanlagen werden durch ein Volkskomitee verwaltet. Und hier verschwinden die Verwaltungsausschüsse oder die Direktoren, wie sie in den traditionellen Systemen üblich sind. Die Mitglieder des Volksausschusses für die Produktionsanlagen werden von den Produzenten des jeweiligen Betriebes durch eine Produktionskonferenz aller Betriebsangehörigen gewählt. Dies ist ein System, mit dessen Hilfe die direkte Auswahl der Produzenten bestimmt wird.

Dieses Modell stellt uns vor einen neuen Begriff des Eigentums. Die Produzenten (Arbeiter) arbeiten hier aufgrund eines neuen Verhältnisses im sozialistischen Eigentum. Dieses Verhältnis ist keine Beziehung zwischen dem Arbeitgeber und dem Arbeitnehmer. Es bedeutet die Zusammenarbeit und die Arbeitsverteilung. Jeder Produzent erfüllt seine Aufgabe aufgrund der Voraussetzungen, die alle Produzenten in ihren Produktionskonferenzen bestimmen. Die Volkskongresse bestimmen die Rahmenplanung in der Gesellschaft, weil die ganze Gesellschaft Partner der Produzenten im Produktionsprozeß ist. Die Gesellschaft beschafft für die Produzenten in ihren

sozialistischen Betrieben alle Produktionsmittel wie Rohstoffe und Kapital. Sie ist am Entwurf und der Bestimmung der Methode, wie die Produktionsmittel im Produktionsprozeß eingesetzt werden beteiligt. Dies verlangt die Harmonie zwischen dem allgemeinen Interesse und dem des Betriebes. Das Produktionsmittel und der Grund und Boden werden in der Produktion verwendet, und der Arbeiter setzt seine Arbeitskraft als eigenverantwortlicher Produzent in den Produktionsprozeß ein. Die Produktion ist der letzte Ertrag aller dieser ineinander greifenden Elemente.

Die einzige Einschränkung des Eigentums ist der Grund und Boden. Er ist kein Privateigentum. Aber jeder kann ihn nutzen, zur landwirtschaftlichen Bearbeitung, zum Bauen von Häusern usw. Dies für immer und unter der Voraussetzung, daß alles durch seine eigenen Bemühungen, ohne die Dienstnahme anderer Menschen, weder mit noch ohne Lohn, geschaffen wird.

Ibn al Fateh

Antikolonialismus, Ethnopluralismus und die Lehre von Dr. Ali Schariati

Warum liebäugeln deutsche Nationalrevolutionäre eigentlich mit weltweit aufflammenden Befreiungsbewegungen unterschiedlichster Art? Zeigt sich darin tatsächlich, wie es insbesondere unserer Zeitschrift vorgeworfen wird, ein romantischer Fluchtreflex vor der eigenen Wirklichkeit, eine Idealisierung des Fremden mangels realisierbarer und konkretisierbarer deutscher Emanzipation? Zugegeben, bei vordergründiger Betrachtung könnte der breite Rahmen, den wir in WIR SELBST dem weltweiten Befreiungskampf der Völker einräumen als unverhältnismäßig erscheinen. Aber auch nur bei vordergründiger Betrachtung. Denn abgesehen davon, daß die fehlende nationale Identität der Deutschen in vielfältiger Weise von uns problematisiert wird, glauben wir, durch die intensive Beschäftigung mit fremden Emanzipationsbewegungen reflektierende Lernprozesse bei uns selbst in Gang zu setzen. Imperialistische Unterdrückungsmechanismen als weltweites Phänomen erkennen, Solidarität mit den ihrer Selbstbestimmung beraubten Völkern üben, ein Gespür für die Notwendigkeit kultureller Vielfalt entwickeln – das ist ein Prozeß, der letztlich nicht nur eine Sensibilisierung für die Problematik der nationalen Identität der Deutschen hervorbringen soll, sondern auch, was ebenso wichtig ist, eine gedankliche Überwindung des eurozentrischen Weltbildes, wie es nicht nur in den Hirnen der von der Überlegenheit der westlichen Zivilisation überzeugten bourgeoisen Oberschicht vorherrscht, sondern auch im herkömmlichen Internationalismus der europäischen Linken zu erkennen ist. Den Imperialisten in uns selbst ausmerzen, das ist das Thema.

Wenn wir unsere Aufmerksamkeit auf emanzipatorische Entwicklungen außerhalb Europas richten, wie sie sich zur Zeit besonders in der Entfaltung eines starken Selbstwertgefühls der

schwarzafrikanischen Völker oder der Besinnung auf islamische Traditionen in den arabischen Staaten wie auch im Iran manifestieren, so erscheint es zum Verständnis der gegenwärtigen Situation sinnvoll, sich die Befreiungsentwicklung dieser Völker aus ihrem vormals kolonialen Status in Erinnerung zu rufen.

Antikolonialismus, das war bis tief in die 60er Jahre hinein der bewaffnete Kampf der unterdrückten, ausgebeuteten, gedemütigten Völker gegen die kolonialen Herren Europas. Eine Idee lag diesem blutigen Prozeß der Befreiung nicht zugrunde, die Geschundenen hatten ganz einfach genug gelitten. Tötung und Vertreibung der Kolonialherren hieß das Programm. Die angestaute Wut von Jahrhunderten entlud sich in wenigen Jahren, die alte koloniale Brutalität hatte plötzlich die Richtung geändert. In diesem Rückzug aber etwas Heilsames zu sehen, dazu waren die Europäer nicht in der Lage. Nur wenige erkannten wie Jean - Paul Sartre in dem Vorwort des 1966 in deutscher Sprache erschienen Buches von Frantz Fanon „Die Verdammten dieser Erde“: „... auch wir Europäer werden dekolonisiert. Das heißt, durch eine blutige Operation wird der Kolonialherr ausgerottet, der auch in jedem von uns steckt.“ Doch soweit sind wir noch nicht. In einer ersten Entkolonisierungsphase zogen die Europäer ihre Söldnerarmeen aus ihren alten Kolonien, nicht ohne sich vorher der Ergebnislosigkeit der einheimischen „Elite“ zu vergewissern. Diesen der eigenen Kultur und Tradition entwurzelten Günstlingen der Europäer kamen fortan Handlangerfunktionen im Dienste des europäischen und zunehmend auch des amerikanischen Großkapitals zu. Daß sich das Kapital zunehmend entnationalisierte und multinational organisierte, änderte nichts an dessen Politik. In enger Kooperation mit den Regierungen der kapitalistischen Staaten blieb

die Stoßrichtung des Kapitals die gleiche wie zu den Zeiten schlimmster kolonialer Ausbeutung. Nur anstelle der alten Abhängigkeiten traten neue: Über wirtschaftliche Kontrakte zwang man die scheinbar unabhängigen Staaten der Dritten Welt in neokoloniale Bindungen. Eigentlich entscheidend zur Festigung der neu gebildeten globalen Machtstrukturen waren aber nicht die ökonomischen Verflechtungen, auch wenn das Interesse der neuen Herren einzig auf Lieferung von Rohstoffen zu Billigstpreisen und Schaffung von Absatzmärkten für die in den Metropolen erzeugten Produkte gerichtet war, sondern die Unterordnung der einheimischen Intelligenz unter das Diktat des westlichen Fortschritts- und Zivilisationsmythos.

Jahrelang starrte die Oberschicht der Dritten Welt kaninchengleich wie hypnotisiert auf die gefräßige Schlange der westlichen Zivilisation, unfähig, sich aus diesem Bann zu befreien. Frantz Fanon hatte zwar bereits zu Anfang der sechziger Jahre in „Die Verdammten dieser Erde“ verzweifelt ausgerufen: „Also, meine Kampfgefährten, zahlen wir Europa nicht Tribut, indem wir Staaten, Institutionen und Gesellschaften gründen, die von ihm inspiriert sind. Die Menschheit erwartet etwas anderes von uns als diese fratzenhafte und obszöne Nachahmung.“ Aber die Ausformulierung dieses „etwas anderes“, die inhaltliche Bestimmung der erstrebten anderen Lebensform ließ lange auf sich warten. Erst als die glänzende Fassade der westlichen Zivilisation für jedermann erkennbare Risse bekam und unter dem übertünchenden Anstrich das morsche Mauerwerk einer nicht durch kulturelle Werte gefestigten Gesellschaftsstruktur erkennbar wurde, als nackter Egoismus und Individualismus zum Vorschein kam und die erschreckende Entfremdung des Einzelnen in einer ihm soziale Beziehungen vorenthaltenden Ordnung deutlich wurde, begann eine radikale Umkehr im Denken der Intellektuellen der Dritten Welt. Nur in der eigenen Vergangenheit können die Kräfte für eine selbstbestimmte Zukunft gefunden werden. Erst mit dieser Erkenntnis setzte die wahre Dekolonisierung der unterdrückten Völker ein.

Einer der herausragenden Vertreter dieser sich auf die eigenen Werte und Traditionen rückbesinnenden Bewegung war Dr. Ali Schariati. Die Lehre dieses „Philosophen der iranischen Revolution“, wie ihn die Neue Züricher Zeitung nannte, trug entscheidend zum Sturz des Schah-Regimes in Persien bei.

Daß Ali Schariati von einem religiös-islamischen Ansatz den Bogen zu einer sozialrevolutionären Ideologie spannte, erscheint dem europäisch geprägten, sich in den Denkkategorien marxistischer Religionskritik bewegendem Intellektuellen als die Ausgeburt einer ihm unbegreiflichen Paradoxie. Eine Befreiungsbewegung, die religiös motiviert ist, die ihre wichtigen Impulse aus den Lehren des Islam empfängt – dahinter, so mutmaßen viele

europäische Linke, kann sich nur die an hierarchischen Strukturen interessierte Reaktion verbergen. Spürbare Unsicherheit bei der Beurteilung der iranischen Revolution ist die unausbleibliche Folge. Nur wenigen gelingt es, sich aus der Befangenheit eurozentristischer Denkweisen zu lösen. Eine auffallende Ausnahme bildet die Zeitschrift „Autonomie“, die sich immerhin zu der Erkenntnis vorgearbeitet hat: „Die Notwendigkeit, angesichts des Iran marxistische Kategorien und Identifikationen zu zerbrechen und die Frage nach dem revolutionären Subjekt neu zu stellen, schließt die Kritik der marxistischen Religionskritik als Diffamierung traditioneller Unterklassenkultur ein.“ (Autonomie 5/79, S.25). Abkehr von universalistischen Mythen, Hinwendung zu kulturrelativistischen Prinzipien – den Anstoß der Bewegung unserer Gehirne in diese Richtung erhielten wir nicht zuletzt von Ali Schariati.



Dr. Ali Schariati

Ali Schariati wurde am 23.11.1933 in der Nähe von Maschad im Iran geboren. Nach dem Gymnasium besuchte er ein Lehrerausbildungsinstitut und lernte als Dorfschullehrer die Armut der unteren sozialen Klassen kennen. Als Stipendiat ging er 1960 nach Paris und lernte dort Frantz Fanon und Sartre kennen, die ihm nicht unwesentliche Denkipulse gaben und promovierte 1963 mit einer Arbeit zur Frühgeschichte der islamischen Gesellschaft. Während seines Studiums betätigte sich Schariati in verschiedenen politischen Gruppierungen, was zur Folge hatte, daß er bei seiner Rückkehr in den Iran an der Grenze verhaftet und erst 1965 wieder freigelassen wurde. Trotz dieser repressiven Abwehrmaßnahmen des Schah-Regimes gelang es ihm für kurze Zeit, Vorleseungen an der Universität Mesched zu halten. Sein großer Einfluß auf die Studenten zwang das Regime zum sofortigen Handeln: Man verwies ihn von der Universität. Schariati lehrte fortan am islamischen Hussayn-i-Irshad - Institut. Mehr als 6000 Studen-

ten schrieben sich in seine Kurse ein. Tausende aus allen gesellschaftlichen Schichten hörten seine Vorlesungen als Gashörer.

Natürlich blieb die unglaubliche Popularität Schariatis dem Regime nicht verborgen. Die Polizei besetzte 1973 das Institut und nahm den „revolutionären Philosophen“ und mehrere seiner Anhänger fest. Nach achtzehnmonatiger Haft – auch die Folter blieb ihm nicht erspart – wurde er am 20. März 1975 aufgrund internationaler Proteste entlassen, stand aber auch weiterhin unter strenger Kontrolle von Savak-Agenten. Jeglicher Kontakt mit seinen Schülern wurde ihm verwehrt, die Publikation seiner Schriften verboten. Im Mai 1977 erlaubte man ihm schließlich, den Iran zu verlassen. Drei Wochen später verstarb Dr. Ali Schariati unter heute noch ungeklärten Umständen im englischen Exil.

Welche Leitideen sind es nun, die Ali Schariati den iranischen Revolutionären an die Hand gab, die schließlich dazu führten, daß im iranischen Volk ein Bewußtsein der eigenen Stärke und der Wille zur revolutionären Veränderung emporstieg? Le Monde komprimierte die Lehre Schariatis in dem Artikel über „Schariati et la gouvernement islamique“ vom 31.1.1979 auf zwei Hauptgedanken: „1.) Der Schiismus muß reformiert werden, denn seitdem er die offizielle Religion im Iran ist, ist er eine Einrichtung im Dienste der Macht geworden; die Ulemas haben eine zweideutige Situation zu ihrem Vorteil ausgenutzt: sie verschlossen die Augen vor der Despotie, sie machten aus dem Schiismus eine Religion der Besiegten und brachten die Gläubigen dazu, an äußerlichen Formen festzuhalten; der wahre Islam ist ein heroischer Kampf für die Gerechtigkeit, die Revolte gegen die Tyrannei. 2.) Das Bewußtsein der Völker der Dritten Welt ist durch den Westen und mittels der Ideologien, die er ihnen aufzwingt, entfremdet worden. Um sich zu befreien, müssen sie zu ihrer nationalen Kultur und zu ihrem Glauben zurückkehren. Der Islam enthält ein System von Werten, die der Westen nicht in seinem Sinn ausbeuten kann, sofern sie nur mit ihrer ursprünglichen Kraft belebt werden, die eine revolutionäre Kraft ist.“

Da ist also zunächst die von Schariati geforderte Reformation des Schiismus. Aus der Verströngungsreligion, die den unterdrückten, ausgebeuteten Mitmenschen Glückseligkeit im Jenseits verspricht, um dadurch von den realen Bedingungen irdischer Ungerechtigkeit abzulenken, soll über die Neuinterpretation des Islam an die traditionelle Diesseitsgewandtheit des Schiismus angeknüpft werden. Der ständige Kampf um Gerechtigkeit und gegen Ausbeutung ist nach Ali Schariati ein göttliches Gebot, das seine traditionelle Begründung nicht nur aus dem Koran selbst, sondern auch aus den religiös-sozialen Oppositionsbewegungen

der Nachfahren von Ali, dem von den Schiiten verehrten Schwiegersohn Mohammeds, erfährt.

Im Laufe der islamischen Geschichte formulierten sich gegen steuerliche oder sonstige despotische Ausbeutungspraktiken immer wieder religiöse Ansätze, die auf Beseitigung der Ungerechtigkeit drängten. Diese Tradition der sozialen Revolte, die häufig auch eine Revolte gegen den erstarrten islamischen Traditionalismus war, wollte Schariati fortgesetzt sehen.

Aber der Rückgriff auf die Elemente der sozialen Emanzipation in der Tradition des Islam ist nicht möglich, wenn das positive religiöse Erbe durch den Schutt fremder Kulturen verdeckt wird. Mit dieser Erkenntnis hat Schariati den Zusammenhang von sozialer Unterdrückung und Ausbeutung im inneren eines Volkes auf der einen und dem Kulturimperialismus auf der anderen Seite erfaßt: „Es war das Geschäft aufgeklärter europäischer Intellektueller, eine spezielle Methode zu entwickeln, um den Verstand, den Geschmack und den Lebensstil der Nicht-Europäer zu pervertieren,.... seine Ideale, sein Sinn von Schönheit, seine Tradition, seine sozialen Beziehungen, seine Vergnügungen – alles mußte verändert werden, damit er gezwungen war, ein Verbraucher der europäischen industriellen Produkte zu werden.“

Missionarischer Verkündungseifer von der angeblichen Überlegenheit westlicher Technologien und Lebensweisen entpuppte sich als Zivilisationsmythos im Dienste ökonomischer Eigeninteressen. Die Expansion des westlichen Kapitals und der kapitalistischen Ordnungsvorstellungen hatte als notwendige Voraussetzung die Diskriminierung fremder Kulturen als minderwertig und zivilisatorisch unentwickelt. Mit der Rückbesinnung auf den Wert der eigenen Kultur und Tradition, dem Bewußtwerden der eigenen nationalen Identität, war dem im Gefolge der kulturimperialistischen Machenschaften nachrückenden Kapitalismus der Boden entzogen. Die Ärmsten der Armen schöpften neue Hoffnung, die Schariatischen Ideen einer religiös motivierten egalitären Gesellschaft gaben den Massen den Mut zur revolutionären Tat. Mit dem Ende der Schah-Diktatur war der Weg frei zu einer neuen gesellschaftlichen Ordnung. Ob die iranischen Revolutionäre die Konzeption Dr. Ali Schariatis einer technologisch-ökonomischen und politischen Dezentralisierung verwirklichen können, ist angesichts der Bedrohung von außen durch die irakischen Aggressoren noch nicht abzusehen. Unsere Zeitschrift wird auch weiterhin den Kampf des iranischen Volkes um eine eigenständige soziale Ordnung, unabhängig von allen Beeinflussungsversuchen der Supermächte und des europäischen Kapitals, mit Sympathie und kämpferischer Solidarität verfolgen.

Ralf Laubenheimer

Die nationale Frage im literarischen Aufwind

Das rororo-Buch von Peter Brandt und Herbert Ammon über „Die Linke und die nationale Frage“ hat heftige Diskussionen ausgelöst. Die Tageszeitung (TAZ) brachte eine ganzseitige Besprechung von Dieter Schütte, die den Thesen von Brandt/Ammon zustimmte, sie aber rein außen- und friedenspolitisch behandelte (24.2.81). Darauf folgte eine ausführliche Replik von Henning Eichberg (TAZ 6.4.81), der die weltpolitische Abgehobenheit des Artikels kritisierte und die alltägliche Betroffenheit durch die nationale Entfremdung der Deutschen herausstrich. Seine Thesen: Kein Gespräch über die nationale Frage ohne Bezug auf das Subjekt; die BRD spricht die Sprache des Milky Way; es läuft keine ökologische Politik zwischen den Panzern der Besatzer; die Alternative heißt Nirgendwo-Menschen oder Abkoppelung. Von anderer Seite erhob Arno Klönne Widerspruch und fragte beunruhigt: „Soll WIR SELBST recht behalten, wenn es eine neue nationalistische Einheitsfront im Zeichen von Fichte, Lassalle, Niekisch und Strasser kommen sieht?“ (TAZ 17.3.81). Entsprechende Einwände veröffentlichte Arno Klönne auch in der Frankfurter Rundschau (28.3.81: „Retten Linke die Nation?“) und als ausführliche Sammelbesprechung in „Das Junge Wort“ (11.3.81: „Links wie rechts: Auf der Suche nach nationaler Identität?“).

Auf Klönnes Bedenken ging in der TAZ vom 7.4.81 Peter Brandt ein und unterstrich dabei noch einmal die Bedeutung der nationalen Identität: „Die Zerstörung von Heimat- und Nationalbewußtsein durch den Kulturimperialismus des übernationalen, staatlich hauptsächlich von den USA repräsentierten Großkapitals bringt den Völkern nicht weltbürgerliche Freiheit, sondern bis ins Groteske gesteigerte Entfremdung und den Menschen zusätzliche Entwurzelung.“

Die Diskussion der Linken um die nationale Frage blieb nicht nur auf der literarischen Ebene. Die Alternative Liste in Berlin nahm einige Ergebnisse an zentraler Stelle in ihr Wahlprogramm auf: „Teilung Deutschlands: Ungelöstes Problem. Der andauernde Besatzungszustand Berlins zeigt, daß die militärische Blockbildung in Europa unter Führung von USA und Sowjetunion ungelöste Probleme in sich bergen. Durch die Lösung der deutschen Frage und die Auflösung der europäischen Blockkonfrontation kann Berlin eine Zukunftsperspektive gewinnen...“

Einen brauchbaren Überblick über 44 nationale Minderheiten, ihre Geschichte und aktuellen Probleme, gibt das „Handbuch der westeuropäischen Regionalbewegungen“, erschienen bei Syndikat (Frankfurt 1980, 335 Seiten), Herausgeber Jochen Blaschke. Die Einzelbeiträge sind von unterschiedlichem Wert, gut z.B. Tom Nairn über die Schotten und Johann Michael Möller über die Waliser.

Mit unpassend sensationellem Titel und Werbetext versehen, aber sehr differenziert und präzise in der Darstellung ist das Buch von Peter Dudek und Hans-Gerd Jaschke: „Revolte von Rechts: Anatomie einer neuen Jugendpresse“, Campus (Frankfurt 1981, 191 Seiten). Darin werden Organe des älteren Rechtsradikalismus, Zeitschriften aus dem Umkreis der JN und der Wiking-Jugend sowie Organe der Neuen Rechten („SOL“, „Fragmente“) inhaltlich untersucht. Am Schluß des Bandes ein Interview mit Henning Eichberg über dessen Erfahrungen auf der äußeren Rechten und über seine Empfehlung an die Linke: „Nationalismus als antifaschistische Arbeit“.

„Heimat – Sehnsucht nach Identität“ heißt ein Band aus dem Verlag von Ästhetik und Kommunikation (Berlin 1980, 238 Seiten), Herausgeberin Elisabeth Moosmann. Ein Sammelsurium von Texten sehr unterschiedlicher Qualität, die die Annäherung einer neuen alternativen Linken an den Heimatbegriff zeigen. Erwähnenswert z.B. Andre Weckmann und Walter Moosmann, besonders treffend die Aussagen einiger „einfacher Leute aus der Provinz“ und Thomas Lehnerts „Gretchenfrage an Heimatfreunde“.

Michael Kienzle und Dirk Mende haben einen Band herausgegeben über „Zensur in der BRD. Fakten und Analysen“ (München, Wien: Carl Hanser 1980, 286 Seiten). Außer reichhaltigen Informationen über Zensur in Presse, Rundfunk, Film, Wissenschaft, Theater, Bibliotheken und Schulbüchern enthält das Buch auch wichtige analytische Einsichten. Die undemokratische Entwicklung in der BRD hat – wie Michael Kienzle zeigt – zwei Wurzeln: das NS-Regime von 1933-45 und die alliierte Militärdiktatur von 1945-49. So deutlich wie hier (S.16-19) ist der antidemokratische Einfluß der fremden Militärdiktatur in Deutschland bisher kaum herausgearbeitet worden.

Das „das da Magazin“ faßt heiße Eisen an. Nr. 1/81: „Arbeitsemigration und Kapitalismus. Eine Polemik gegen liberale Moralprediger und linke Integrationsromantiker“ von Claus M. Martinot. (Dazu der KB-„Arbeiterkampf“ vom 2.2.81 fälschlich: „Ausländerfeindlichkeit und Rassismus“.) Und in Nr.3/81: „Brauchen wir einen neuen Nationalismus? Unorthodoxe Gedanken über die Linke, die nationale Frage und die Veränderung beider“ von Henning Eichberg.

Hartwig Rose

Leserbriefe

NATIONALISMUS UND KLASSENKAMPF

Es gibt nur zwei Gesellschaftsformen: entweder den Gemeinschaftsstaat oder den Obrigkeitsstaat. Beim Obrigkeitsstaat ist es vollkommen gleichgültig, ob die Obrigkeit von einer Dynastie oder Kaste oder Klasse gestellt wird, oder von gewählten oder selbsternannten eingebildeten Eliten. Im krassen Gegensatz zu dem Artikel von Ralf Laubenheimer, der aus der blutigen Vergangenheit gelernt hat, stehen die Artikel von Jürgen Rott und Horst Ackermann. Da wird versucht, den verkrachten Klassenkampf vom Müllhaufen der Weltgeschichte, mit neuen Farben lackiert, erneut zum Fetisch eines neuen Aberglaubens zu machen. Da wird versucht, aus der bisher alleinseligmachenden und alleinregierenden Arbeiterklasse plötzlich eine Gemeinschaft zu konstruieren, aus der auch die bisher zu liquidierenden „Kleinbürger, Angestellte, Handwerker, kleine Beamte und (vorsichtshalber) unbestimmte Teile des mittleren Bürgertum“ gehören sollen. Dann kommt die Lösung, die Quadratur des Kreises. „Diese verschiedenen Klassen, die zueinander ebenfalls im Widerspruch stehen... bilden das Volk!“ Nanu? Was nun? Sollen die Klassen nun ihren Widerspruch gegeneinander kämpfend austragen oder sollen sie sich nicht lieber gleich als Volk, als Gemeinschaft fühlen und den individuellen Lebenskampf dem Einzelnen überlassen-Selbstverwirklichung. Rudi Dutschke nahm kurz vor seinem Tode Abschied vom Klassenkampf mit den Worten: „Nicht mehr die Klassen - sondern die Gattungsfrage Mensch ist das Thema der Zukunft.“ Wir müssen ja nicht gleich bei der ganzen Menschheit anfangen, es würde schon genügen, wenn wir mit unserer überschaubaren Gemeinschaft, der Region, der selbstverwalteten Gemeinde und der selbstverwalteten Fabrik anfangen selbstbestimmte Menschen zu sein und die Bevormundung durch rote, braune und schwarze Prister ablehnen und Basisdemokratie gegen Fremdbestimmung setzen. So sehe ich die GRÜNEN.

Rene Schadewell, Neustadt an der Weinstraße

FRIEDENSPOLITIK

Die Forderung Otto Strassers nach einem deutschen Friedensvertrag muß in den Vordergrund aller Überlegungen zur Heraushaltung der Deutschen aus den Konflikten der Weltmächte USA/Sowjetunion gerückt werden. Keine Bonner und Ost-Berliner Ersatzfriedensverträge, die sich im Ernstfall nicht als Gewaltverzicht-, sondern als absolut tödlicher Etikettenschwindel präsentieren. Deshalb fordere ich in der Nachfolge Karl Georg Pfleiderers die Ablösung dieser Verträge durch einen deutschen Friedensvertrag über die immerwährende deutsche Neutralität und die atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa. Bereits 1958 warnte Karl Gerold in der „Frankfurter Rundschau“ die SPD, die sich heute als große Fehlanzeige-Partei in Sachen Friedenspolitik erweist: „Auch die Sozialdemokraten befinden sich zwischen den Wegen künftiger Politik - mindestens so lange als

sie sich nicht zu der Idee einer bewaffneten Neutralität innerhalb eines unantastbaren europäischen Sicherheitssystemes vor allem Volk ein klares 'ja' oder 'nein' sagen“. Daher - Politik für „Leben“ und „Unabhängigkeit“ unserer deutschen Heimat, unserm ganzen deutschen Volk.

Ewald Zipp, Bad Vilbel

NATIONALREVOLUTIONÄRE GESPRÄCHE

Nun mußte ich also erfahren, daß es auch „Nationalrevolutionäre“ gibt, die ihre Dummheit durch Arroganz zu überspielen versuchen. Sven Thomas Frank behauptet „Nationalrevolutionär sein ist eine spezifisch deutsche Angelegenheit, die sich der geographischen Lage, der politischen Bedingungen und der ethnischen Struktur der Deutschen bewußt ist“. Welch eine Anmaßung! Als ob die Notwendigkeit der nationalen Revolution von der „geographischen Lage“ und der „ethnischen Struktur“ bestimmt würde. In allen Völkern, die im weltweiten antiimperialistischen Kampf um ihre ethnisch-kulturelle Identität ringen, ist die nationalrevolutionäre Idee das integrierende Moment. Nationalrevolutionär sein heißt auch Internationalist sein, denn der Imperialismus kann nur durch die militante Solidarität aller freiheitsliebender Völker besiegt werden. Daß die SdV zum Thema „Sozialismus“ nur Phrasen zu bieten hat, beweist Sven Thomas Frank aufs neue. Auf die Feststellung von WIR SELBST, es gäbe fundierte und konstruktive Kritik am fehlenden Sozialismus-Verständnis der SdV, reagiert Frank mit hilfloser Arroganz. Den Kritikern unterstellt er pauschal, daß sie den „geistigen und politischen Ansprüchen“ der SdV nicht gerecht werden könnten. Welchen Ansprüchen bitte? Dem Anspruch, sieben Jahre im Elfenbeinturm verbracht zu haben ohne auch nur den Anspruch eines - qualitativen und quantitativen - Erfolges vorweisen zu können?! Sven Thomas Frank hätte - im Interesse der nationalrevolutionären Bewegung - besser den Mund gehalten.

Manfred Heckel, Nürnberg

KORREKTUR

Eine Bemerkung aus WIR SELBST 1/81 S. 32 muß ich allerdings korrigieren bzw. klarstellen: ich bin keineswegs Anhänger eines „forcierten Organisationsaufbaus“, sondern plädiere seit Jahren im Kontrast dazu für die Entfaltung einer breiten Basisbewegung mit grünen, sozialistischen, bürgerinitiativen und nationalrevolutionären Komponenten. Das Konzept des „forcierten Organisationsaufbaus“ war, wie ich meine, charakteristisch für die K-Gruppen-Phase der Linken und ist mit dieser gescheitert. Die neue alternative Linke braucht auch neue Vergesellschaftungsformen.

Henning Eichberg, Murrhardt



In der Zeit vom 21. bis 26. August 1981 findet in Tinglev-Uge in Dänemark ein Seminar zum Thema:

Nationale Identität

statt.

Uge liegt 15 km nördlich der deutsch-dänischen Grenze, unweit der Autobahn Flensburg/Aarhus.

Die nordische Freiheitstradition kann Inspiration für alle Völker Europas bringen, insbesondere für die, die in einem besonders harten Kampf für Freiheit und gegen Imperialismus stehen.

Vom Norden kommen Organisationen der Samen, der Schweden, der Norweger, der Grönländer usw. Auch aus anderen Teilen Europas haben bereits etliche alternative, volksnationalistische, regionalistische und nationalrevolutionäre Organisationen ihre Teilnahme zugesagt, so u.a. Organisationen aus Irland, Flandern, Deutschland, aus der Bretagne, aus Cornwall und vielen anderen Ländern.

Für eine breite Zusammenarbeit. Freiheit für alle Völker Europas. Kampf dem Imperialismus. Gegen die Supermächte.



Kommt zum Seminar für Nationale Identität:

Meldet Euch bald an, da Teilnehmerbegrenzung.

Fordert das Programm an:

Nationaler Ausschuß für das Seminar 1981
WIR SELBST
Postfach 168

5400 Koblenz 1

Personen außerhalb der BRD, DDR und Österreichs die an dem Seminar teilnehmen wollen melden sich an folgend Adresse: Kristian Kjaer Nielsen, Uge Folkehøjskole, DK- 6360 Tinglev. Es wird ein Teilnehmerbetrag erhoben, der nach Teilnehmerbestätigung fällig wird. Der Teilnehmerbetrag wird voraussichtlich 150,- DM (Schüler, Arbeitslose etc. 100.00 DM) betragen.

wir selbst

Zeitschrift für Nationale Identität

Wir wollen die Neuschaffung eines unabhängigen, geeinten Deutschlands in einem Europa freier Völker und kämpfen für den weltweiten Befreiungsnationalismus. Die Redakteure der Zeitschrift „wir selbst“ haben sich aus unterschiedlichen politischen Gruppierungen zusammengefunden, um folgende Einzelforderungen in einen Gesamtzusammenhang zu stellen:

Einzusenden an: wir selbst, Postfach 168, 5400 Koblenz

- Ethnopluralismus
- ökologische Lebensgestaltung
- humaner Sozialismus
- dezentrale Wirtschaftsordnung
- kulturelle Erneuerung
- Basisdemokratie

Coupon

Bitte übersenden Sie mir ein Probeexemplar „wir selbst“. 3,00 DM in Briefmarken habe ich beigelegt.

Name _____

Straße, Nr. _____

PLZ Wohnort _____

BÜNDISCHE NEUORDNUNG

Rundbrief der Deutschen Volksbewegung für Bündische Neuordnung



Die **BÜNDISCHE NEUORDNUNG** will der Vertiefung der Kenntnisse über den Föderalismus dienen. Die heutige westdeutsche Republik ist weder im ethnischen (regionalistischen) noch basisdemokratischen Sinne föderalistisch, sondern erstarrt, sofern überhaupt föderalistisch, in einen reinen Funktionalismus. Nur wenn die Rechte und die Identität der Völker und Volksgruppen gesichert sind, ist eine bündische (föderalistische) Ordnung verwirklicht. Hierzu will die BN Wegbereiter sein.

Bestellungen bei Bernd Bruschke, Wermuthweg 3
D-1000 Berlin 47. Unkostenbeteiligung jährlich 20,-DM.
Zahlungen auf das Postscheckkonto Bln W 414 753-107

VORANKÜNDIGUNG

LIT VERLAG, VORLÄNDERWEG 48, 4400 MÜNSTER

Henning Eichberg

DIE HISTORISCHE RELATIVITÄT DER SACHEN

Auf dem Weg zu einer kritischen Technikgeschichte

Technik stellte sich im vergangenen Jahrzehnt zunehmend als gesellschaftliches Problem dar. Das hat auch die Geschichts- und Sozialwissenschaften nicht unberührt gelassen. In der Technikgeschichte – dies dokumentiert der Autor an seinen eigenen Forschungen – hat ein Paradigmawechsel stattgefunden. Damit rücken neben bekannten Themen auch neue Sachbereiche in den Blickpunkt des Interesses: Festungswesen und Ballistik, Messer, Gabel und Taschentuch im Zivilisationsprozeß, Stoppuhr, Reck und Halle im Sport, Bauten im Grünen und die „Revolution des Automobils“. Die „Sachen“ sind nicht selbstverständlich oder logische Folge eines „Fortschritts“, sondern gesellschaftlich und geschichtlich relativ – also veränderlich. Eine Technikgeschichte zeichnet sich ab, die das Verschwinden der Sachen mitdenkt.

ca. 160 S., 8 Abb., ca. 38,80 DM, Juli 1981 (Geschichte der Sachen Bd.1)



ALTERNATIVLITERATUR
UMWELTSCHUTZPAPIER
ÖKOLOGISCHE ARTIKEL
BIOLOGISCHER LANDBAU

Prospekte anfordern:

DF

DF-Versand, Postfach 1246, 2448 Burg



An **WIR SELBST**

Postfach 168, 5400 Koblenz 1

Ich abonniere **WIR SELBST**. **WIR SELBST** erscheint zweimonatlich und kostet im Jahresabonnement DM 21.

Beliefert mich ab Nr. / 198..

Besteller:

Name, Vorname:

Straße, Nummer:

PLZ, Wohnort:

Datum: Unterschrift:

☐ Den Betrag habe ich auf das Postscheckkonto Ludwigshafen 153 981 – 679, **WIR SELBST** c/o S. Bublies überwiesen.

☐ liegt als Verrechnungsscheck bei.



Käthe Kollwitz: Die Mutter sucht den gefallenen Sohn auf dem Schlachtfeld, 1907